



Wortprotokoll

der 87. Sitzung vom 10. Mai 2006

Resoconto integrale

della seduta n. 87 del 10 maggio 2006

XIII. Legislatur
XIII. Legislatura
2004 - 2008



SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

SITZUNG 87. SEDUTA

10.5.2006

INHALTSVERZEICHNIS

Beschlussantrag Nr. 91/04 vom 23.3.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Benes-Dekrete. (Fortsetzung) .
..... Seite 3

Beschlussantrag Nr. 246/05 vom 11.1.2005, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend den Abtransport von Marmor im Vinschgau. Seite 16

Beschlussantrag Nr. 250/05 vom 20.1.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend der Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle.
..... Seite 21

Beschlussantrag Nr. 249/05 vom 17.1.2005, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Holzmann und Minniti, betreffend die architektonische Unterschutzstellung des ehemaligen Industriekomplexes Alumix.
..... Seite 26

Beschlussvorschlag: Genehmigung der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2005.
..... Seite 27

INDICE

Mozione n. 91/04 del 23.3.2004, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante decreti Benes. (continuazione)
..... pag. 3

Mozione n. 246/05 del 11.1.2005, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante il trasporto a valle del marmo estratto in Val Venosta. pag. 16

Mozione n. 250/05 del 20.1.2005, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante l'istituzione osservatorio sociale. . . .
..... pag. 21

Mozione n. 249/05 del 17.1.2005, presentata dai consiglieri Urzì, Holzmann e Minniti, riguardante la tutela architettonica del complesso industriale ex-Alumix.
..... pag. 26

Proposta di deliberazione: Approvazione del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2005. pag. 27

Landesgesetzentwurf Nr. 75/05: "Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz."
..... Seite 48

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend den Müllverbrennungsofen: Ohne Absprache mit der Gemeinde Bozen können die Arbeiten nicht beginnen. . . .
..... Seite 86

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend mehr getrennte Müllsammlung, weniger Müllverbrennung gemäß dem Beispiel der Provinz Trient.
..... Seite 91

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Landesplan zur Abfallwirtschaft. . . .
..... Seite 96

Disegno di legge provinciale n. 75/05: "La gestione dei rifiuti e la tutela del suolo."
..... pag. 48

Ordine del giorno n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente l'inceneritore: i lavori non possono iniziare senza un accordo col Comune di Bolzano.
..... pag. 86

Ordine del giorno n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente: Seguire l'esempio del Trentino: più raccolta differenziata, meno incenerimento.
..... pag. 91

Ordine del giorno n. 3, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente Piano provinciale per la gestione dei rifiuti.
..... pag. 96

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Drⁱⁿ VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.10 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

THALER ZELGER (Sekretärin - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

PRÄSIDENTIN: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Biancofiore, Denicolò, Holzmann und Munter entschuldigt.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 5 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 91/04 vom 23.3.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Benes-Dekrete.**" (Fortsetzung)

Punto 5) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 91/04 del 23.3.2004, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante decreti Benes.**" (continuazione)

Es liegt ein Ersetzungsantrag vor. Um dessen Behandlung zu ermöglichen, müsste der Antrag auf Unzulässigkeit, den Fraktionsvorsitzender Baumgartner seinerzeit gestellt hat, zurückgezogen werden.

Abgeordneter Baumgartner, Sie haben das Wort.

BAUMGARTNER (SVP): Wenn man nun den Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag durchliest, hat sich die Ausrichtung desselben total verändert. Jetzt geht es nicht mehr um die Benes-Dekrete, sondern um den Minderheitenschutz. Übrigens hatte mein damaliger Vorschlag das Ziel, einen gemeinsamen Beschlussantrag zu formulieren. Inzwischen hat auch Kollege Leitner, nachdem ihm unser ausgearbeiteter Antrag übermittelt worden war, diesen Vorschlag übernommen. Die Freiheitlichen haben einen Teil unseres Antrages übernommen und sind von den Benes-Dekreten abgegangen. Der Antrag geht jetzt in Richtung Minderheitenpolitik in Europa, weshalb ich nichts mehr dagegen einzuwenden habe. Folglich sind meine damaligen Bedenken jetzt ausgeräumt worden. Der Beschlussantrag kann nun behandelt werden.

PRÄSIDENTIN: Der Antrag auf Unzulässigkeit ist somit zurückgezogen.

Ich verlese den Ersetzungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair:

"Minderheitenschutz

Vorausgeschickt, dass der Südtiroler Landtag in den vergangenen Jahren mehrmals über die Verankerung des Minderheitenschutzes in einer künftigen europäischen Verfassung diskutiert und entsprechende Anträge genehmigt hat;

festgestellt, dass Südtirol aufgrund seiner Geschichte prädestiniert ist, auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes eine Vorreiterrolle einzunehmen;

weiter festgestellt, dass mit der letzten EU-Erweiterung eine Reihe von Staaten dazugekommen sind, die auf ihrem Gebiet ebenfalls Minderheiten beherbergen;

vorausgeschickt, dass in einigen dieser Staaten menschenrechtswidrige Bestimmungen herrschen (Benes-Dekrete in Tschechien und AVNOJ-Beschlüsse in Slowenien), die auch nach dem EU-Beitritt noch rechtswirksam sind;

festgestellt, dass es in EU-Mitgliedsstaaten Minderheiten gibt, die keinen Schutz genießen;

in Anbetracht der Tatsache, dass auch die anstehenden Beitrittsländer auf ihrem Gebiet Minderheiten beherbergen;

vorausgeschickt, dass es im Art. 27 der politischen Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966 heißt: *„In Staaten mit ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen“*,

unterstreicht

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Bedeutung der Menschenrechte und die Notwendigkeit des Schutzes von Minderheitenrechten.

Der Südtiroler Landtag fühlt sich verpflichtet, die dafür zuständigen Organe auf europäischer Ebene aufzufordern, verbindliche Bestimmungen einzuführen und darüber zu wachen, dass die EU selbst und alle ihre Mitgliedstaaten die Rechte der Minderheiten gewährleisten sowie geltende Bestimmungen abschaffen, die diesen Grundsätzen widersprechen.

Tutela delle minoranze

Premesso che negli anni passati il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ha più volte discusso di ancorare il principio della tutela delle minoranze nella futura Costituzione europea, approvando documenti con richieste in tal senso;

constatato che il Sudtirolo, vista la sua storia, è predestinato a un ruolo di apripista per quanto riguarda la tutela delle minoranze;

inoltre constatato che con l'ultimo allargamento dell'UE sono entrati una serie di Stati nel cui territorio risiedono minoranze;

premesso che in alcuni di questi Stati vigono norme in contrasto con i diritti umani (i decreti Benes nella Repubblica Ceca e le decisioni dell'AVNOJ in Slovenia) che sono restates in vigore anche dopo l'entrata nell'UE;

constatato che in alcuni Stati membri dell'UE esistono minoranze che non sono tutelate;

considerato che anche negli Stati che fra non molto entreranno a fare parte dell'UE vivono minoranze;

premesso che l'art. 27 del Patto ONU sui diritti civili e politici del 1966 recita che: *"In quegli Stati, nei quali esistono minoranze etniche, religiose o linguistiche, gli individui appartenenti a tali minoranze non possono essere privati del diritto di avere una vita culturale propria, di professare e praticare la propria religione o di usare la propria lingua, in comune con gli altri membri del proprio gruppo."*

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

sottolinea

l'importanza dei diritti dell'uomo e la necessità della tutela dei diritti delle minoranze.

Il Consiglio provinciale si sente in obbligo di sollecitare gli organi competenti a livello europeo, per fare in modo che introducano norme vincolanti e vigilino, affinché l'UE stessa e tutti i suoi Stati membri garantiscano i diritti delle minoranze e aboliscano tutte le norme vigenti in contrasto con tali principi."

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsident! Wir haben diesen Beschlussantrag zu den Benes-Dekreten schon vor langer Zeit eingereicht. Mittlerweile ist dieser Antrag überholt, weil Tschechien nun zur Europäischen Union gehört. Dasselbe gilt auch für Slowenien. Es war uns ein Anliegen, gerade in Südtirol darüber zu diskutieren, wie die zukünftige Wertegemeinschaft der Europäischen Union ausschauen soll. Wir sind vor allem dazu prädestiniert, in Minderheitenfragen eine Vorreiterrolle einzunehmen, da wir uns selbst ständig rühmen, einen guten Minderheitenschutz zu haben. Im Vergleich zu anderen Staaten ist dies sehr wohl der Fall. Es verwundert aber schon, dass die Europäische Union - das sage ich hier in aller Deutlichkeit - diese Staaten, ohne mit der Wimper zu zucken, aufgenommen hat. Die genannten Länder wurden also vorher nicht dazu verpflichtet, bestimmte menschenrechtsverachtende Bestimmungen, wie es beispielsweise die Benes-Dekrete und die AVNOJ-Beschlüsse in Slowenien sind, abzuschaffen. Mittlerweile ist die Aufnahme dieser Länder in die EU vollzogen. Wir finden in beinahe allen europäischen Ländern Minderheiten. Dies gilt auch für gewisse Beitrittsländer, dessen Aufnahme ansteht. Unserer Meinung nach bräuchte es einen Grundkonsens darüber, welche Parameter die Mitgliedsstaaten einhalten müssen, um den Minderheitenschutz zu gewährleisten. Dazu gehören auch Bestimmungen aus dem Völkerrecht. Ich habe aus den politischen

Menschenrechtspaketen der Vereinten Nationen von 1966, in denen übrigens auch das Selbstbestimmungsrecht festgeschrieben ist, einen Passus herausgegriffen, der klar und deutlich besagt: *"In Staaten mit ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen"*. Ich denke in diesem Zusammenhang an das Beispiel Slowenien, welches sehr oft falsch bzw. einseitig dargestellt wird. In Kärnten hat die slowenische Minderheit sehr wohl Rechte. Man kann natürlich darüber streiten, ob diese ausreichen. Im Gegensatz dazu hat die deutsche Minderheit in Slowenien überhaupt keine Rechte. Sie ist dort nicht einmal anerkannt. Slowenien hat zwar die Italiener anerkannt, nicht aber die Deutschen, auch wenn davon gesprochen wird, dass es nur mehr 3.000 oder 4.000 an der Zahl sein sollen. Trotzdem handelt es sich auch hier um eine Gruppe, die schützenswert ist. Bestimmte Parameter sollten unserer Meinung nach für alle gelten.

Die Europäische Union hat in der Diskussion um den Verfassungsvertrag auch über Minderheitenschutz geredet, aber nur spärlich. Gerade der Südtiroler Landtag sollte hier verstärkt auftreten und auf diese Rechte pochen. Wir wissen ja nicht, wann ein neuer Anlauf gemacht wird. Gestern konnten wir im Fernsehen hören, dass der Verfassungsvertrag von einigen Staaten nicht übernommen wurde. Wir wissen aber, dass ihn zwei Staaten per Volksbefragung versenkt haben. Dies bedeutet, dass er auf "hoher See" ist. In welche Richtung der Vertrag gehen und wann er spruchreif sein wird, wissen wir nicht. Wir sollten aber gerüstet sein und jene Vorbereitungen treffen, die wir jetzt schon vornehmen können. Wir sollten die EU sensibilisieren, dass der Minderheitenschutz in der Europäischen Verfassung für alle Länder verankert wird. Bestimmte Grundrechte müssen festgeschrieben werden, unabhängig davon, ob einzelne Staaten Sonderverträge haben. Ein bestimmtes Ausmaß an Rechten bzw. ein sogenanntes "Europäisches Minderheitenschutz-Gesetz" - wenn man es so bezeichnen möchte - müsste eigentlich für alle gewährleistet werden.

Deshalb ersuchen wir den Südtiroler Landtag, diesbezüglich eine Willensbekundung vorzunehmen. Obwohl wir bereits in der Vergangenheit des Öfteren über dieses Thema gesprochen haben, ist es auch heute noch aktuell. Wenn Vertreter anderer Länder, Regierungen oder Vertretungen zu uns kommen und unsere Autonomie sowie unseren Minderheitenschutz studieren, dann sollten wir nicht dabei bleiben und sagen: "Wir sind super!", sondern wir sollten auch dazu beitragen, dass andere etwas bekommen und grundsätzliche Dinge einfach festgeschrieben werden. Wir sollten diese Willensbekundung machen und die Bedeutung der Menschenrechte bzw. des Minderheitenschutzes grundsätzlich unterstreichen. Wir sollten uns dazu verpflichtet fühlen, die dafür zuständigen Organe auf europäischer Ebene aufzufordern, verbindliche Bestimmungen einzuführen und darüber zu wachen, dass die EU selbst und auch ihre Mitgliedsstaaten die Rechte der Minderheiten gewährleisten. Es sollten auch geltende Bestimmungen abgeschafft werden, die diesen Grundsätzen widersprechen. Wir haben

hier nicht mehr ausdrücklich die Benes-Dekrete oder die AVNOJ-Beschlüsse erwähnt. Die Europäische Union sollte versuchen, grundsätzlich alle Bestimmungen, die völkerrechtswidrig, menschenrechtsverachtend und minderheitenfeindlich sind, abzuschaffen bzw. die Mitgliedsstaaten animieren, dies zu tun. Wenn man vom Reichtum Europas, von den einzelnen Minderheiten und den einzelnen Volksgruppen spricht, dann ist das ein Gebot der Stunde und unserer Meinung unbedingt zu tun. In diesem Sinne ersuche ich den Südtiroler Landtag, unserem Beschlussantrag zuzustimmen! Es ist richtig, was Walter Baumgartner gesagt hat. Er hat einen Vorschlag ausgearbeitet, wie man die Materie regeln könnte. Wir schätzen dies und sind deshalb von unserer ursprünglichen Formulierung abgegangen. Wir haben den Beschlussantrag so allgemein formuliert, dass er die Zustimmung aller finden müsste.

KLOTZ (UFS): Der Minderheitenschutz ist das Mindeste, was man sich als gemeinsamen Nenner in Europa wünschen kann. Im beschließenden Teil ist die Bedeutung der Menschenrechte erwähnt. Der Schutz der Minderheiten ist für uns sehr wichtig. Diese Notwendigkeit ist als Quelle in den Prämissen angegeben. Man verweist auf den Mindeststandard, bei dem es um die sprachlichen und kulturellen Rechte laut UNO-Verpflichtungen sowie um die Menschenrechtspakte von 1966 geht, welche im Übrigen von den allermeisten europäischen Staaten ratifiziert worden sind. Was Menschenrechts- bzw. Minderheitenstandards anbelangt, so stellt man heute in Europa nicht nur wesentliche Unterschiede, sondern auch unterschiedliche Geschwindigkeiten fest. So werden beispielsweise die Katalanen, deren Verfassung erst kürzlich auch von Madrid mit großem Hängen und Würgen akzeptiert worden ist, als nationale Gruppe angesehen. Sie verstehen sich selber aber als Nation. Es ist ganz klar, dass die Basken eine eigene Nation sind. Wer das leugnet, müsste die gesamte Geschichte auf den Kopf stellen und die Existenz des baskischen Volkes leugnen. Auch Katalanen bzw. Basken verstehen sich selbstverständlich als eigene Nationen, so wie wir schon seit dem Ende des I. Weltkrieges von der Tiroler Nation sprechen. Wenn man dann davon ausgeht, dass 22 Millionen Europäer Angehörige sogenannter Minderheiten sind - also rund jeder 8. Bürger der Europäischen Gemeinschaft -, dann wissen wir, welche Bedeutung die Anerkennung des Mindeststandards an Menschenrechten und Minderheitenschutz anbelangt. In Südtirol muss ich stets bemängeln, dass wir uns selber immer wieder auf die tiefste Stufe setzen, indem wir von uns als Minderheit sprechen, was wir ja auch sind. Bereits in meiner Einleitung habe ich gesagt, dass der Schutz der Minderheiten das Mindeste ist. Als solche haben wir andere Ansprüche und ein anderes Selbstverständnis. Wir haben eine ganz andere Geschichte. Wir wissen alle, dass wir nicht aus freier Absicht, aus freier Bekundung zu einer Minderheit in einem anderen Staat geworden sind. Insofern sind wir Teil eines geteilten Volkes, dem gemäß Artikel 1 der UNO-Menschenrechtspakte das Recht auf Selbstbestimmung zusteht, währenddem Minderheiten aufgrund von Streusituationen bzw. Streulagen entsprechend anderer geschichtlichen Entwicklungen echte Minderheiten darstellen. Nachdem der ur-

sprüngliche Beschlusstext eher auf die Situation der Sudetendeutschen zugeschnitten war und nun doch allgemeiner gefasst ist, können wir ihm beipflichten. Wir hoffen weiterhin, dass sich insgesamt in Europa mehr durchsetzt als nur die Rechte gemäß Artikel 27 der UNO-Menschenrechtspakte.

BAUMGARTNER (SVP): Ich wiederhole noch einmal, was ich bereits vorhin gesagt habe. Dies ist ein Beschlussantrag, der den Antrag betreffend die Benes-Dekrete zur Gänze ersetzt. Wir wollten eigentlich gemeinsam einen Antrag formulieren. Dies war unser Angebot. Inzwischen haben die Freiheitlichen einen Ersetzungsantrag eingebracht. Ich kann feststellen, dass darin sehr wesentliche Punkte meines Vorschlages eingebaut worden sind. Es wäre korrekt gewesen, wenn wir gemeinsam einen Antrag formuliert hätten. Darüber sehen wir aber sehr großzügig hinweg. Das ist kein großes Problem, weil der Grundsatz unser aller Anliegen ist.

Im verpflichtenden Teil wird darauf verwiesen, dass sich die EU selber kontrollieren soll. Ich habe bereits gestern mit Kollegin Kury kurz darüber diskutiert, dass diese Formulierung nicht optimal ist, was ja im Grunde nicht so schlimm ist. Der Südtiroler Landtag kann die EU allerdings nicht auffordern, geltende Bestimmungen abzuschaffen. Dies liegt nicht in ihrer Zuständigkeit. Wir können die EU höchstens darum ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass alle Mitgliedsstaaten jene Bestimmungen abschaffen, welche den zuvor genannten Grundsätzen widersprechen. Diese Formulierung wäre korrekt. Die EU selber kann diese Bestimmungen ja nicht abschaffen. Der Text ist also ein bisschen konfus formuliert. Der Grundsatz geht für uns - wie gesagt - in Ordnung. Es wäre eigenartig, wenn wir als Südtiroler Landtag die EU auffordern würden, diese Bestimmungen abzuschaffen. Das wäre kein gutes Zeugnis für den Südtiroler Landtag. Wir würden eine Forderung stellen, die nicht korrekt bzw. nicht in der Zuständigkeit der EU liegt. Ich habe den Text dreimal durchgelesen und tue mich immer noch schwer damit. Ansonsten stimmen wir diesem Antrag natürlich zu!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten! Erstens möchte ich die Frage stellen, ob irgendjemand von der Landesregierung, die heute so zahlreich anwesend ist - von 12 Leuten ist eine Person da, welche aber gerade telefoniert - zu antworten gedenkt. Wenn der Südtiroler Landtag bzw. die Landesregierung dem Minderheitenschutz in anderen Ländern soviel Bedeutung beimisst, dann muss ich sagen: Gute Nacht! Dann haben die Minderheiten in Europa nichts zu erwarten. Das ist schon ein starkes Stück.

Zum Zweiten! Kollege Baumgartner, ich möchte in Bezug auf die eigentlich sehr einfache Formulierung noch einmal den Satz des verpflichtenden Teiles vorlesen: *"Der Südtiroler Landtag fühlt sich verpflichtet, die dafür zuständigen Organe auf europäischer Ebene aufzufordern, verbindliche Bestimmungen einzuführen und darüber zu wachen, dass die EU - die EU kann von Organisationen der EU, beispielsweise der Kommission, sehr wohl darauf hingewiesen werden, irgendwelche Dinge zu tun -*

selbst und alle ihre Mitgliedstaaten die Rechte der Minderheiten gewährleisten sowie geltende Bestimmungen abschaffen, die diesen Grundsätzen widersprechen." Man verweist also schon auf die Mitgliedstaaten. Die deutsche Sprache ist sehr klar. Ich hoffe, dass ich diesen Zweifel, der hier als Konfusion bezeichnet wird, aufgelöst habe. Europäische Institutionen können auch andere Europäische Institutionen auf gewisse Umstände hinweisen. Es gibt zuständige Stellen. Es gibt andere Organe, die die Europäische Kommission auffordern können, zu überwachen, dass dieses und jenes getan wird. Alle Mitgliedstaaten sollten die Rechte der Minderheiten gewährleisten und Bestimmungen, die dagegen verstoßen, abschaffen. Diese Forderungen gehen ganz klar in Richtung Tschechien und Slowenien. Das kann man sich schon erwarten. Ich weiß, dass hier nicht alle die Benes-Dekrete und die AVNOJ-Beschlüsse auswendig kennen. Letztere sind eine Reihe von Bestimmungen, die in der Zeit der Partisanen-Kämpfe nach dem Krieg entstanden sind. Diejenigen, die die Minderheiten vertrieben und getötet haben, waren sozusagen vogelfrei. Diese Bestimmungen sind immer noch aufrecht. Sie werden zwar nicht angewandt, gelten jedoch immer noch. Genauso sind die Benes-Dekrete Rechtsbestand der tschechischen Republik. Ministerpräsident Spidla hat gesagt, dass er diese Bestimmungen in dem Moment abschaffen werde, wenn die Mörder seiner 28 Verwandten ausfindig gemacht werden. Man kann die heutige Generation doch nicht dafür verantwortlich machen, was deren Vorfahren getan haben! Die Schuld ist individuell. Wenn die Europäische Gemeinschaft eine Wertegemeinschaft ist, dann braucht es bestimmte Grundsätze. Ich gebe Kollegin Klotz Recht, wenn Sie sagt, dass dieser Beschlussantrag nicht dahin geht, den Südtirolern mehr Rechte zu gewährleisten. Die Absicht besteht vielmehr darin, anderen zu helfen, die gleichen Grundsätze bzw. Rechte zu erhalten. Ich habe diese Absicht bereits in der Erläuterung meines Beschlussantrages dargelegt. Wenn heute Leute bzw. Regierungsvertreter aus anderen Ländern zu uns kommen und feststellen, dass wir einen guten Minderheitenschutz haben, dann sollten wir auch unseren Beitrag dazu leisten, ihnen zu denselben Rechten zu verhelfen.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Ich bin froh, dass der ursprüngliche Antrag mit dem nun vorliegenden ersetzt wird. Wir teilen den Geist dieses neuen Beschlussantrages. Ich schicke allerdings voraus, dass ich die AVNOJ-Beschlüsse nicht kenne und insofern ein bisschen Schwierigkeiten damit habe, den Text so einfach zu akzeptieren. Normalerweise lese ich gerne nach, was ich kritisiere. Pius Leitner hat sie freundlicherweise erklärt, weshalb ich hoffe, dass dem so ist. Ich schicke noch voraus, dass ich mich sehr darüber gefreut habe, wenn gerade von Seiten deiner Partei die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen zitiert werden. Ethnische, aber auch religiöse Minderheiten haben das Recht, ihr eigenes kulturelles Leben im Lande zu pflegen und sich ihrer Religion zu bekennen. Ich habe manchmal gerade von deiner Partei Attacken gegen dieses Recht der religiösen Minderheiten vernommen. Insofern bin ich mit dem Inhalt dieses Antrages einverstanden.

Ich teile ebenso die Probleme, die Walter Baumgartner mit dem Text hat. Kollege Leitner hat die Situation erklärt. Er möge mir glauben, dass ich den Text mehrere Male durchgelesen habe. Wo ist das Problem? Das Problem ist, dass die EU selbstverständlich nur dann darüber wachen kann, dass die anderen Staaten den Minderheitenschutz einhalten, wenn sie selbst verpflichtende Grundsätze dazu erlassen hat. Insofern ist es wesentlich, dass wir den Minderheitenschutz in die EU-Verfassung integrieren. Dann ist es selbstverständlich, dass sich alle Staaten der EU an diese Verfassung halten müssen. Mit dieser vagen Formulierung erscheint es schwierig, die EU aufzufordern, darüber zu wachen, dass der Minderheitenschutz eingehalten wird, wenn wir zuerst keine verpflichtende Erklärung von Seiten der EU haben. Dies zur rechtlichen Problematik!

Ich habe jedoch nichts dagegen, dem Beschlussantrag auch in dieser etwas vagen Form zuzustimmen. Von der Wirkung her hätte er mich mehr überzeugt, wenn man ihn so formuliert hätte, dass der Südtiroler Landtag die EU und alle Mitgliedstaaten auffordert, einen seriösen und einklagbaren Minderheitenschutz in der zukünftigen EU-Verfassung zu verankern und die Einhaltung dieser Prinzipien bei allen Mitgliedstaaten einzufordern. Diese Forderung kann der Landtag sehr wohl stellen. Wenn er aber selbst nichts Verpflichtendes hat, kann er nicht rechtswirksam auf die EU-Staaten einwirken, dass minderheitenfeindliche Bestimmungen abgeschafft werden. Der Landtag kann es zwar auf diplomatischem Wege vorschlagen, aber rechtlich einklagen kann er es nicht. Das wäre mein Wunsch gewesen. Ich will diesen Ansatz aber absolut nicht verhindern. Für mich geht auch der beschließende Teil in Ordnung. Man könnte ihn vielleicht ein wenig konkretisieren, damit die europäischen Organe tatsächlich wissen, was der Südtiroler Landtag von ihnen fordert. Er fordert also, dass wir uns im Zuge einer Neudiskussion der Europäischen Verfassung, die ja irgendwann einmal auf uns zukommt, noch einmal den diesbezüglichen Absatz durchlesen bzw. konkretisieren, welche Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Minderheitenschutz gelten sollen. Wir wissen, dass diese Erklärung momentan sehr vage ist. Danach kann man die Einhaltung der Bestimmungen aller Mitgliedstaaten einfordern. Mein Vorschlag lautet also, den Text ein wenig zu konkretisieren. Wenn dieser Vorschlag nicht auf Gegenliebe stößt, ist es kein Problem, wir stimmen diesem Antrag auch in der vorliegenden Form zu!

URZÌ (AN): Sicuramente da ogni documento va estrapolato lo spirito, e lo spirito di questo documento è condivisibile quando va a creare i presupposti per una attivazione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano affinché si sostenga la politica di tutela delle minoranze linguistiche e la politica di sostegno ai diritti individuali naturali ai cittadini dell'Unione Europea, anche quei cittadini degli stati recentemente entrati a far parte di questa comunità.

Il problema piuttosto è quello di proporre una formulazione che sia adeguata a rappresentare questo spirito. Ebbene, qualche osservazione il documento la impone. Mi soffermo solo sulla parte impegnativa, richiedendo alla Presidente la votazione separata della parte delle premesse dalla parte impegnativa. Le osservazioni di merito sono quelle relative alla necessità di definire meglio l'obiettivo che questo documento si propone, anche attualizzandolo, legandolo in un certo qual modo alla realtà locale, perché quando si parla di tutela delle minoranze linguistiche non si può che parlare, in provincia di Bolzano, anche della tutela delle minoranze linguistiche di secondo grado. E' un tema rispetto al quale la Provincia autonoma sarebbe chiamata ad assumersi delle precise responsabilità. Questa credo sia l'occasione giusta per poterlo fare, quindi porre all'attenzione del confronto politico nell'aula della massima istituzione dell'autonomia il tema della tutela delle minoranze linguistiche e quello della tutela delle minoranze linguistiche di secondo grado, che in provincia di Bolzano risulta essere la minoranza di lingua italiana, minoranza sul territorio nell'ambito del quale è applicata un'ampia autonomia, al limite dell'indipendenza, qual è l'autonomia della Provincia di Bolzano. Allora credo sia la formulazione da ricostruire, tanto è vero che stiamo preparando un emendamento. Chiedo la possibilità di poterlo completare per poterlo sottoporre alla Sua attenzione, Presidente, e a quello dei colleghi proponenti la mozione, affinché si possa valutare la possibilità di ridefinire il testo e quindi gli obiettivi.

Sappiamo come l'Unione Europea è intervenuta nel merito delle questioni legate anche all'applicazione dell'autonomia locale, quindi alla tutela della minoranza linguistica in questo ambito del territorio europeo creando, attraverso il proprio intervento, le condizioni affinché alcuni interventi potessero essere proposti e ottenuti, come è successo recentemente con la norma approvata dalla commissione dei sei e dal Governo rispetto il patentino di bilinguismo, quindi aprendo ad una serie di atti, documenti certificanti la conoscenza della seconda lingua, sbloccando così i limiti posti dalla rigida applicazione dello Statuto che limitava quel riconoscimento al solo possesso del patentino di bilinguismo. Credo che un grande lavoro ci sia da fare, ma tenendo anche in considerazione la nostra peculiarità, non possiamo tirarci da parte e ignorare quale ruolo importante possa in questo momento esercitare l'Europa per il riequilibrio dell'autonomia altoatesina, anche attraverso forti iniziative di pressione, come è successo anche con i pronunciamenti della Corte di Giustizia europea.

Quindi bene un invito di questo tipo, non riferito esclusivamente agli spazi così lontani, ma calato anche nella realtà locale, perché tanto abbiamo da fare anche in Alto Adige per recuperare spazi di diritti, di dignità per le minoranze linguistiche, in questo caso di secondo grado, quindi per la minoranza linguistica italiana in provincia di Bolzano, e credo che di questo dobbiamo farci carico attraverso un documento che sia completo in ogni sua parte. In questo senso presenteremo entro brevissimo questo emendamento.

STOCKER (SVP): Frau Präsidentin! Obwohl es keinen einheitlichen und verbindlichen Begriff für nationale, autochthone Minderheiten bzw. für Volksgruppen gibt, einen Begriff, der von allen anerkannt ist, so ist das, was Kollege Urzì jetzt vorgebracht hat, doch nachvollziehbar. Es steht wahrscheinlich in seinem Änderungsantrag, dass die momentane Diskussion nichts mit den autochthonen Minderheiten Europas zu tun hat. Insofern unterscheiden wir in der Definition sehr klar zwischen Sprachgruppen und Volksgruppen.

Was diesen Beschlussantrag anbelangt, wäre ich auch dafür, eine Formulierung zu finden, mit der wir ganz klar verlangen, dass der Minderheitenschutz und die Minderheitenrechte in die Europäische Verfassung aufgenommen werden und somit auch rechtlich einklagbar sind. Dann könnten wir diesen Minderheitenschutz von einer ganz anderen Rechtsposition heraus verlangen. Insofern stimme ich mit dem Wunsch, den Kollegin Kury geäußert hat, überein. Auch ich möchte hinzufügen: Sollte diese Formulierung nicht gefunden werden, ist es selbstverständlich, dass ich diesen Beschlussantrag mittragen werde.

Ich denke auch, dass wir an dieser Stelle anzumerken haben, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft ist, in der die Rechte der Minderheiten zu schützen sind. Man muss auf jeden Fall hinzufügen, dass zu dieser Wertegemeinschaft auch historische Gegebenheiten, historische Ereignisse und Vorkommnisse dazuzählen.

Mir ist dieser Beschlussantrag insofern sehr wichtig, weil ich ihn nicht so sehr bezogen auf die neuen europäischen Mitgliedstaaten bzw. auf die Anwärterstaaten auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sehe, sondern weil ich persönlich auch sehr stark den Bezug auf alte Mitgliedstaaten in der Europäischen Union unterstreichen möchte. Von Letzteren wird recht selten geredet, wenn sie die Minderheiten vielleicht nicht so bewusst zulassen bzw. diese unterdrücken. Wir haben gar kein Verständnis mehr dafür, dass es auch in diesen Staaten Minderheiten gibt. Ich verweise hier insbesondere auf Griechenland und Frankreich, welche anerkannte europäische Mitgliedstaaten der ersten und zweiten Stunde sind. Sie kommen sehr selten auf die Anklagebank, zählen aber sicherlich zu jenen Staaten, auf die etwas Augenmerk von Seiten der Europäischen Union gelenkt werden sollte. Meines Erachtens müssten sie als Vorbildstaaten gelten, da sie ja seit der ersten bzw. zweiten Stunde zur EU gehören. Sie sollten eine Vorbildfunktion für die neuen Staaten einnehmen und ihnen besonders nahe legen, dass sie ihre Minderheiten besser schützen sollten.

URZÌ (AN): Per fatto personale. Si è fatto riferimento alle dichiarazioni svolte nel corso dell'illustrazione della nostra posizione con valutazioni di merito rispetto alla qualità stessa della comunità linguistica italiana in provincia di Bolzano, legando ad essa la qualità di comunità autoctona e quindi legando alle radici un valore costituente, proprio il principio stesso dell'autonomia che è fondato dalla condivisione che lo statuto di autonomia esprime della comune appartenenza di un territorio. L'af-

fermazione è molto grave, anche perché in tutta Europa il concetto di riconoscimento della comunità linguistica al proprio territorio è fondamentale, altrimenti si è immigrati. La comunità etnica - non mi piace questa espressione, non l'ho mai usata - quindi ribadisco, la comunità linguistica italiana in provincia di Bolzano è una comunità autoctona che rivendica il proprio diritto naturale a risiedere in questo territorio. Negare questo diritto e quindi negare il diritto all'autoctonia come è stato fatto ad esempio per la minoranza linguistica italiana in Croazia, uno dei Paesi di cui stiamo parlando - e bene hanno fatto i colleghi dei Freiheitlichen a porre all'attenzione dell'aula questo tema - significa riconoscere a questa comunità il valore di immigrati, esattamente quello che il governo carinziano ha sostenuto dei cittadini sloveni residenti in Carinzia. Sono immigrati, quindi titolari di diritti limitati rispetto diritti di cittadinanza piena dei propri cittadini.

KLOTZ (UFS): Ich spreche in persönlicher Angelegenheit, die darin besteht, dass uns hier Begriffe unterstellt werden, die wir nicht gebraucht haben. Ich möchte außerdem feststellen, dass es notfalls die UNO ist, welche dann bestimmt bzw. interpretiert, was eine autochthone Bevölkerung ist bzw. wer im Sinne des Artikels 1 der UNO-Menschenrechtsakte das Abstimmungsrecht hat. Das obliegt weder einer Partei, noch dem Kollegen Urzì, noch dem Kollegen Leitner, sondern wird üblicherweise von der UNO festgestellt. Dies möchte ich hier deponiert haben.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit): Siccome la collega Ulli Mair ha chiesto se nessuno della Giunta provinciale prende la parola, lo faccio io, dicendo che è vero che sono anche l'unica presente, però la mozione dice: "*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano sottolinea l'importanza dei diritti dell'uomo nonché la necessità della tutela delle minoranze. Il Consiglio provinciale si sente in obbligo di sollecitare gli organi competenti a livello europeo per fare in modo che introducano norme vincolanti*" ecc. Quindi non essendo una mozione che impegna la Giunta, penso che ognuno di noi all'interno del Consiglio, come suo componente, debba esprimere su questa mozione la propria posizione. Mi sembra peraltro che il collega Urzì abbia annunciato la presentazione di un emendamento, per cui penso che la discussione verrà sospesa in attesa della sua proposta.

L'unica cosa che dico in qualità di consigliera presente in questo consesso è che spiace vedere come questi argomenti diventino sempre materia di difficoltà o di difficile comprensione rispetto a quello che ognuno di noi legittimamente pensa. Rispetto un certo punto di vista, anch'io sono nata qui, figlia di genitori nati qui, quindi è ovvio che mi sento una sudtirolese, altoatesina di madrelingua italiana, che cerca di vivere in questo territorio cercando di conoscere e di rapportarsi con le strutture esistenti su questo territorio. Anche in termini istituzionali, tutte quelle che sono le istituzioni

presenti dovrebbero cercare di lavorare nel riconoscere la storia di questo territorio, i diritti di tutte le cittadine/cittadini che vivono in questa terra conoscendo anche tutti i percorsi storici che ci sono stati. Credo che una sempre maggiore conoscenza della storia ci possa servire per capire e comprendere anche tutto quello che è successo e i legittimi diritti, esigenze e sensibilità di tutti coloro che vivono qui.

PRÄSIDENTIN: Ich verlese nun den vom Abgeordneten Urzì eingebrachten Änderungsantrag: "Il secondo paragrafo della parte impegnativa è così sostituito: La necessità di impegnare l'UE nella promozione d'iniziativa atta a garantire il pieno diritto delle minoranze linguistiche anche di secondo grado anche attraverso atti utili a rimuovere gli ostacoli al pieno esercizio dei diritti dei cittadini in quanto componenti una minoranza linguistica."

Abgeordneter Leitner, nehmen Sie diesen Änderungsantrag an?

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsident! Jeder Abgeordnete hat natürlich das Recht, Vorschläge einzubringen. Wenn diese darin bestehen würden, den Wortlaut des Beschlussantrages zu verbessern, wäre dagegen nichts einzuwenden. Kollege Urzì, diesen Antrag können wir nicht annehmen! Du hast ihn bereits erläutert. Er stimmt inhaltlich nicht mit unserer Überzeugung überein. Die Italiener in Südtirol stellen keine Minderheit dar. Ich weiß, dass du diese Position vertrittst, weil die Italiener zahlenmäßig in Südtirol in der Minderheit sind, aber sie gehören selbstverständlich zum Staatsvolk. Wenn man diese Begriffe verändern würde, würde das gesamte Minderheitenkonzept dieses Landes in eine andere Richtung gehen. Darüber haben wir schon des Öfteren gesprochen. Deswegen können wir diesen Änderungsantrag nicht annehmen.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

URZÌ (AN): Già avevamo chiesto la votazione separata fra le premesse e la parte impegnativa. Adesso chiediamo cortesemente anche la votazione separata fra il primo punto della parte impegnativa e il secondo. Quindi sono tre votazioni.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Replik.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsident! Ich bedanke mich auch bei Frau Landesrätin Gneccchi, dass Sie doch noch das Wort im Namen der Landesregierung ergriffen hat. Ich möchte noch einmal betonen, dass der Ausgangspunkt natürlich ein anderer war. Der Antrag wurde vor dem EU-Beitritt Tschechiens und Sloweniens gestellt. Ich bin der Meinung, dass es uns als überzeugten Europäern nicht gleichgültig sein sollte, was in anderen Ländern passiert und welche Normen bei-

spielsweise in anderen Staaten gelten. In Tschechien sind die Benes-Dekrete auch nach dem EU-Beitritt noch rechtswirksam. Dort wurde Völkermord verübt. Diejenigen, die Völkermord betrieben haben, wurden straffrei gesetzt. Das muss man sich einmal vorstellen! Dies ist der aktuelle Rechtsstatus. Es betrifft vor allem die Sudetendeutschen. Das hat jetzt nichts damit zu tun, dass man ausschließlich für die einen oder anderen das Wort ergreift. Der Ausgangspunkt war der Beitritt dieser Staaten zur EU. Kollegin Stocker hat selbstverständlich Recht, wenn Sie beispielsweise Griechenland zitiert, also einen Staat, welcher der EU schon seit längerer Zeit angehört. Auch dort gibt es Verletzungen von Minderheitenrechten bzw. auch dort wird kein ausreichender Minderheitenschutz gewährt. Das ist sicherlich richtig. Über diese Stellungnahme kann man sich nur freuen.

Ich möchte noch einmal auf die Formulierung, mit der einige Abgeordnete Schwierigkeiten haben, eingehen. Im Antrag heißt es ganz klar, dass entsprechende Bestimmungen einzuführen sind und danach über deren Einhaltung zu wachen ist. Man möge bitte die Reihenfolge beachten! Ich hoffe schon, die Formulierung so getroffen zu haben, dass sie für alle verständlich ist. Wenn darauf verwiesen wurde, dass man von der Europäischen Union verlangen sollte, den Minderheitenschutz in der Verfassung zu verankern, Kollegin Stocker, dann möchte ich daran erinnern, dass wir dies bereits beschlossen haben. Diesbezüglich wurde bereits ein Antrag genehmigt. Sicherlich könnte man wieder dasselbe beschließen. Ich habe den Antrag aber genau aus diesem Grund nicht so formuliert. Wenn ich ihn nämlich so formuliert hätte, wäre sicher einer der Abgeordneten aufgestanden und hätte gesagt, dass wir dies schon beschlossen haben. Ich möchte mich hier nicht an solchen Dingen aufhängen. Es freut mich, dass der Antrag eine grundsätzliche Zustimmung findet. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass wir als Südtiroler eine bestimmte moralische Verpflichtung haben, auch gegenüber anderen Minderheiten in der Europäischen Union aufzutreten und ihnen bei der Absicherung ihrer Rechte zu helfen. Das ist der Sinn dieses Beschlussantrages. Wenn wir ihn annehmen, werden wir diesen Minderheiten zumindest moralisch den Rücken stärken.

PRÄSIDENTIN: Wie vom Abgeordneten Urzì beantragt, stimmen wir getrennt über den Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 91/04 ab.

Wir stimmen zunächst über die Prämissen ab: mit 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wir stimmen nun über den ersten Absatz des verpflichtenden Teils ab: einstimmig genehmigt.

Wir stimmen schließlich über den zweiten Absatz des verpflichtenden Teils ab: 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Punkt 20 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 246/05 vom 11.1.2005, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend den Abtransport von Marmor im Vinschgau."

Punto 20) dell'ordine del giorno: "Mozione n. 246/05 del 11.1.2005, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante il trasporto a valle del marmo estratto in Val Venosta."

Abtransport von Marmor im Vinschgau

Seit Jahren laufen Verhandlungen zwischen Land, den Gemeinden Laas und Schlanders sowie mehreren Firmen, die auf dem Gebiet genannter Gemeinden Marmor abbauen, eine gemeinsame Abtransportstruktur zu schaffen. Während die Gemeinde Laas nach wie vor bestrebt ist, eine Abtransportstruktur bereitzustellen, welche für alle Bruchbetreiber zu gleichen Konditionen genutzt werden kann, schert nun die Gemeinde Schlanders aus. Unter dem Druck einer Betreiberfirma (Tiroler Marmorwerke GmbH) drängt die Gemeinde Schlanders auf die Ermächtigung zur Benützung einer Verbindungsstraße für den Abtransport des Marmors aus dem Göflaner Bruch. Diese als Forststraße deklarierte Verbindung soll so gebaut worden sein, dass auch schwere Fahrzeuge verkehren können.

Natürlich ist für genannte Betreiberfirma als Abtransportstruktur die Straße am günstigsten. Wenn jedoch der Marmor aus Göflan nach Schlanders über eine Straße befördert wird, droht dem über die Landesgrenzen hinaus bekannten Marmorstandort Laas und den dazugehörenden Strukturen (Marmorfachschule, Marmorverarbeitungsbetriebe) eine starke Benachteiligung. Zudem würde die Umwelt arg in Mitleidenschaft gezogen. Im Falle eines Abtransportes über eine kostengünstige Straße nach Schlanders wäre auch die Gemeinde Laas gezwungen, die Straße für den Abtransport freizugeben.

Die bestehende Schrägbahn ist zwar 70 Jahre alt, eine Sanierung ist jedoch finanzierbar, wie eine entsprechende Studie belegt. Zudem ist diese Schrägbahn in Europa einzigartig und schützenswert. Daher sollte das Land weiter mit dem Besitzer (Lasa Marmo) verhandeln, um eine Abtretung dieser Struktur zu erreichen und allen Betreibern zur Verfügung zu stellen.

Dies vorausgeschickt,

beauftragt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

sich dafür zu verwenden, dass die bestehende Schrägbahn für alle Bruchbetreiber in den Gemeinden Laas und Schlanders zu gleichen Konditionen für den Abtransport des Marmors zur Verfügung gestellt wird.

Die Landesregierung wird zusätzlich ersucht, keine Ermächtigungen für den Abtransport des Marmors auf Straßen zu erteilen.

Trasporto a valle del marmo estratto in Val Venosta

Da anni ormai sono in corso trattative tra la Provincia, i Comuni di Lasa e Silandro nonché varie aziende che estraggono il marmo nelle cave dei succitati comuni al fine di creare congiuntamente una struttura per il trasporto a valle di tale materia prima. Mentre il Comune di Lasa mira a realizzare una struttura che possa essere utilizzata alle stesse condizioni da tutti i gestori delle cave, il Comune di Silandro ha cambiato rotta. Incalzato da uno dei gestori (la Tiroler Marmorwerke s.r.l.), il Comune di Silandro preme perché gli venga concessa l'autorizzazione a utilizzare una strada di collegamento per il trasporto a valle del marmo estratto dalla cava di Covelano. Tale strada di collegamento, che verrebbe classificata come strada forestale, verrebbe realizzata in modo tale da consentirvi il transito anche dei mezzi pesanti.

Ovviamente per il gestore in questione il trasporto del marmo mediante una simile infrastruttura rappresenta la soluzione più economica. Se tuttavia il marmo viene trasportato dalla cava di Covelano a Silandro attraverso una strada, si rischia di penalizzare fortemente Lasa, conosciuta ben oltre i confini per l'estrazione del marmo, nonché le strutture legate a tale attività (quali la scuola d'arte e le aziende per la lavorazione del marmo). Oltre a ciò aumenterebbe notevolmente l'inquinamento ambientale. Inoltre, nel caso si optasse per il trasporto del marmo fino a Silandro attraverso una strada, quale soluzione più economica, anche il Comune di Lasa sarebbe costretto a concedere l'autorizzazione a utilizzare una strada per il trasporto a valle del marmo.

È vero che la cremagliera esistente ha 70 anni, ma sarebbe possibile risanarla anche in termini di costi, come è stato dimostrato da uno studio. Oltre a ciò, questa cremagliera è l'unica del genere in Europa e pertanto merita di essere tutelata. La Provincia dovrebbe quindi avviare delle trattative con il proprietario (Lasa Marmo) al fine di ottenere la cessione di tale infrastruttura per metterla a disposizione di tutti i gestori.

Tutto ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
incarica*

la Giunta provinciale

ad attivarsi, affinché la cremagliera esistente venga messa a disposizione alle stesse condizioni a tutti i gestori di cave operanti nei Comuni di Lasa e Silandro per il trasporto a valle del marmo.

Si invita inoltre la Giunta provinciale a non autorizzare il trasporto a valle del marmo su strada.

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich möchte mit dem letzten Teil des Beschlussantrages beginnen, denn dieser ist in der Zwischenzeit natürlich überholt. Die Forderung, dass die Landesregierung zusätzlich ersucht wird, keine Ermächtigungen für den Abtransport des Marmors auf Straßen zu erteilen, ist nicht mehr aktuell, denn

die Tiroler-Marmor-Werke dürfen in Göflan eine Forststraße benützen, um das Material abzutransportieren.

Wir reden nicht das erste Mal über dieses Thema, und es ist bekannt, dass die Landesregierung alle Firmen dazu bewegen wollte, eine gemeinsame Struktur für den Abtransport des Marmors zu benutzen. Das kann die Schrägbahn sein, theoretisch könnte der Abtransport aber auch über anderem Wege erfolgen. Es war immer das Bestreben der Landesregierung, die beiden Gemeinden und Firmen zusammenzubringen, um nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Wir kennen aber auch die Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinden Laas und Schlanders bzw. der Eigenverwaltung von Göflan, die natürlich auch ihre eigenen Interessen hat. Natürlich ist es nicht leicht, so viele Interessen unter einen Hut zu bringen, aber die Bestrebungen waren auf alle Fälle vorhanden. In der Zwischenzeit wurde ein Vorvertrag zwischen der Gemeinde Laas, der "Laaser Marmor" und den privaten Betreibern abgeschlossen, der vorsieht, auf einen gemeinsamen Abtransport des Marmors zu setzen. Gleichzeitig ist aber der Abtransport des Marmors auf Schlanderser Gemeindegebiet schon aktiv. Es gibt auch einen Schriftverkehr zwischen der Eigenverwaltung Göflan und der Gemeinde Laas, mit dem man das Ganze mehr oder weniger in Frage stellt. Der Laaser Marmor ist sehr bekannt, und es wäre wirklich niemandem gedient, wenn ein Konkurrenzkampf zwischen zwei Gemeinden entfacht würde, die eigentlich dasselbe wollen. Bei aller Wertschätzung der Gemeindeautonomie, hier sollte sich die Landesregierung einschalten, damit die beiden Gemeinden auch weiterhin einen gemeinsamen Weg gehen. Nach unseren Informationen ist derselbe letzthin sehr stark in Frage gestellt worden, weil man mit dieser Straße einer Firma eine Vorzugsschiene eröffnet hat. So denkt man jedenfalls im Vinschgau! Deshalb ersuchen wir die Landesregierung, sich dafür zu verwenden, dass die bestehende Schrägbahn für alle Bruchbetreiber in den Gemeinden Laas und Schlanders zu gleichen Bedingungen für den Abtransport des Marmors zur Verfügung gestellt wird. Die meisten Betreiber sind mit dieser Lösung einverstanden, und auch im Interesse des Umweltschutzes und der Wirtschaftlichkeit sollte dieser Weg gegangen werden.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Vorweg kündige ich an, dass wir diesen Beschlussantrag selbstverständlich unterstützen. Eine Frage an den Kollegen Leitner: Fällt der zweite Absatz des beschließenden Teiles flach? Man könnte diesen Absatz aber auch ersetzen, indem die Landesregierung an ihre Verpflichtung erinnert wird, die Benützung dieser Straße für den Abtransport des Marmors nur für eine bestimmte Zeit zu genehmigen. Meines Wissens ist die Benützung der Forststraße auf drei Jahre beschränkt. Nachdem es momentan Bestrebungen gibt, die Straßenbenützung als Endlösung ins Auge zu fassen, würde ich es schon für wichtig empfinden, dass man klarstellt, dass die Benützung dieser Straße nur für einen bestimmten Zeitraum zugelassen und die Landesregierung an diese ihre Verpflichtung erinnert wird. Die Landesregierung muss eine Vermittlerrolle ausüben, damit sich die

Gemeinden darauf einigen, dass die Schrägbahn das Transportmittel ist, mit dem alle Gesellschaften den Marmor abtransportieren können. Das würde auch Rechtssicherheit schaffen und den unterschwelligem Bemühungen, die Straße für längere Zeit als Mittel zum Abtransport des Marmors zur Verfügung zu stellen, den Garaus machen. Es gibt Studien zur Sanierung der Schrägbahn. Außerdem lautet die offizielle Aussage des Landeshauptmannes, dass man hier auf einen Konsens zwischen den Gemeinden hinarbeiten müsse. Diese politische Ankündigung sollte man noch einmal mit einem Beschluss des Landtages absichern.

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Wir alle wissen, dass es schon seit längerer Zeit einen Streit zwischen den einzelnen Abbauern von Marmor im Gebiet der Gemeinden Laas und Schlanders gibt. Wir alle wissen, dass es sich hierbei um Marmor höchster Qualitätsstufe handelt. Der Laaser Marmor wurde für die Errichtung verschiedenster Denkmäler in Österreich und Deutschland, aber auch in Amerika verwendet. In Laas wurde auch eine eigene Marmorschule errichtet. Leute aus ganz Europa, aber auch von darüber hinaus, kommen nach Laas, um den dortigen Marmor zu verarbeiten. Es wäre nämlich unverantwortbar, wenn dieser Marmor einfach nur in Blöcken verkauft würde. Marmor mit einer derartig hohen Qualität soll auch für Kunstgegenstände verwendet werden.

Die Laaser-Marmor-Werke, die Tiroler-Marmor-Werke und die Firma Lechner sind daran interessiert, den Marmor abzubauen. Leider gibt es beim Abtransport und bei der Verarbeitung des Marmors Schwierigkeiten. Die Schrägbahn befindet sich im Besitz der Laaser-Marmor-Werke, die nicht will, dass andere diese Bahn für den Abtransport des Marmors benutzen. Außerdem müsste die Schrägbahn saniert werden, und ich bin der Meinung, dass das eine Grundvoraussetzung ist, um überhaupt von einem Abtransport über die Schrägbahn reden zu können. Auch bei der Verarbeitung des Marmors gibt es Probleme. Zur Zeit wird der Göflaner Marmor in Göflan zwischengelagert und er soll dann eventuell nach Laas gebracht werden. Dort gibt es ein großes Grundstück, das ohne weiteres ausreichen müsste, um den Marmor zu lagern, der sowohl von den Laaser als auch von den Tiroler-Marmor-Werken abgebaut wird. Deshalb sollte man nicht zusätzliche Grundstücke für die Lagerung des Marmors hernehmen. Die Verarbeitung des Marmors muss auf jeden Fall in Laas erfolgen. Die Firmen müssen sich unbedingt einigen. Die Landesregierung wird sich nicht direkt einmischen, keinesfalls dann, wenn sie nicht einmal gefragt wird. Wenn wir darum ersucht werden, zu vermitteln, dann werden wir uns sicher einschalten. Gerade Sie, Kollege Leitner, fordern immer wieder, dass wir den Privaten den notwendigen Freiraum lassen sollten. Ich bin damit einverstanden, wenn Sie sagen, dass der Abtransport des Marmors auf der Straße nur als vorübergehende Lösung angesehen werden soll, denn auch ich glaube, dass alles getan werden muss, um die Schrägbahn zu sanieren, um sie dann allen Abbauern für den Abbau des Marmors zur Verfügung stellen zu

können. Ich weiß, dass zur Zeit Verhandlungen laufen, aber das Land sollte sich nicht direkt in diese einmischen. Deshalb können wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landeshauptmann! Es geht nicht so sehr darum, sich direkt einzumischen, sondern das Land sollte vermitteln. In dieser Angelegenheit braucht es wahrscheinlich einen Schiedsrichter. Ich weiß nicht, ob Sie den letzten Brief der Eigenverwaltung der Fraktion Göflan an die Gemeinde Laas und an die Eigenverwaltung Laas gesehen haben. Auf jeden Fall ist das, was dort drinnen steht, eine Kriegserklärung: *"Die Eigenverwaltung Göflan lehnt das Projekt Schrägbahn aufgrund der unprofessionellen, einseitigen Verhandlungsweise, inklusive Ergebnis Vorvertrag Laaser Marmor/Fraktion Laas, als für die eigenen Belange ungeeignete Struktur ab und schließt jede gegenwärtige und zukünftige Beteiligung an dieser Struktur aus. Die Eigenverwaltung Göflan ersucht mit sofortiger Wirkung die Tiroler Marmor-Werke, als Inhaberin eines rechtskräftigen Konzessionsvertrages, zum Marmorabbau in Göflan die entsprechende Verarbeitungsstruktur in Schlanders bzw. in Göflan zu errichten."* Es ist also nicht absehbar, dass sich die Betroffenen einigen werden, und das ist schade. Ich teile Ihre Meinung, aber aufgrund dieser Tatsache besteht absoluter Handlungsbedarf. Wenn das Land untätig bleibt, dann werden die Eigenverwaltungen Prozesse führen und die Straße wird viel länger benützt werden, vielleicht auch auf alle Ewigkeit. Und dann werden vielleicht auch die Laaser eine Straße für den Abbau des Marmors bauen. Das wäre genau das, was wir nicht wollen.

Auch wenn ich weiß, dass der Beschlussantrag nicht angenommen wird, möchte ich ihn zur Abstimmung bringen, mit Ausnahme des zweiten Teiles des Beschlussantrages, denn dieser ist mittlerweile überholt. Ich nehme auf jeden Fall positiv zur Kenntnis, dass die Landesregierung bestrebt ist, diese Straße nur für einen bestimmten Zeitraum für den Abtransport des Marmors zur Verfügung zu stellen. Die Briefe, die in letzter Zeit diesbezüglich herumflattern, verheißen auf jeden Fall nichts Gutes.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung: mit 7 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen ist Beschlussantrag Nr. 246/05 abgelehnt.

Es wurde mir soeben mitgeteilt, dass die Behandlung des Tagesordnungspunktes Nr. 23 noch einmal kurzfristig vertagt wird.

Punkt 24 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 250/05 vom 20.1.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend der Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle."**

Punto 24) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 250/05 del 20.1.2005, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante l'istituzione osservatorio sociale.**"

Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle

Neben dem ethnischen Unbehagen, dessen Bekämpfung sich AN seit jeher zum Anliegen gemacht hat, ist nun seit einigen Jahren in der Provinz Bozen das soziale Unbehagen auf Besorgnis erregende Weise im Ansteigen begriffen, von welchem nicht nur die italienischsprachige Bevölkerung, sondern auch ein beträchtlicher Teil der Südtiroler betroffen ist. In der Tat wirkt sich das soziale Unbehagen einer Person zumindest auf 3 weitere Personen aus, da jeder Arbeitslose, jegliche Entlohnung, mit welcher das "Null-Niveau" nicht erreicht wird, d.h. jenes Niveau, welches es jedem von uns ermöglicht zu leben, ohne sparen zu müssen, eine ganze Familie, also durchschnittlich 3 Personen mit einbezieht. Dies ist in der prekären sozio-ökonomischen Lage, in der sich Südtirol befindet, nicht außer Acht zu lassen, wo 26 % der Familien in einer als relative Armut bezeichneten Situation leben, 11 % der Familien über ein Einkommen von höchstens 1.000 Euro verfügen und die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Löhne unter 1.200 Euro bezieht. Damit liegen wir sogar unter den Werten von Mittel- und Norditalien. Auch dieses Unbehagen bedarf einer Lösung.

Die Europäische Gemeinschaft beabsichtigt, einen eigenen Wirtschafts- und Sozialausschuss ins Leben zu rufen, der den "Gesundheitszustand" der lokalen Bevölkerung aufzeichnen soll. Eine soziale Beobachtungsstelle, die nicht von Vorurteilen weder in die eine noch in die andere Richtung geleitet sein soll, sondern sich auf neutrale Grundlagen stützt. Wir glauben nämlich, dass es nicht mehr angeht, sich selbst zu beweihräuchern und auf die niedrige Arbeitslosenrate in unserem Lande zu verweisen, als ob diese real wäre und den Wohlstand bzw. das Wohlergehen der Südtiroler beweisen würde. Wir wissen, dass es sich seit etlichen Jahren nicht mehr so verhält. Nicht nur, dass immer weniger Familien im Wohlstand leben, auch dort, wo er vorhanden ist, ist der Reichtum in Südtirol auch unter den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und nicht nur unter den Familien ungleich verteilt. Die neue Armut betrifft nicht nur mehr letztere, sondern auch jene, die in ihrem Beruf von der öffentlichen Hand gebremst werden, da sie beispielsweise die Auszahlung der versprochenen Beiträge zur Wirtschaftsförderung hinauszögert und so das Überleben des Betriebes gefährdet. Die Senkung der Armutsgrenze hat in Südtirol schon lange die Alarmglocke läuten lassen, aber anscheinend haben sie nicht alle gehört.

Unserer Ansicht nach ist es somit wichtig, ein Gremium einzusetzen, das in der Lage ist, die soziale Situation unseres Landes zu erfassen, eine soziale Beobachtungsstelle also, die nicht nur das soziale Ungleichgewicht in Südtirol aufzeichnen und in der Folge den Reichtum in unserem Land wieder ausgleichen soll, sondern die auch dazu dienen muss, dem Auftreten neuer Armutformen in Südtirol bzw. deren Umsichgreifen vorzubeugen.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,
eine soziale Beobachtungsstelle ins Leben zu rufen, die nicht nur das soziale Ungleichgewicht in Südtirol aufzeichnen und in der Folge den Reichtum in unserem Land wieder ausgleichen soll, sondern die auch dazu dienen muss, dem Auftreten neuer Armutformen in Südtirol bzw. deren Umsichgreifen vorzubeugen.

Istituzione osservatorio sociale

Al disagio etnico che è sempre stato oggetto delle denunce di AN, da qualche anno in Provincia di Bolzano si sta affiancando un crescente, in maniera preoccupante, disagio sociale che nel coinvolgere anche la popolazione di lingua italiana colpisce una grande fetta degli altoatesini. Infatti il disagio sociale colpisce almeno 3 persone in 1. Perché ogni disoccupato, ogni retribuzione che non concede il raggiungimento del "livello zero", ovvero di quel livello che permette a ognuno di noi di vivere pur senza risparmiare, coinvolge una intera famiglia, quindi mediamente 3 persone. Un aspetto importante, questo, nel grave quadro socio-economico in cui versa l'Alto Adige, dove il 26% delle famiglie vive in una situazione definita di povertà relativa e dove l'11% delle famiglie altoatesine non supera i 1.000 euro di stipendio e dove, in ultimo, la metà degli occupati percepisce salari inferiori ai 1.200 euro. Si tratta di dati peggiori perfino del Centro e del Nord Italia. In sostanza, ed è anche a questo disagio che si deve dare delle risposte.

In questo contesto la Comunità europea, intende attivare un apposito Comitato economico e sociale in grado di monitorare lo stato di "salute" della popolazione locale. Un "osservatorio" sociale non figlio del pregiudizio né in una direzione né nell'altra ma che si poggia su basi neutrali. Crediamo, infatti, non ci si possa più auto-beatificarsi o incensarsi rivendicando il basso grado di disoccupazione in Provincia, come se esso fosse reale e comunque dimostrasse l'esistenza di un salutare benessere degli altoatesini. Sappiamo che non è più così, da diversi anni. Non solo il benessere in Alto Adige riguarda sempre meno famiglie, ma laddove esiste, la "ricchezza" in provincia di Bolzano è sbilanciata anche negli stessi settori economici e imprenditoriali, non solo fra le famiglie. Le nuove povertà, infatti, coinvolgono non più in maniera aggressiva solamente queste ultime ma anche chi si trova frenato nella propria professione dallo stesso Ente pubblico, che tarda magari, in molte occasioni, a erogare i contributi promessi a sostegno dell'economia mettendo a rischio la sopravvivenza dell'azienda. L'allarme sull'abbassamento della soglia della povertà, insomma, è da tempo suonato in Alto Adige ma sembra che non tutti l'abbiano sentito.

Riteniamo, in sostanza, sottolineare l'importanza di prevedere l'istituzione di un organismo capace appunto di valutare lo stato sociale della nostra Provincia, un osservatorio sociale capace non solo di monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi di riequilibrare la ricchezza in Alto Adige ma anche di prevenire l'insorgenza o l'incremento di nuove sacche di povertà nella nostra Provincia.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale,

a istituire un osservatorio sociale capace non solo di monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi di riequilibrare la ricchezza in Alto Adige ma anche di prevenire l'insorgenza o l'incremento di nuove sacche di povertà nella nostra provincia.

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MINNITI (AN): Questa mozione non è la prima volta che giunge in aula, peraltro viene riproposta proprio oggi che scadono i sei mesi, e ciò dimostra come l'aula avverta quasi ciclicamente la necessità di discutere su tematiche di natura sociale che interessano sempre più questa terra. Proprio ieri leggevamo sui quotidiani locali che dal 1993 ad oggi sono aumentati del 270% gli affitti degli alloggi. Al di là delle valutazioni che possiamo fare, ciò porta ad un indebitamento della popolazione e quindi ad una riduzione del potere di acquisto da parte della stessa. Sostanzialmente si crea un disagio sociale. Credo sia anche a questo disagio, non solo a quello etnico, che questa provincia deve guardare, e deve dare delle risposte sempre più immediate.

La soglia di povertà si è tremendamente abbassata per una serie di motivi. Certamente l'euro non ci è stato d'aiuto, il cambio dell'euro a quel limite, che fu deciso peraltro dal probabile nuovo primo ministro Romano Prodi, è stato negativo per il nostro Paese. Con l'introduzione dell'euro vi è stato un abbassamento della ricchezza comune anche per quanto riguarda questa terra che in passato certamente poteva beneficiare di una ricchezza superiore alla media nazionale. Oggi purtroppo non è più così. L'osservatorio sociale che Alleanza Nazionale propone con questa mozione certamente vuole andare a richiamare la necessità che si monitorizzi lo stato di "salute economica" della popolazione altoatesina appartenente a tutti i gruppi linguistici, perché è ovvio che il disagio sociale colpisce tutte le famiglie. Ed è ancora più grave laddove vi sono famiglie numerose, nel momento in cui vi è un disoccupato in più nel nostro territorio, e questo deve, in realtà, rispondere ad una intera famiglia. Il disagio sociale interessa quindi mediamente tre persone, ovvero la media di composizione di una famiglia altoatesina. E' necessario che si monitorizzi lo stato di salute economica delle famiglie altoatesine attraverso questo organismo che, anche oggi mi preme sottolinearlo per dimostrare come noi non abbiamo come sport prediletto quello di rivendicare primogeniture su determinati temi, è un organismo che la stessa Comunità Europea ha stabilito di attivare. Aggiungiamo che sarebbe opportuno anche attivare un osservatorio economico, perché è ovvio che una certa problematica di natura sociale riguarda le famiglie, ma non possiamo far finta di non vedere le difficoltà che anche le aziende altoatesine incontrano sempre più spesso - i lamenti dell'asso-imprenditori comprensibili e giustificabili ne sono dimostrazione - per cui la Comunità Europea da tempo ha sostenuto la necessità di creare questo osservatorio sociale.

Voglio associarmi a questa iniziativa della Comunità Europea anche perché sul territorio altoatesino vi è stato un sindacato importante, la CISL-ASGB recentemente, un anno fa, nel momento in cui si discuteva la cosiddetta Convenzione europea di cui ricordo che il vicepresidente era l'On. Gianfranco Fini che ha collaborato con l'On. Giuliano Amato, presidente, per cercare di stabilire quelli che potessero essere gli interventi e la Costituzione della Comunità Europea, lo stesso sindacato importante come la ASGB-CISL aveva rilanciato recentemente la costituzione di questo organismo. Auspichiamo che la sensibilità della Giunta su questo tema non si esaurisca solo con l'enunciazione di progetti, ma che affondi le proprie radici anche sulla necessità di istituire questo osservatorio sociale.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen - SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass die soziale Lage in Südtirol so genau wie in keiner anderen Region Italiens dokumentiert wird. Es hat in den vergangenen Jahren Dutzende Untersuchungen und Studien über die verschiedenen sozialen Bereiche gegeben. Dies wird auch vom Kollegen Mauro Minniti bestätigt, wenn er in diesem Beschlussantrag die verschiedenen Studien zitiert. Auch für die nächsten Jahre sind in diesem Zusammenhang verschiedene Untersuchungen geplant bzw. bereits einige im Gange.

Was die in Südtirol durchgeführten Studien betrifft, sieht das Gesetz bereits eine Koordinierungsfunktion des Landesinstituts für Statistik - ASTAT vor. Das ASTAT arbeitet zu diesem Zwecke mit den anderen Abteilungen der Landesverwaltung, den anderen öffentlichen Körperschaften und allen in diesen Bereichen tätigen Organisationen zusammen, wie zum Beispiel mit dem AFI. Die Rolle der vorgeschlagenen Sozialen Beobachtungsstelle wird bereits heute unter der Regie des ASTAT von verschiedenen Akteuren wahrgenommen. Studien, welche außerhalb Südtirols durchgeführt werden, kann man natürlich nicht koordinieren, das ist klar. Im Rahmen der Landesarmutskonferenz, die im Jahre 2005 wieder ins Leben gerufen worden ist, wurde eine Untergruppe "Statistische Daten zum Phänomen Armut" eingerichtet. Diese Forschungsgruppe, die aus Vertretern der verschiedenen Landesabteilungen und einer Vielzahl von privaten Organisationen - die Experten müssen sich zum Thema Armut äußern können - zusammengesetzt ist, zielte darauf ab, kontinuierlich messbare und vergleichbare Daten zur Verfügung zu stellen, um dieses Phänomen Armut besser auswerten und analysieren zu können. Deshalb erscheint uns die Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle nicht notwendig, weil man bereits im Rahmen dieser Armutskonferenz und gerade im Zusammenhang mit dieser Untergruppe daran arbeitet. Die Landesarmutskommission wird eine offene, objektive und kritische Diskussion der bereits vorhandenen Datenlage abwickeln und anhand dieser Diskussion eine Berichterstattung zum Thema Armut und zugleich einen Vorschlag für effektive und effiziente Maßnahmen für die Landesregierung erstellen. Dies scheint uns geeignet und zielführend zu sein. Es ist sehr wichtig, dass wir zugleich die verschiedenen öffentlichen Ak-

teure, aber auch den ganzen privaten Non-Profit-Sektor involvieren. Natürlich war das zum Zeitpunkt, an dem dieser Beschlussantrag gestellt wurde - im Jänner 2005 -, noch nicht möglich. Ich muss hinzufügen, dass wir diese Landesarmutskonferenz damals noch nicht aktiviert hatten. Aber ich glaube, dass wir mittlerweile an einem sehr guten Punkt angelangt sind. Ich kann Ihnen versichern, dass die Arbeit im Rahmen dieser Landesarmutskommission von verschiedensten Akteuren mit großer Intensität vorangetragen wird. Es ist für uns eine sehr große Bereicherung, die verschiedenen öffentlichen Einrichtungen, genauso aber auch den privaten Non-Profit-Sektor an einen Tisch zu bringen. Deswegen glaube ich, dass wir diesbezüglich eigentlich schon sehr gut unterwegs sind.

MINNITI (AN): A volte mi domando se siamo troppo in avanti con il tempo noi di Alleanza Nazionale o se c'è una stupefacente sintonia di intenti fra Alleanza Nazionale e la maggioranza, perché fra ieri e oggi a tre nostre mozioni che erano state presentate a suo tempo, questa che porta la data del gennaio 2005, ma anche quella di ieri, presentata addirittura nel 2004, ci è stato risposto che sono state già attivate le cose che chiedevamo. Non possiamo che salutare con favore iniziative di questo genere, evidentemente su tematiche di tale fatta c'è una volontà diffusa e una concordanza di quelli che sono gli organismi da attivare per poter intervenire.

A noi rimane il dubbio che quanto si stia facendo non è forse tutto quello che può essere fatto per cercare di ridurre queste sacche di povertà che si vanno a determinare. Se di fronte alla buona volontà dell'assessorato in questo senso assistiamo comunque ad un 25% di famiglie altoatesine che vivono in una condizione di povertà relativa, dati Astat, oppure all'11% di famiglie altoatesine che vivono con 1000 euro al mese, dati Afi Pl, significa che forse non si riesce ad essere incisivi in maniera adeguata per creare delle condizioni di miglioramento sociale. Non basta solo attivare l'osservatorio sociale o attenderci che l'Astat faccia i suoi accertamenti sullo stato di salute, occorre impostare gli interventi per prevenire e anche per ridurre le situazioni di disagio sociale che si verificano nella nostra provincia. Su questo tema è importante svolgere un dibattito anche in futuro, in questi due anni e mezzo che ci separano dalla fine della legislatura, perché crediamo non si possa procedere solo con interventi di puro assistenzialismo, ma si debba invece intervenire con forme di sostegno che non siano perpetue ma che comunque diano la possibilità alle famiglie di "rialzare" la testa, cosa che oggi è impossibile, perché alcuni interventi assunti da questa maggioranza sono indiscriminati verso tutte le famiglie altoatesine e non tengono conto delle necessità delle famiglie meno abbienti. Parliamo del famoso assegno che viene dato a tutte le famiglie purché abbiano un reddito inferiore a 80 mila euro. Noi abbiamo proposto più di una volta che quell'intervento venisse dato a scaglioni. Sono interventi di questo genere, così impostati, che creano comunque una situazione di disagio sociale nelle famiglie che necessitano maggiormente il sostegno economico.

Ovviamente auguriamo che in questi due anni e mezzo si riesca a portare in aula un documento congiunto da parte di tutta l'aula sugli interventi ottimali da apportare per migliorare la condizione sociale delle famiglie della nostra provincia. Vogliamo attendere quale sarà l'impostazione generale da parte dell'assessorato competente, credo che anche la minoranza sia disposta a lavorare in questa direzione, e in attesa di questo ritiro la mozione.

PRÄSIDENTIN: Beschlussantrag Nr. 250/05 ist somit zurückgezogen.

Punkt 23 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 249/05 vom 17.1.2005, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Holzmann und Minniti, betreffend die architektonische Unterschutzstellung des ehemaligen Industriekomplexes Alumix.**"

Punto 23) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 249/05 del 17.1.2005, presentata dai consiglieri Urzì, Holzmann e Minniti, riguardante la tutela architettonica del complesso industriale ex-Alumix.**"

Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

URZÌ (AN): Per illustrare le ragioni di questa decisione. Ci riferiamo alla mozione che prevede la tutela architettonica del complesso industriale ex Alumix, un documento con il quale si richiedeva l'attivazione della Provincia al fine di garantire tutte le misure atte a porre sotto tutela il complesso ex Alumix in via Volta a Bolzano, il suo corpo di fabbrica principale ma anche la sua visione prospettica complessiva, quindi compresi gli ingressi e i corpi laterali e gli elementi anche di arredo del complesso come la pregevolissima fontana e vasca davanti al corpo di fabbrica principale. Si chiedeva inoltre anche l'approvazione di un progetto di riqualificazione dell'intero complesso utile a garantirne una destinazione.

Crediamo di dover ritirare la mozione, perché i nostri auspici, sollevati peraltro alcuni anni fa, in un momento in cui la sensibilità rispetto a questo tipo di processo di tutela era sicuramente inferiore rispetto ad oggi, si sono concretizzati. Bisogna riconoscere su un piano, quello tecnico e funzionale, gli impegni che la Giunta provinciale ha assunto attraverso l'approvazione della delibera per il piano planivolumetrico per il parco scientifico tecnologico, quindi una destinazione funzionale dell'area, dall'altra parte la tutela del complesso da parte dell'assessorato alla tutela beni culturali. Quindi non possiamo che ritenerci soddisfatti, talvolta accade anche questo. E' successo anche più di una volta nel corso di questa legislatura, che una battaglia che abbiamo intrapreso soli all'inizio molti anni fa ci veda oggi invece in compagnia di tanti, compresa la Giunta provinciale, e che gli obiettivi che si erano posti siano stati quindi sostanzialmente tutti quanti ottenuti.

PRÄSIDENTIN: Beschlussantrag Nr. 249/05 ist zurückgezogen.

Da es bereits 11.55 Uhr ist, gehen wir - wie im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden vereinbart - zur Behandlung der sogenannten institutionellen Tagesordnungspunkte über.

Punkt 2 der Tagesordnung wird - wie im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden vereinbart - auf die nächste Sitzungsfolge vertagt.

In Bezug auf Tagesordnungspunkt 3 möchte ich daran erinnern, dass - wie bereits mit Schreiben vom 3.5.2006 mitgeteilt - die Behandlung dieses Punktes entfallen muss, da die Kammerabgeordneten Dr. Bressa und DDr. Zeller den Termin zur Berichterstattung aufgrund der laufenden Wahl des neuen Staatsoberhauptes nicht wahrnehmen können.

Punkt 4 der Tagesordnung: "**Beschlussvorschlag: Genehmigung der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2005.**"

Punto 4) dell'ordine del giorno: "**Proposta di deliberazione: Approvazione del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2005.**"

Ich verlese den Bericht:

*Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
diese Rechnungslegung, die die Ergebnisse der Finanzgebarung des Südtiroler Landtages des Jahres 2005 ausweist, ist vom Präsidium des Landtages in der Sitzung vom 8. März 2006 genehmigt worden. Im Sinne von Artikel 18 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Landtages und von Artikel 17 der Verwaltungs- und Buchungsordnung wird sie nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt.
Der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2005 ist mit Landtagsbeschluss Nr. 8/04 vom 9. Dezember 2004 im Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben mit einem Ansatz von 7.399.946,85 Euro in der Kompetenz festgelegt worden. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Abschlussrechnung des Finanzjahres 2004 und auch um den Haushaltsvoranschlag in einigen Punkten den geänderten Erfordernissen anzupassen, hat das Präsidium dem Landtag eine Haushaltsberichtigung vorgeschlagen, die von diesem mit Beschluss Nr. 4/05 vom 29. Juni 2005 genehmigt worden ist. Durch diese Haushaltsberichtigung wurde der Bilanzansatz in der Kompetenz (Einnahmen u. Ausgaben) von den erwähnten 7.399.946,85 Euro auf 7.686.425,07 Euro (+ 286.478,22 Euro) erhöht. Diese Gesamtbeiträge, aufgeteilt auf die einzelnen Ein- und Ausgabenkapitel, stellten somit den Rahmen für die Finanzgebarung des Jahres 2005 dar.
Die Abschlussrechnung über die Finanzgebarung des Jahres 2005 weist zum 31.12.2005 einen Verwaltungsüberschuss von 1.674.720,41 Euro auf.*

Ich darf daran erinnern, dass im Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Jahr 2006, der vom Landtag am 6. Dezember 2005 genehmigt worden ist, auf der Einnahmenseite ein voraussichtlicher Verwaltungsüberschuss in der Höhe von 1.200.000,00 Euro eingeschrieben worden ist. Der Differenz von 474.720,41 Euro zwischen dem effektiven Verwaltungsüberschuss und dem veranschlagten wird im Zuge einer Haushaltsberichtigung Rechnung getragen werden.

91,5 % der auf Ausgabenkapiteln verzeichneten Einsparungen entfallen auf die 15 nachfolgend angeführten Kapitel: Kapitel 1190 „Ausgaben für die Einholung von Gutachten, für Lokalausweise und Studienfahrten der beim Südtiroler Landtag eingesetzten Kommissionen“ (34.725,69 Euro), Kapitel 1220 „Ausgaben für die Tätigkeit des Landesbeirates für Kommunikationswesen“ (20.194,74 Euro), Kapitel 1300 „Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages“ (295.299,26 Euro), Kapitel 1310 „Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages“ (174.802,74 Euro), Kapitel 1320 „Regionale Wertschöpfungssteuer für das Personal des Landtages“ (30.820,40 Euro), Kapitel 1350 „Abfertigungen an das Personal des Landtages“ (40.814,53 Euro), Kapitel 1351 „Vorstreckung der INP-DAP-Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt“ (34.422,20 Euro), Kapitel 1352 „Vorschüsse auf Abfertigungen“ (42.575,31 Euro), Kapitel 1403 „Ausgaben zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages“ (39.263,45 Euro), Kapitel 1420 „Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Postspesen, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsmaterialien, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben“ (25.531,65 Euro), Kapitel 1423 „Miete der Räumlichkeiten und Nebenausgaben“ (20.388,84 Euro), Kapitel 1470 „Rechtsberatung, Rechtsbeistand sowie Aufträge an Freiberufler“ (45.047,13 Euro), Kapitel 1700 „Reservefonds für neue und höhere Ausgaben“ (556.392,97 Euro), Kapitel 2100 „Einrichtung von Büros und anderen Räumlichkeiten“ (53.855,54 Euro) und Kapitel 2110 „Ankauf von Büromaschinen (Computer, Drucker, Faxgeräte u.s.w.), audiovisuellen Mitteln, Druck- und Fotokopiergeräten, der Telefonzentrale“ (32.544,86 Euro). Die restlichen 8,5 % verteilen sich mit kleineren und kleinsten Beträgen auf die übrigen Ausgabenkapitel. Wie Sie leicht erkennen können, handelt es sich bei den Ausgabenkapiteln, bei denen die betragsmäßig höchsten Einsparungen zu verzeichnen sind, meist um Kapitel, die Pflichtausgaben oder laufende Ausgaben betreffen und somit der Entscheidung des Präsidenten/der Präsidentin bzw. des Präsidiums weitestgehend entzogen sind.

In der Folge nun einige nähere Erläuterungen zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabenkapiteln, wobei das Augenmerk natürlich vor allem den Ausgaben gewidmet sein wird.

EINNAHMEN

Die zwei größten Posten im Einnahmeteil stellen die Zuweisungen aus dem Landeshaushalt (Kapitel 6100) in der Höhe von 5.581.700,00 Euro sowie der Verwaltungsüberschuss aus dem Jahre 2004 dar, der im Zuge der Haushaltsberichtigung aufgrund des Ergebnisses der Ab-

schlussrechnung im Betrag von Euro 1.086.478,22 festgestellt worden ist.

Die übrigen auf den Einnahmekapiteln 6300, 6340 und 6600 ausgewiesenen Einnahmen stellen im Gesamtkontext der Einnahmengarung eine absolut untergeordnete Rolle dar, zumal auch einige als Einnahmen ausgewiesenen Beträge (Kapitel 6300 und 6340), wenn auch nicht formell (sonst würden sie Bestandteil der Sonderbuchhaltung sein), so doch substantiell Durchlaufposten sind.

Eine besondere Erwähnung verdient nur das Kapitel 6340 „Rückzahlung der Bezüge für das zu anderen Körperschaften abgeordnete Personal“.

Hinsichtlich der auf Kapitel 6340 eingehobenen Einnahmen von 66.148,57 Euro ist zu vermerken, dass es sich dabei um die von Seiten der Südtiroler Landesverwaltung und der Freien Universität Bozen erfolgte Rückerstattung der im Jahr 2004 vorgeschossenen Gehaltsbezüge, Versicherungs- und Sozialabgaben handelt. Die rückerstatteten Beträge beziehen sich auf die Abordnung einer Landtagsbediensteten an die Südtiroler Landesverwaltung (Zeitraum 1.1.2004 - 31.12.2004) und einer weiteren an die Freie Universität Bozen (Zeitraum 1.1.2004 - 31.12.2004). Der noch einzuhebende Betrag von 47.898,19 Euro ist auf die Abordnung von zwei Bediensteten im Jahr 2005 zurückzuführen.

Die Kapitel 8100, 8200, 8300, 8400, 8500 und 8510 stellen die Sonderbuchhaltung dar. Sie sind reine Durchlaufposten. Die Ausgabe-seite beinhaltet die sowohl inhaltlich als auch betragsmäßig identischen Kapitel.

AUSGABEN

Ich möchte in diesem Teil des Berichtes vor allem auf jene Kapitel näher eingehen, die größere Einsparungen aufweisen, sowie auf jene, bei welchen von Seiten des Präsidenten/der Präsidentin bzw. von Seiten des Präsidiums ein gewisser Ermessensspielraum gegeben ist. Bei der Haushaltsgebarung des Südtiroler Landtages handelt es sich nämlich größtenteils um die Bestreitung von Pflichtausgaben bzw. um laufende Ausgaben, die ihre Rechtsgrundlage in geltenden Gesetzen, in der Geschäftsordnung des Landtages oder in nachgeordneten Verordnungen (Reglements) haben. Diese Rechtsgrundlagen legen Rechte und Ansprüche und somit die verbindlich zu entrichtenden Ausgaben fest, weshalb der tatsächliche Entscheidungsspielraum des Präsidenten/der Präsidentin und des Präsidiums auf einige wenige Kapitel beschränkt ist. Die Analyse der Daten des Rechnungsabschlusses besteht deshalb größtenteils nur in der Kenntnisnahme der Ausgaben, die gemäß den geltenden Bestimmungen als Verbindlichkeiten in einer bestimmten Höhe erwachsen sind und somit getätigt werden mussten (z.B. Ausgaben für Amtsentschädigungen, Rückvergütung der Reisespesen und Ausbezahlung der Tagegelder an die Abgeordneten, Beiträge an die Landtagsfraktionen, Aufwandsentschädigungen und Vergütung der Reisespesen an die Mitglieder der 6er und 12er Kommission, Gehälter für das Landtagspersonal inklusive der Sozialabgaben und Außendienstvergütungen, Abfertigungen einschließlich allfälliger Vorschüsse, Mietzins für angemietete Räumlichkeiten u.a.).

Kapitel 1110 „Entschädigung und Rückvergütung der Reisespesen für Dienstreisen des/der Landtagspräsidenten/in und der Landtagsabgeordneten“

Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln werden die Ausgaben für die Rückvergütung der Reisespesen an die Abgeordneten im Zusammenhang mit Sitzungen des Landtages und seiner Kollegialorgane (Gesetzgebungskommissionen usw.) sowie im Zusammenhang mit anderen in Ausübung des politischen Mandats unternommenen und im Höchstausmaß von 8.000 km im Jahr rückvergütbaren Fahrten bestritten. Diesem Kapitel werden auch die sogenannten Tagegelder, die bei in Ausübung des politischen Mandats oder aufgrund eines institutionellen Auftrages unternommenen Fahrten anfallen können, angelastet.

Das Kapitel weist eine Einsparung von 6.235,67 Euro auf. Diese Einsparung könnte sich aber auch nur als buchhalterisch und nicht als substanzuell erweisen, da die Anträge um Rückvergütung der Spesen für im Jahre 2005 getätigte Reisen auch noch im Jahre 2006 gestellt werden können. Den Ausgaben, die aufgrund der erst im Jahre 2006 eingelangten Anträge erwachsen, muss mit den im Haushaltsvoranschlag des Jahres 2006 bereitgestellten Mitteln begegnet werden, während die im Jahre 2005 nicht ausbezahlten oder zumindest verpflichteten Beträge zwangsläufig in Erhausung gehen.

Von den getätigten Ausgaben entfallen 80 % auf die Rückvergütung der Reisespesen und die Ausbezahlung des Kilometer- und Tagegeldes an die Abgeordneten und 20 % auf die Bezahlung von Parkplatzgebühren.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, dass der Ansatz dieses Kapitels im Vergleich zu jenem des Haushaltsjahres 2004 um 20 % gesenkt worden ist. Umstand, welcher mit der Einführung des Ausgabenkapitels 1190 „Ausgaben für die Einholung von Gutachten, für Lokalausweise und Studienfahrten der beim Südtiroler Landtag eingesetzten Kommissionen“ und mit der Umschichtung der entsprechenden Ausgaben in Zusammenhang stand.

Kapitel 1120 „Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Landtagssitzungen und an den Sitzungen der Gesetzgebungs- und anderer Kommissionen“

Die gegenständlichen Sitzungsgelder wurden lediglich bis zum 16. März 2005 ausbezahlt, Datum, mit welchem die mit Beschluss des Südtiroler Landtages Nr. 1/05 vom 2. März 2005 durchgeführten Abänderungen der Verordnung „Bestimmungen über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und Außendienstvergütungen“ (jetzt: „Bestimmungen über Entschädigungen, Vergütungen, Rückvergütungen sowie Abzüge bei Abwesenheit“) in Kraft getreten sind. Die genannten Abänderungen sehen nicht mehr das Recht auf die Ausbezahlung von Sitzungsgeldern vor.

Kapitel 1150 „Rückvergütung von Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten“

Der gesamte auf dem Kapitel ausgewiesene Betrag geht in Erhausung, da kein Abgeordneter/keine Abgeordnete von der von den einschlägigen Bestimmungen vorgesehenen Möglichkeit der Rückvergütung von Anwalts-, Gerichts- und Gutachterkosten (bei Vorliegen der in Artikel 8 der Verordnung über Entschädigungen, Vergütungen,

Rückvergütungen sowie Abzüge bei Abwesenheit näher dargelegten Umstände) Gebrauch gemacht hat.

Kapitel 1170 „Dem/der Landtagspräsidenten/in zustehende Pauschalentschädigung für Dienstreisen in der Region“

Der gesamte auf dem Kapitel ausgewiesene Betrag scheint als Einsparung auf, da ich seit meinem Amtsantritt am 18.12.2003 auf die Ausbezahlung der dem Landtagspräsidenten/der Landtagspräsidentin zustehenden Pauschalentschädigung (244,80 Euro monatlich) verzichtet habe.

Kapitel 1190 „Ausgaben für die Einholung von Gutachten, für Lokalaugenscheine und Studienfahrten der beim Südtiroler Landtag eingesetzten Kommissionen“

Es handelt sich hierbei um ein aus Zweckmäßigkeitsgründen im Rahmen des Haushaltsvoranschlags für das Finanzjahr 2005 neu geschaffenes Ausgabenkapitel. Diesem Kapitel wurden wie bereits in den Erläuterungen zum Ausgabenkapitel 1110 erwähnt, sämtliche Ausgaben angelastet, die mit der Einholung von Gutachten und der Anhörung von Sachverständigen sowie mit der Durchführung von Lokalaugenscheinen und Studienfahrten seitens der Gesetzgebungskommissionen zusammenhängen.

Der Ansatz dieses Kapitels betrug 60.000,00 Euro. 58 % der bereitgestellten Mittel werden als Einsparung ausgewiesen.

Kapitel 1200: „Aufwandsentschädigung und Vergütung der Reisespesen für die vom Landtag bestellten Mitglieder der 6er und 12er Kommission“

Die auf diesem Kapitel bereitgestellten finanziellen Mittel (15.000,00 Euro) werden zur Gänze als Einsparung ausgewiesen. Diese Einsparung beruht auf dem Umstand, dass die Kommissionsmitglieder Dr. Karl Zeller und Dr. Gianclaudio Bressa im Jahr 2005 kein Ansuchen um Rückvergütung der Reisespesen vorgelegt haben und im Sinne der geltenden Bestimmungen auch keine Aufwandsentschädigung zur Auszahlung kommt, da die beiden genannten Kommissionsmitglieder Parlamentarier sind.

Kapitel 1210: „Amtsentschädigungen, Außendienstvergütung und Vergütung der Reisekosten zugunsten des Volksanwaltes/der Volksanwältin sowie Spesen für Haftpflichtversicherungspolizze“

Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel dienen größtenteils zur Ausbezahlung der Amtsentschädigung an die Volksanwältin (Euro 157.799,40). Die Berechnung dieser Amtsentschädigung erfolgt gemäß Artikel 10 des Landesgesetzes vom 10. Juli 1996, Nr. 14.

Weitere 29.933,57 Euro wurden für die Ausbezahlung der Außendienstvergütung, die Rückvergütung der Reisespesen und die Begleichung der Wertschöpfungssteuer aufgewendet.

Kapitel 1240 „Dem/der Präsidenten/in des Landesbeirates für Kommunikationswesen zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste“

Die Rechtsgrundlage für dieses Ausgabenkapitel bildet Artikel 2 Absätze 4 und 5 des Landesgesetzes vom 18. März 2002, Nr. 6, welcher vorsieht, dass dem/der Vorsitzenden des Beirates für Kommunikationswesen eine monatliche Vergütung zusteht, die jener der Präsidenten/Präsidentinnen der selbstverwalteten von der Landesverwaltung abhängigen Betriebe, Anstalten und Einrichtungen entspricht.

Zusätzlich stehen dem/der Vorsitzenden die allfällige Außendienstvergütung und die Rückvergütung der Reisekosten in dem Ausmaß zu, wie sie für die Landesbediensteten vorgesehen sind. Laut Beschluss der Landesregierung Nr. 3598 vom 11.10.2004 beträgt die entsprechende Vergütung 1.040,00 Euro brutto im Monat.

Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel (23.250,00 Euro) sind zu nahezu 80 % verwendet worden (Einsparung: 4.931,38 Euro).

Kapitel 1250 „Entschädigungen an die Mitglieder des Landesbeirates für Kommunikationswesen sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste“

Der Ansatz dieses Kapitels betrug 11.900,00 Euro. Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden jene Ausgaben bestritten, die dem Landtag durch die Ausbezahlung von Sitzungsgeldern, die Rückvergütung von allfälligen Reisespesen und die Ausbezahlung einer allfälligen Außendienstvergütung an die Mitglieder des Landesbeirates für Kommunikationswesen erwachsen sind. 39 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel gehen in Erhausung. Dieser Prozentsatz mag auf den ersten Blick etwas hoch erscheinen, erklärt sich aber damit, dass die Anzahl der Sitzungen des Landesbeirates für Kommunikationswesen von vornherein nicht genau abschätzbar ist.

Kapitel 1300 „Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages“

87 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden zweckgebunden.

Die entsprechenden Ausgaben betreffen

- zu 94,1 % die Ausbezahlung der verschiedenen Lohnelemente,
- zu 2,6 % die Vergütung von Überstunden und
- zu 3,3 % die Bezahlung des Leistungslohns und der Ergebniszulagen.

Die restlichen 13 % (295.299,26 Euro) gehen in Erhausung.

Kapitel 1310 „Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages“

Da die Ausgabenkapitel 1300 und 1310 naturgemäß sehr eng miteinander verbunden sind, kann auch bei diesem Kapitel eine Einsparung festgestellt werden.

Kapitel 1350 „Abfertigungen an das Personal des Landtages“ und Kapitel 1351 „Vorstreckung der INPDAP-Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt“

Zu beiden Kapiteln ist grundsätzlich zu sagen, dass es sich hierbei um Ausgaben handelt, die nur sehr ungenau veranschlagbar sind, da diese Ausgaben unmittelbar mit dem Ende von Dienstverhältnissen aufgrund von freiwilligen Dienstaustritten, Versetzungen in den Ruhestand oder aus anderen Gründen zusammenhängen, also mit Ereignissen, die nur zum Teil voraussehbar sind. Aber andererseits müssen vorsichtshalber relativ hohe Ansätze vorgesehen werden, da es sich um Pflichtausgaben handelt.

Die beiden Kapitel 1350 und 1351 sind naturgemäß eng miteinander verbunden, zumal sich die Abfertigung normalerweise, zumindest für Bedienstete, die ihren Dienst vor dem 30. Mai 2000 angetreten haben, aus zwei Teilen zusammensetzt, und zwar aus einem Teil, der direkt vom Arbeitgeber, d.h. im vorliegenden Fall vom Südtiroler Landtag ausbezahlt wird, und aus einem Teil, der zu Lasten der Fürsorgean-

stalt INPDAP geht. Dies ist allerdings nicht der Fall, wenn der/die Bedienstete entweder in Anwendung des Rechtsinstitutes der Mobilität in den Stellenplan einer anderen Lokalkörperschaft überführt wird oder, nach Kündigung des Dienstverhältnisses beim Landtag, den Dienst ohne Unterbrechung bei einer solchen Körperschaft, z.B. nach dem Gewinn eines entsprechenden Wettbewerbes, aufnimmt. In diesem Fall behält der/die Bedienstete seine/ihre INPDAP-Position bei und es wird nur der direkt zu Lasten des Arbeitgebers gehende Anteil ausbezahlt. Aufgrund dieser Regelung wird auch der Umstand verständlich, warum auf Kapitel 1350 Ausgaben in der Höhe von 29.185,47 Euro aufscheinen, während auf Kapitel 1351 Ausgaben in der Höhe von 55.577,80 Euro getätigt wurden.

Kapitel 1401 „Fonds zur Verfügung des Landtagspräsidiums für außerordentliche Unterstützungsbeiträge und Sonderausgaben für Repräsentationszwecke“

Der Ansatz dieses Kapitels betrug 44.622,00 Euro. Die bereitgestellten finanziellen Mittel sind für die Bezahlung dokumentierter und reservierter Spesen der Präsidiumsmitglieder bestimmt und wurden fast zur Gänze ausgegeben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die passiven Rückstände des Jahres 2001 im Ausmaß von 6.707,10 Euro aufmerksam machen, welche seinerzeit zwecks Ausbezahlung eines Studienstipendiums an einen Studenten des Volkes der Shuar (4 Jahresraten zu jeweils 1.676,77 Euro) zweckgebunden wurden. Da die indigene Universität den Studienbetrieb immer noch nicht aufgenommen hat, wurde bislang keine der genannten 4 Raten ausbezahlt.

Kapitel 1402 „Ausgaben und Beiträge für Tagungen und andere Initiativen des Südtiroler Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland“

99 % der veranschlagten 82.000,00 Euro wurden zweckgebunden. Diesem Kapitel werden sämtliche Ausgaben angelastet, die dem Landtag in Zusammenhang mit institutionellen Kontakten im In- und Ausland sowie mit der allfälligen Durchführung von Tagungen erwachsen. In diesem Zusammenhang und ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien der Empfang einer Delegation des Thüringer Landtages, einer Delegation des Burgenländischen Landtages und einer Delegation aus Georgien sowie der Besuch von Vertretern des Tibetischen Exilparlamentes erwähnt.

Zudem wurde mit dem auf diesem Kapitel bereitgestellten finanziellen Mitteln ein Teil der Kosten (20.540,52 Euro) beglichen, die mit der Organisation des Dreier-Landtages am 22. Februar 2005 in Meran in Zusammenhang stehen. Der restliche Teil der damit verbundenen Kosten (21.190,81 Euro) wurde bereits dem entsprechenden Ausgabenkapitel des Haushaltsvoranschlages 2004 angelastet.

Gegenständlichem Ausgabenkapitel wurden auch jene Kosten angelastet, die mit der Fotoausstellung „Jenseits jeder Grenze. 1939-1945: Eine Kriegschronik in Bildern“ und mit der Teilnahme des Südtiroler Landtages an der Kommunikationsmesse (COMPA) in Bologna in Zusammenhang standen.

Kapitel 1403 „Ausgaben zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages“

Zu Lasten dieses Kapitels gingen vor allem die Ausgaben, die im Rahmen des Besucherdienstes (Schülergruppen usw.) und der damit verbundenen Dienstleistungen (Imbisse, Umtrünke, verschiedene Werbegeschenke u.a.) und anderer Initiativen zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages angefallen sind. Von den veranschlagten Ausgaben (90.000,00 Euro) wurden 56,4 % effektiv ausbezahlt bzw. verpflichtet.

Stichwortartig kann gesagt werden, dass im Jahre 2005 insgesamt 3.629 Personen, vorwiegend Schüler und Schülerinnen, in organisierter Form dem Südtiroler Landtag einen Besuch abgestattet und das Besucherprogramm (Tonbildschau, Verfolgung eines Teils der Landtagssitzung von der Zuschauertribüne aus und Gespräch mit einem Mitglied des Landtagspräsidiums) in Anspruch genommen haben. Zu den 2.792 Schüler/Schülerinnen aus dem In- und Ausland, die naturgemäß das Hauptkontingent der Besucher/Besucherinnen darstellen, gesellten sich noch 837 Erwachsene, immer aus dem In- und Ausland, die als organisierte Gruppen dem Landtag einen Besuch abgestattet haben.

Hervorzuheben sind zudem:

- die Überarbeitung des Videos über den Aufbau und die Tätigkeit des Südtiroler Landtages (Kosten: 11.400,00 Euro);
- die Vervielfältigung obgenannten Videos (350 Kopien) zwecks Übermittlung der Kopien an alle Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie Berufsschulen Südtirols (Kosten: 2.267,94 Euro);
- der Ideenwettbewerb betreffend die Ausarbeitung eines jugendgerechten Internet-Auftritts des Südtiroler Landtages (programmierte Kosten: 8.400,00 Euro).

Kapitel 1410 „Wartung (Reparatur u. Kundendienst) von Büromaschinen (Computer, Drucker, Schreibmaschinen u.s.w.), audiovisuellen Mitteln, Druck- und Fotokopiergeräten, der Telefonzentrale und Ankauf des entsprechenden Zubehörs“

Die auf diesem Kapitel veranschlagten Mittel wurden zu 88,5 % ausgegeben bzw. auf Rückstände gebucht.

Der Großteil der Ausgaben, die 2005 getätigt wurden, stand in Zusammenhang mit dem Ankauf bzw. der Ausarbeitung oder Wartung spezifischer Software (40 %), der Instandhaltung der Offset-Druckmaschine einschließlich Ankauf des erforderlichen Verbrauchsmaterials (21 %) und der Instandhaltung der Fotokopiermaschinen und Faxgeräte sowie der Lieferung des entsprechenden Verbrauchsmaterials (15 %).

Kapitel 1411 „Instandhaltung der Liegenschaften und entsprechenden Anlagen, die dem Landtag zur Verfügung stehen“

Nahezu 96 % der veranschlagten 62.000,00 Euro wurden ausgegeben bzw. verpflichtet.

Die getätigten Ausgaben betreffen hauptsächlich die ordentliche und außerordentliche Wartung der Klimaanlage, des Aufzuges, der Heizungsanlage und der Beleuchtungsanlagen sowie verschiedene Malerarbeiten.

Kapitel 1420 „Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Postspesen, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsmaterialien, Inserate, Transport und Verstellung von Ein-

richtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben"

Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden zu etwas mehr als 85 % ausgegeben bzw. zweckgebunden (Einsparung: 25.531,65 Euro).

Es handelte sich dabei vor allem um Ausgaben für Postversand, Bücher, Zeitungen und andere Nachrichtendienste (Abonnement der ANSA und der APA), Inserate, verschiedenstes Büromaterial, Papier, Service an den Hydropflanzen im Sitzungssaal des Landtages u.ä.

Kapitel 1421 „Stromverbrauch, Reinigung, Wasserverbrauch, Telefongebühren und andere artverwandte Ausgaben bezüglich der Gebäude oder Räumlichkeiten, die vom Landtag verwendet werden"

Der Ansatz des Kapitels betrug 270.000,00 Euro und wurde zu 94 % ausgegeben bzw. zweckgebunden. Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden sämtliche Ausgaben bestritten, die mit dem Betrieb des Landtagsgebäudes sowie der angemieteten Räumlichkeiten (für Fraktionen, Landesvolksanwaltschaft und Landesbeirat für Kommunikationswesen) zusammenhängen. 21,9 % der zweckgebundenen Ausgaben entfallen auf Telefongebühren und 58,4 % auf Reinigungsspesen.

Kapitel 1423 „Miete der Räumlichkeiten und Nebenausgaben"

Von den veranschlagten 110.000,00 Euro wurden 89.611,16 Euro ausgegeben. Es handelt sich dabei um Ausgaben für die Anmietung und ordentliche Instandhaltung von Räumlichkeiten außerhalb des Landtagssitzes für die Unterbringung von Fraktionen (Alleanza Nazionale und Union für Südtirol) sowie der Landesvolksanwaltschaft und des Landesbeirates für Kommunikationswesen.

Kapitel 1430 „Fortbildung des Personals"

Gemäß Artikel 2 der Anlage B des Bereichsabkommens für das Personal des Südtiroler Landtages - Zeitraum 2001-2004 betrug der Gesamtfonds für die Aus- und Weiterbildung 1 % des auf Kapitel 1300 „Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages" vorgesehenen Kapitelansatzes. 21 % der vorgesehenen Mittel wurden ausgegeben bzw. zweckgebunden. Mit diesen Mitteln wurden die Ausgaben für 25 Weiterbildungsveranstaltungen mit insgesamt 34 Teilnehmern bestritten.

Kapitel 1440 „Mitgliedsbeiträge und Beihilfen an Körperschaften, Vereinigungen sowie an nationale und internationale Organisationen, die auf institutioneller Ebene wirken"

Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden folgende Ausgaben abgedeckt:

- der Mitgliedsbeitrag des Südtiroler Landtages an die Konferenz der Präsidenten der Regionalräte und der Landtage der Autonomen Provinzen;*
- der Spesenbeitrag an die Interregionale Beobachtungsstelle zur Gesetzgebungstätigkeit;*
- der Mitgliedsbeitrag des Volksanwaltes/der Volksanwältin beim europäischen Ombudsmann-Institut;*
- ein einmaliger Beitrag zwecks Beteiligung am Projekt „Marsch Perugia - Assisi für Gerechtigkeit und Frieden" sowie an der sechsten Vollversammlung der vereinten Nationen der Völker.*

Kapitel 1470 „Rechtsberatung, Rechtsbeistand sowie Aufträge an Freiberufler“

Zwei Drittel der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden ausgegeben bzw. auf Passivrückstände gebucht. Mit den im Jahr 2005 ausbezahlten Mitteln wurden vor allem die Ausgaben für die halbtägige, freiberufliche Mitarbeit eines italienischsprachigen Publizisten und die ganztägige Mitarbeit eines deutschsprachigen Publizisten im Pressedienst des Südtiroler Landtages bestritten.

Kapitel 2100 „Einrichtung von Büros und anderen Räumlichkeiten“

Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln mussten lediglich die Kosten für kleinere Anschaffungen abgedeckt werden. Dieser Umstand hat zur Folge, dass 90 % der bereitgestellten Mittel als Einsparung aufscheinen. Die getätigten Ausgaben sind auf den Ankauf von Regalen, Bürostühlen und Büroschränken zurückzuführen.

Kapitel 2110 "Ankauf von Büromaschinen (Computer, Drucker, Faxgeräte usw.), audiovisuellen Mitteln, Druck- und Fotokopiergeräten, der Telefonzentrale"

Die auf diesem Kapitel veranschlagten Mittel wurden zu 54 % ausgegeben bzw. zweckgebunden.

Die Ausgaben, die 2005 getätigt wurden, standen in Zusammenhang mit dem Ankauf von

- 5 Personal Computern,
- 9 Monitoren,
- 4 tragbaren Computern,
- 6 Druckern,
- 2 Faxgeräten,
- einem Fotokopiergerät und
- einem Scanner.

Die Sonderbuchhaltungen (Kapitel 8100, 8200, 8300, 8400, 8500 und 8510 der Einnahmen und die entsprechenden Ausgabenkapitel 3100, 3200, 3300, 3400, 3500 und 3510) sind reine Durchlaufposten, weshalb die in der Abschlussrechnung für die jeweiligen Kapitel ausgewiesenen Beträge in der Einnahmen- und Ausgabenseite entsprechen. Es handelt sich dabei um die Führung der Ökonomatskassa für kleine Ausgaben, um den Rückbehalt und die Abführung der Regionalen Wertschöpfungssteuer (IRAP) auf Bezüge Dritter, der Einkommenssteuer und der Versicherungs- und Fürsorgeabgaben auf die Gehälter sowie um den Rückbehalt und die Abführung verschiedener Beträge (Gewerkschaftsbeiträge, Versicherungsprämien, Solidaritätsfonds usw.).

Ich hoffe, mit diesem Bericht einen Überblick über die Finanzgebarung des Südtiroler Landtages im Jahre 2005 gegeben zu haben. Allfällige weitere Auskünfte können noch, falls erwünscht, im Rahmen der Behandlung der Beschlussvorlage gegeben werden.

Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, den beiliegenden Entwurf der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2005 zu genehmigen.

Gentili signore e signori consiglieri,

il presente conto consuntivo che comprova i risultati della gestione finanziaria del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano dell'anno 2005, è stato approvato dall'ufficio di presidenza del Consiglio provin-

ciale nella sua seduta dell'8 marzo 2006. Ai sensi dell'articolo 18, lettera c) del regolamento interno del Consiglio provinciale e dell'articolo 17 del regolamento interno di amministrazione e di contabilità, il conto consuntivo viene ora presentato al Consiglio per l'approvazione.

Il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2005 è stato approvato con delibera consiliare n. 8/04 del 9 dicembre 2004, con pareggio tra entrate e uscite, e presenta una dotazione di euro 7.399.946,85 in termini di competenza. Sulla base dei risultati del conto consuntivo 2004 e in seguito alla necessità di adeguare alcune voci del bilancio di previsione a nuove esigenze, l'ufficio di presidenza aveva proposto al Consiglio provinciale una variazione di bilancio approvata dal medesimo con deliberazione n. 4/05 del 29 giugno 2005. In seguito a questa variazione di bilancio il volume complessivo del bilancio di competenza (entrate e spese) è aumentato dall'importo citato di euro 7.399.946,85 a euro 7.686.425,07 (+ 286.478,22 euro). Questi importi, suddivisi sui singoli capitoli di entrata e di spesa, hanno rappresentato quindi il quadro complessivo della gestione finanziaria 2005.

Il conto consuntivo della gestione finanziaria 2005 chiude al 31 dicembre 2005 con un avanzo di amministrazione di euro 1.674.720,41.

A tale riguardo mi permetto di ricordare che nel bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2006, approvato dal Consiglio il 6 dicembre 2005, fra le entrate era stato iscritto un presumibile avanzo di amministrazione di euro 1.200.000,00. Della differenza, pari a euro 474.720,41, tra l'avanzo di amministrazione effettivo e quello preventivato si terrà debitamente conto nell'ambito di un assestamento del bilancio.

Il 91,5% delle economie accertate sui capitoli di spesa deriva dai 15 capitoli citati di seguito: dal capitolo 1190 "Spese per pareri, sopralluoghi e viaggi di studio delle commissioni istituite presso il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano" (euro 34.725,69), dal capitolo 1220 "Spese per l'attività del comitato provinciale per le comunicazioni" (euro 20.194,74), dal capitolo 1300 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale" (euro 295.299,26), dal capitolo 1310 "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale" (euro 174.802,74), dal capitolo 1320 "Imposta regionale sulle attività produttive per il personale del Consiglio provinciale" (euro 30.820,40), dal capitolo 1350 "Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale" (euro 40.814,53), dal capitolo 1351 "Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP" (euro 34.422,20), dal capitolo 1352 "Anticipazioni dell'indennità premio di servizio" (euro 42.575,31), dal capitolo 1403 "Spese per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale" (euro 39.263,45), dal capitolo 1420 "Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, spese postali, giornali e riviste, libri e altri materiali di informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute" (euro 25.531,65), dal capitolo 1423 "Affitto locali e spese accessorie" (euro 20.388,84), dal capitolo 1470 "Pareri legali e consulenze, assistenza legale nonché incarichi a liberi professionisti" (euro 45.047,13), dal capitolo 1700 "Fondo di riserva per nuove e maggiori spese" (euro 556.392,97), dal

capitolo 2100 "Arredamento di uffici e di altri locali" (euro 53.855,54) e dal capitolo 2110 "Acquisto di macchine per ufficio (computer, stampanti, fax ecc.), mezzi audiovisivi, macchine tipografiche, fotocopiatrici, della centrale telefonica" (euro 32.544,86). Il restante 8,5% è costituito dalla somma di importi piccoli e piccolissimi distribuiti sui rimanenti capitoli di spesa. Si nota subito che i capitoli di spesa con le economie più consistenti sono per lo più capitoli che riguardano spese obbligatorie o spese correnti e che pertanto in massima parte non rientrano nella sfera decisionale del/della presidente ovvero dell'ufficio di presidenza.

Seguono alcuni chiarimenti su singoli capitoli, sia di entrata che di spesa; ovviamente le osservazioni saranno incentrate soprattutto sulle spese.

ENTRATE

Le due voci più consistenti dei capitoli di entrata riguardano le assegnazioni a carico del bilancio provinciale (capitolo 6100), pari a euro 5.581.700,00, e l'avanzo di amministrazione del 2004, accertato in euro 1.086.478,22 nell'ambito dell'assestamento di bilancio sulla base del conto consuntivo.

Le restanti entrate, iscritte ai capitoli 6300, 6340 e 6600, incidono solo minimamente sulle entrate complessive, dato che alcune voci delle entrate (i capitoli 6300 e 6340) sono da considerarsi delle partite di giro anche se tecnicamente non lo sono (altrimenti dovrebbero essere iscritte tra le contabilità speciali).

Viene illustrato in dettaglio soltanto il capitolo 6340 "Recupero emolumenti per il personale comandato presso altri enti".

Per quanto riguarda l'entrata di euro 66.148,57 riscossa sul capitolo 6340, si fa presente che si tratta dell'importo che l'Amministrazione della Provincia autonoma di Bolzano e la Libera Università di Bolzano hanno versato al Consiglio provinciale a titolo di restituzione dello stipendio e dei contributi previdenziali e assistenziali anticipati dal Consiglio provinciale nell'anno 2004 per due dipendenti del Consiglio provinciale; la prima si trovava in posizione di comando presso l'Amministrazione della Provincia autonoma di Bolzano (dall'1-1-2004 al 31-12-2004) e la seconda in posizione di comando presso la Libera Università di Bolzano (dall'1-1-2004 al 31-12-2004). L'importo di euro 47.898,19 ancora da riscuotere è da ricondurre al comando di due dipendenti nell'anno 2005.

I capitoli 8100, 8200, 8300, 8400, 8500 e 8510 fanno parte delle contabilità speciali e costituiscono unicamente partite di giro, motivo per cui sia gli importi stanziati che i contenuti sono identici a quelli previsti per i relativi capitoli di spesa.

USCITE

In questa parte della relazione mi soffermerò soprattutto sui capitoli che presentano le maggiori economie e su quelli caratterizzati da un certo margine di discrezionalità del/della presidente e dell'ufficio di presidenza. La gestione delle spese del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano riguarda in effetti in massima parte spese obbligatorie nonché spese correnti che traggono origine da leggi vigenti, dal regolamento interno del Consiglio provinciale e da regolamenti minori. Queste norme stabiliscono diritti e spettanze e quindi già la spesa da effettuare obbligatoriamente e pertanto l'effettivo margine di decisione

del/della presidente e dell'ufficio di presidenza riguarda soltanto pochi capitoli di spesa. L'analisi dei risultati della gestione così come risulta dal conto consuntivo consiste pertanto in buona parte solo nella presa d'atto dell'ammontare delle spese venutesi a creare in base alle norme vigenti e poi effettuate (p.es. spese per le indennità di carica, rimborso delle spese di viaggio e pagamento delle diarie ai consiglieri, contributi ai gruppi consiliari, compensi e rimborso spese viaggio per i rappresentanti dei membri della Commissione dei 6 e della Commissione dei 12, stipendi per il personale del Consiglio provinciale inclusi i contributi previdenziali e assistenziali e le indennità di missione, indennità di buonuscita inclusi eventuali anticipi, canoni di affitto per i locali presi in locazione ecc.).

Capitolo 1110 "Indennità e rimborso spese per viaggi di servizio del/della presidente del Consiglio e delle consigliere/dei consiglieri provinciali"

Con i mezzi stanziati su questo capitolo viene effettuato il rimborso delle spese per i viaggi effettuati dai consiglieri/dalle consigliere provinciali per partecipare alle sedute del Consiglio provinciale e dei suoi organi collegiali (commissioni legislative ecc.) nonché per altri viaggi effettuati nell'ambito dello svolgimento del proprio mandato politico fino ad un massimo di 8.000 km all'anno. A questo capitolo vengono inoltre imputate le cosiddette diarie per viaggi effettuati nell'ambito dello svolgimento del mandato politico o di un incarico istituzionale.

Il capitolo presenta un'economia di euro 6.235,67. L'economia potrebbe essere tuttavia di natura meramente contabile, dato che le domande di rimborso delle spese per viaggi effettuati nel corso del 2005 possono essere presentate anche nel 2006. Alle spese derivanti da domande presentate soltanto nel 2006 si dovrà far fronte con i mezzi stanziati nel bilancio di previsione 2006, mentre gli importi non liquidati o comunque impegnati nel 2005 andranno in economia.

L'80% delle spese effettuate riguarda il rimborso delle spese di viaggio e la liquidazione dell'indennità chilometrica e del rimborso spese giornaliero ai consiglieri/alle consigliere e il 20% il pagamento delle spese di parcheggio.

Colgo l'occasione per far presente che la dotazione di questo capitolo è stata ridotta del 20% rispetto a quella prevista per l'esercizio finanziario 2004, dato che è stato istituito il nuovo capitolo di spesa 1190 "Spese per pareri, sopralluoghi e viaggi delle commissioni istituite presso il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano", sul quale sono stati spostati i relativi mezzi originariamente iscritti sul capitolo 1110.

Capitolo 1120 "Gettoni di presenza per le sedute del Consiglio provinciale, delle commissioni legislative e di altre commissioni"

I gettoni di presenza di cui al presente capitolo sono stati erogati soltanto fino al 16 marzo 2005, data dell'entrata in vigore delle modifiche al regolamento delle indennità, compensi e trattamento di missione, approvate con deliberazione del Consiglio n. 1/05 del 2 marzo 2005 (ora: "Regolamento delle indennità, dei compensi e rimborsi nonché delle detrazioni in caso di assenza"). In base a dette modifiche ai consiglieri non spettano più i gettoni di presenza per la partecipazione alle sedute.

Capitolo 1150 "Rimborso di spese legali, peritali e di giustizia"

L'intera dotazione del capitolo va in economia, giacché nessun consigliere/nessuna consigliera si è avvalso/avvalsa del diritto di essere risarcito/risarcita di spese legali, peritali e di giustizia eventualmente sostenute, di cui ci si può avvalere in presenza delle condizioni previste dall'articolo 8 del regolamento delle indennità, dei compensi e rimborsi nonché delle detrazioni in caso di assenza.

Capitolo 1170 "Indennità forfetaria per viaggi di servizio nella regione spettante al/alla presidente del Consiglio provinciale"

L'intero importo stanziato sul capitolo figura come economia, poiché sin da quando ho assunto la carica di presidente il 18-12-2003 ho rinunciato a questa indennità forfetaria spettante al/alla presidente del Consiglio provinciale (244,80 euro mensili).

Capitolo 1190 "Spese per parerei, sopralluoghi e viaggi di studio delle commissioni istituite presso il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano"

Si tratta di un nuovo capitolo introdotto per ragioni di opportunità nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2005. Come già esposto nell'ambito delle illustrazioni del capitolo di spesa 1110, a questo capitolo vengono imputate tutte le spese concernenti la richiesta di pareri e l'audizione di esperti nonché l'effettuazione di sopralluoghi e di viaggi di studio da parte delle commissioni legislative.

La dotazione del capitolo era pari a 60.000,00 euro. Il 58% dei mezzi disponibili sono andati in economia.

Capitolo 1200: "Compenso e rimborso spese viaggio per i rappresentanti del Consiglio provinciale nella Commissione dei 6 e dei 12"

I mezzi stanziati su questo capitolo (15.000,00 euro) figurano per intero come economia, poiché i componenti della commissione dott. Karl Zeller e dott. Gianclaudio Bressa nel 2005 non hanno presentato richieste di rimborso delle spese di viaggio e dato che ai sensi delle norme vigenti non hanno diritto ad alcun compenso visto che entrambi sono deputati al Parlamento.

Capitolo 1210: "Indennità di carica, indennità di missione e rimborso spese di viaggio al difensore civico/alla difensora civica nonché spese per polizza assicurativa di responsabilità civile"

La maggior parte dei mezzi a disposizione su questo capitolo è destinata alla corresponsione dell'indennità di carica alla difensora civica (euro 157.799,40). Il calcolo dell'indennità avviene ai sensi dell'articolo 10 della legge provinciale 10 luglio 1996, n. 14.

29.933,57 euro sono stati invece spesi per la liquidazione dell'indennità di missione, il rimborso delle spese di viaggio e per il pagamento dell'IRAP.

Capitolo 1240 "Compenso spettante al/alla presidente del comitato provinciale per le comunicazioni nonché indennità e rimborso spese per missioni"

Questo capitolo di spesa trova fondamento nell'articolo 2, commi 4 e 5 della legge provinciale 18 marzo 2002, n. 6, che stabilisce che al/alla presidente del comitato per le comunicazioni è corrisposto un compenso mensile pari a quello previsto per i/le presidenti degli enti, degli istituti e delle aziende a orientamento autonomo dipendenti dall'Amministrazione provinciale. Al/alla presidente spettano inoltre l'indennità di missione e il rimborso delle spese di viaggio nella misura prevista per i/le dipendenti dell'Amministrazione provinciale. In base alla deli-

berazione della Giunta provinciale n. 3598 dell'11-10-2004 quest'indennità è pari a euro 1.040,00 lordi mensili.

I mezzi stanziati su questo capitolo (euro 23.250,00) sono stati utilizzati all'80% (economia: euro 4.931,38).

Capitolo 1250 "Compensi a componenti del comitato provinciale per le comunicazioni nonché indennità e rimborso spese per missioni"

Lo stanziamento di questo capitolo era stato determinato in euro 11.900,00. Con i mezzi iscritti su questo capitolo è stato fatto fronte alle spese derivanti al Consiglio provinciale dalla liquidazione di gettoni di presenza, dal rimborso delle spese di viaggio e dalla liquidazione di eventuali indennità di missione a favore dei/delle componenti del comitato provinciale per le comunicazioni. Il 39% dei mezzi stanziati sul capitolo va in economia. A prima vista questa percentuale sembra un po' alta, ma ciò ha una sua spiegazione: il numero delle sedute del comitato provinciale per le comunicazioni non può essere esattamente quantificato a priori.

Capitolo 1300 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale"

L'87% dei mezzi stanziati su questo capitolo è stato impegnato.

Le spese effettuate riguardano:

- per il 94,1% la liquidazione dei vari elementi degli stipendi,
- per il 2,6% la retribuzione delle ore straordinarie e
- per il 3,3% la liquidazione del salario di produttività e dell'indennità di risultato.

Il rimanente 13% (pari a euro 295.299,26) va in economia.

Capitolo 1310 "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale"

Dato che per loro natura i capitoli di spesa 1300 e 1310 sono strettamente collegati fra di loro, anche su questo capitolo si è verificata un'economia.

Capitolo 1350 "Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale" e capitolo 1351 "Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP"

Per entrambi i capitoli va fatto presente che si tratta di spese che non possono essere esattamente preventivate, dato che dipendono direttamente da eventuali risoluzioni di rapporti di servizio in seguito a dimissioni volontarie, collocamenti a riposo e simili, vale a dire da fatti che possono essere previsti solo in minima parte. Poiché si tratta tuttavia di spese obbligatorie, su questi capitoli devono essere previsti per precauzione stanziamenti relativamente cospicui.

Per loro natura i capitoli 1350 e 1351 sono strettamente collegati fra di loro, dato che l'indennità di buonuscita normalmente e comunque per i dipendenti che hanno preso servizio prima del 30 maggio 2000 è composta da una quota pagata direttamente dal datore di lavoro, vale a dire dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, e da una quota a carico dell'ente previdenziale INPDAP, a meno che il/la dipendente venga trasferito/trasferita nella pianta organica di un altro ente locale mediante l'istituto della mobilità o - dopo aver dato le dimissioni dal servizio presso il Consiglio provinciale - riprenda servizio presso un altro ente locale senza che vi sia stata un'interruzione, p.es. dopo aver vinto un relativo concorso. In questo caso il/la dipendente mantiene la sua posizione presso l'INPDAP e gli/le viene erogata solo

la quota che è a carico diretto del datore di lavoro. Ciò spiega perché sul capitolo 1350 figurino spese per un importo di euro 29.185,47, mentre al capitolo 1351 sono state imputate spese per un importo di euro 55.577,80.

Capitolo 1401 "Fondo a disposizione dell'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale per contributi e sussidi straordinari e spese riservate di rappresentanza"

La dotazione di questo capitolo era di euro 44.622,00. I mezzi messi a disposizione sono destinati al pagamento delle spese documentate e riservate dei/delle componenti dell'ufficio di presidenza e sono stati quasi interamente spesi.

Colgo l'occasione per far presente che sono da registrare residui passivi riguardanti l'esercizio 2001 (euro 6.707,10) riguardanti degli impegni di spesa disposti a suo tempo per l'erogazione di una borsa di studio a uno studente del popolo degli Shuar (4 rate annuali di euro 1.676,77 ciascuna). Poiché l'università indigena non ha ancora iniziato la propria attività, finora nessuna delle 4 rate è stata liquidata.

Capitolo 1402 "Spese e contributi per convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero"
Il 99% dei mezzi stanziati (euro 82.000,00) è stato vincolato. A questo capitolo vengono imputate le spese che derivano al Consiglio provinciale dai contatti istituzionali in Italia e all'estero nonché dall'organizzazione di convegni. A tal riguardo si citano, senza pretesa di completezza, la visita di una delegazione dell'Assemblea legislativa della Turingia, di una delegazione dell'Assemblea legislativa del Burgenland e di una delegazione della Georgia nonché la visita di rappresentanti del Parlamento tibetano in esilio.

Inoltre con i mezzi stanziati su questo capitolo è stata pagata una parte delle spese (euro 20.540,52) concernenti l'organizzazione della seduta congiunta delle Assemblee legislative della Provincia autonoma di Bolzano, della Provincia autonoma di Trento e del Land Tirolo, tenutasi il 22 febbraio 2005 a Merano. La restante parte delle spese (euro 21.190,81) era già stata imputata al relativo capitolo di spesa del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2004.

A questo capitolo di spesa sono state imputate anche le spese concernenti la mostra fotografica "Oltre ogni frontiera: 1939-1945: una cronaca fotografica della guerra" e la partecipazione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano alla fiera delle comunicazioni COMPA a Bologna.

Capitolo 1403 "Spese per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale"

Con i mezzi stanziati su questo capitolo si è fatto fronte soprattutto alle spese derivanti dall'organizzazione di visite al Consiglio provinciale (scuolaresche ecc.) e dai servizi a esse collegate (rinfreschi, omaggi ecc.) nonché da altre iniziative volte a promuovere la conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale. Il 56,4% dell'importo preventivato pari a euro 90.000,00 è stato effettivamente speso risp. impegnato.

Alcune cifre in breve: nel 2005 hanno visitato il Consiglio provinciale 3.629 persone, soprattutto alunni e alunne, avvalendosi del programma visite (che prevede la proiezione di un audiovisivo, la possibilità di assistere a una seduta consiliare dalla tribuna riservata al pubblico e

un colloquio con un/una componente dell'ufficio di presidenza). Delle 3.629 persone, 2.792 erano alunni e alunne provenienti dalla provincia, da scuole italiane e estere che ovviamente hanno rappresentato il grosso dei visitatori/delle visitatrici; inoltre hanno visitato il Consiglio provinciale 837 adulti, provenienti dalla provincia, da altre regioni e province e dall'estero, che hanno visitato il Consiglio provinciale come componenti di gruppi organizzati.

Vanno citati inoltre

- la rielaborazione del video sulla struttura e i compiti del Consiglio provinciale (spesa: euro 11.400,00);*
- la duplicazione del suddetto video (350 copie) per la distribuzione delle copie a tutte le scuole elementari, medie inferiori, medie superiori e professionali della provincia (spesa: euro 2.267,94);*
- il concorso di idee per la predisposizione di una presentazione Internet del Consiglio provinciale rivolta ai giovani (spesa prevista: euro 8.400,00).*

Capitolo 1410 "Manutenzione (riparazione e assistenza) di macchine per ufficio (computer, stampanti, macchine per scrivere ecc.), mezzi audiovisivi, macchine tipografiche, fotocopiatrici, della centrale telefonica nonché acquisto dei relativi accessori"

L'88,5% dei mezzi preventivati su questo capitolo è stato speso o iscritto fra i residui.

La parte preponderante delle spese effettuate nel 2005 ha riguardato l'acquisto e l'elaborazione o l'aggiornamento di software specifico (40%), la manutenzione della stampante offset incluso l'acquisto del relativo materiale di consumo (21%) e la manutenzione delle fotocopiatrici e degli apparecchi fax inclusa la fornitura del relativo materiale di consumo (15%).

Capitolo 1411 "Manutenzione degli immobili e relativi impianti a disposizione del Consiglio provinciale"

E' stato speso ovvero impegnato quasi il 96% dei mezzi preventivati pari a euro 62.000,00.

Le spese effettuate riguardano soprattutto la manutenzione ordinaria e straordinaria degli impianti di climatizzazione, dell'ascensore, dell'impianto di riscaldamento e degli impianti di illuminazione nonché diversi lavori di tinteggiatura.

Capitolo 1420 "Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, spese postali, giornali e riviste, libri e altri materiali di informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute"

È stato speso ovvero impegnato poco più dell'85% dei mezzi iscritti su questo capitolo (con un economia di euro 25.531,65).

Si è trattato soprattutto di spese postali, di spese per l'acquisto di libri, giornali e riviste e per l'abbonamento a servizi di informazione (ANSA e APA), di spese per inserzioni, per l'acquisto di materiale vario di cancelleria, di carta, di spese per la manutenzione delle piante in idrocoltura nell'aula consiliare ecc.

Capitolo 1421 "Consumo energia elettrica, pulizia, consumo acqua, telefoni ed altre spese analoghe relative a immobili o locali comunque utilizzati dal Consiglio provinciale"

La dotazione di questo capitolo era pari a euro 270.000,00. I relativi mezzi sono stati spesi ovvero impegnati al 94% per l'effettuazione

delle spese riguardanti il funzionamento del palazzo del Consiglio provinciale e dei locali presi in affitto per i gruppi consiliari, la difesa civica provinciale e il comitato provinciale per le comunicazioni. Il 21,9% delle spese impegnate riguarda i canoni telefonici e il 58,4% le spese di pulizia.

Capitolo 1423 "Affitto locali e spese accessorie"

Dei 110.000,00 euro preventivati sono stati spesi 89.611,16 euro. Si tratta di spese che il Consiglio provinciale sostiene per l'affitto e la manutenzione ordinaria dei locali destinati alla sistemazione di alcuni gruppi consiliari (Alleanza Nazionale e Union für Südtirol) nonché della difesa civica provinciale e del comitato provinciale per le comunicazioni in locali esterni al palazzo sede del Consiglio provinciale.

Capitolo 1430 "Aggiornamento del personale"

Ai sensi dell'articolo 2 dell'allegato B al contratto di comparto per il personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano relativo al periodo 2001-2004 il fondo complessivo da destinare ad attività di formazione e di aggiornamento era pari all'1% dello stanziamento iscritto sul capitolo 1300 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale". Il 21% dei mezzi stanziati è stato liquidato ovvero impegnato. Con questi mezzi sono state effettuate le spese per 25 iniziative di aggiornamento alle quali hanno partecipato complessivamente 34 dipendenti.

Capitolo 1440 "Quote di partecipazione e sussidi ad enti, associazioni ed organizzazioni nazionali ed internazionali operanti a livello istituzionale"

Con i mezzi stanziati su questo capitolo sono state effettuate le seguenti spese:

- pagamento della quota associativa del Consiglio provinciale alla Conferenza dei presidenti dell'Assemblea, dei Consigli regionali e delle Province autonome;
- pagamento del contributo spese per l'Osservatorio legislativo interregionale;
- pagamento all'Istituto Europeo dell'Ombudsman della quota associativa del difensore civico/della difensora civica;
- pagamento di un contributo una tantum per l'adesione al progetto "Marcia Perugia - Assisi per la giustizia e la pace" e alla 6^a Assemblea dell'Onu dei popoli.

Capitolo 1470 "Pareri legali e consulenze nonché incarichi a liberi professionisti"

Il 66% dei mezzi stanziati su questo capitolo è stato speso ovvero iscritto fra i residui passivi. I mezzi liquidati nel 2005 erano destinati soprattutto alla liquidazione delle spese derivanti dagli incarichi di collaborazione nel servizio stampa del Consiglio provinciale, conferiti rispettivamente a un pubblicista libero professionista di lingua italiana (a mezza giornata) e a un pubblicista di lingua tedesca (tempo pieno).

Capitolo 2100 "Arredamento di uffici e di altri locali"

Poiché con i mezzi stanziati su questo capitolo dovevano essere effettuate solo delle spese per acquisti minori, il 90% dei mezzi disponibili è andato in economia. Le spese effettuate riguardano l'acquisto di scaffali, sedie e armadi per ufficio.

Capitolo 2110 "Acquisto di macchine per ufficio (computer, stampanti, fax ecc.), mezzi audiovisivi, macchine tipografiche, fotocopiatrici, della centrale telefonica"

I mezzi stanziati su questo capitolo sono stati spesi o impegnati per il 54%.

Le spese effettuate nel 2005 hanno riguardato l'acquisto di

- 5 personal computer,
- 9 monitor per computer,
- 4 computer portatili,
- 6 stampanti,
- 2 apparecchi fax,
- 1 fotocopiatrice e
- 1 scanner.

Le contabilità speciali (capitoli 8100, 8200, 8300, 8400, 8500 e 8510 delle entrate e i relativi capitoli di spesa 3100, 3200, 3300, 3400, 3500 e 3510) rappresentano mere partite di giro, motivo per cui gli importi evidenziati nel rendiconto sui singoli capitoli sono identici sia per i capitoli di entrata che per i capitoli di spesa. Si tratta della gestione del fondo di cassa per le spese minute dell'economato, della ritenuta e del versamento dell'imposta regionale sulle attività produttive (IRAP) per i compensi a terzi, delle ritenute fiscali e delle trattenute previdenziali e assistenziali sugli emolumenti del personale nonché della ritenuta e del versamento di diversi contributi (contributi sindacali, premi assicurativi, fondo di solidarietà ecc.).

Mi auguro che la presente relazione abbia offerto un quadro esauriente della gestione finanziaria del Consiglio provinciale per l'anno 2005. Eventuali altre informazioni potranno essere fornite, se richieste, nel corso della trattazione della proposta di deliberazione.

Invito gentilmente le signore e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2005.

Ich verlese nun den Beschlussvorschlag:

BESCHLUSS NR. .../06

Nach Einsichtnahme in die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2005, welche das Landtagspräsidium mit Beschluss Nr. 9/06 vom 8. März 2006 genehmigt hat;

in Anerkennung der Ordnungsmäßigkeit der Gebarung, die im Sinne der vom Südtiroler Landtag am 19. Dezember 1979 genehmigten Verwaltungs- und Buchungsordnung erfolgt ist;

nach Einsichtnahme in die Präsidiumsbeschlüsse Nr. 13/05 vom 13.7.2005, Nr. 23/05 vom 12.10.2005, Nr. 25/05 vom 9.11.2005 und Nr. 27/05 vom 24.11.2005 betreffend die Haushaltsänderungen;

nach Einsichtnahme in den Begleitbericht zu der vom Präsidium vorgelegten Rechnungslegung;

dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

in der Sitzung vom ...

1. die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2005 mit den Endergebnissen zu genehmigen, die der beiliegenden Aufstellung, welche wesentlicher und integrierender Bestandteil dieses Beschlusses ist, zu entnehmen sind;
2. festzuhalten, dass der Kassaüberschuss bei Abschluss des Haushaltsjahres 2005 1.970.148,42 Euro beträgt, und dass der effektive Verwaltungsüberschuss des Haushaltsjahres 2005 den Betrag von 1.674.720,41 Euro aufweist.

DELIBERA N. .../06

Visto il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano relativo all'anno finanziario 2005, approvato dall'Ufficio di Presidenza con delibera n. 9/06 dell'8 marzo 2006;

reso atto della regolarità della gestione, svolta in conformità al Regolamento interno di amministrazione e di contabilità, approvato dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano in data 19 dicembre 1979;

viste le deliberazioni dell'Ufficio di Presidenza n. 13/05 del 13-7-2005, n. 23/05 del 12-10-2005, n. 25/05 del 9-11-2005 e n. 27/05 del 24-11-2005 concernenti le variazioni di bilancio;

vista la relazione accompagnatoria al conto consuntivo presentato dall'Ufficio di Presidenza;

ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
delibera

nella seduta del ...

1. di approvare il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio 2005 nelle risultanze finali di cui all'elenco allegato alla presente deliberazione quale parte integrante della stessa;
2. di prendere atto che l'avanzo di cassa alla chiusura dell'esercizio 2005 ammonta a euro 1.970.148,42 e che l'avanzo effettivo di amministrazione relativo all'esercizio 2005 è pari a euro 1.674.720,41.

KASSENRECHNUNG

Kassenbestand zu Beginn des Haushaltsjahres 2005

(+) € 1.542.713,38

Einhebungen

- Kompetenz 2005 € 6.443.442,92

- Rückstände € 66.148,57

Jahr 2004 u. vorhergehende

(+) € 6.509.591,49

Zahlungen

- Kompetenz 2005 € 5.632.550,70

- Rückstände € 449.605,75

Jahr 2004 u. vorhergehende

(-) € 6.082.156,45

Kassenbestand bei Abschluss des Haushaltsjahres 2005

(+) € 1.970.148,42

VERWALTUNGSRECHNUNG

Kassenstand bei Abschluss des Haushaltsjahres 2005		
	(+) €	1.970.148,42
Noch einzuhebende Beträge		
-	Kompetenz 2005	€ 52.244,47
-	Rückstände	€ 10.539,39
	Jahr 2004 u. vorhergehende	
	(+) €	62.783,86
Noch auszuzahlende Beträge		
-	Kompetenz 2005	€ 347.025,46
-	Rückstände	€ 11.186,41
	Jahr 2004 u. vorhergehende	
	(-) €	358.211,87
Überschuss bei Abschluss des Haushaltsjahres 2005		
	(+) €	1.674.720,41

CONTTO DI CASSA

Fondo di cassa all'inizio dell'esercizio 2005		
	(+) €	1.542.713,38
Riscossioni		
-	in conto competenza 2005	€ 6.443.442,92
-	in conto residui	€ 66.148,57
	anno 2004 e precedenti	
	(+) €	6.509.591,49
Pagamenti		
-	in conto competenza 2005	€ 5.632.550,70
-	in conto residui	€ 449.605,75
	anno 2004 e precedenti	
	(-) €	6.082.156,45
Saldo di cassa alla chiusura dell'esercizio 2005		
	(+) €	1.970.148,42

CONTTO DI AMMINISTRAZIONE

Giacenza di cassa alla chiusura dell'esercizio 2005		
	(+) €	1.970.148,42
Somme da riscuotere		
-	in conto competenza 2005	€ 52.244,47
-	in conto residui	€ 10.539,39
	anno 2004 e precedenti	
	(+) €	62.783,86
Somme rimaste da pagare		
-	in conto competenza 2005	€ 347.025,46
-	in conto residui	€ 11.186,41
	anno 2004 e precedenti	
	(-) €	358.211,87
Avanzo di consuntivo dell'esercizio 2005		
	(+) €	1.674.720,41

Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab: mit 4 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.
Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.33 UHR

ORE 15.05 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Punkt 142 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 75/05: "Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz."*

Punto 142) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 75/05: "La gestione dei rifiuti e la tutela del suolo."*

Ich ersuche um Verlesung des Begleitberichtes.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Sehr geehrte Abgeordnete,

dieser Landesgesetzentwurf enthält Bestimmungen über die Abfallbewirtschaftung und den Bodenschutz.

Dieser Bereich wird derzeit vom Landesgesetz Nr. 61 vom 6. September 1973 und dessen Durchführungsverordnung Nr. 30/1977 geregelt sowie von den Landesgesetzen Nr. 21/1986, Nr. 38/1974 und Nr. 57/1976.

Das Landesgesetz 61/1973 zählte in den 70er und 80er Jahren zu den ersten Bestimmungen im Umweltbereich auf dem gesamten Staatsgebiet.

Im letzten Jahrzehnt sind in diesem Bereich mehrere Richtlinien von der Europäischen Gemeinschaft und mehrere staatliche Gesetze erlassen worden, die mit diesem Gesetzentwurf übernommen werden:

- Die Richtlinie 75/439/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 über die Altölbeseitigung
- die Richtlinie 75/442/EWG des Rates vom 15. Juli 1975 über Abfälle
- die Richtlinie 91/156/EWG des Rates vom 18. März 1991 über Abfälle
- die Richtlinie 91/689/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 über gefährliche Abfälle
- die Verordnung 259/93/EWG des Rates vom 1. Februar 1993 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der europäischen Gemeinschaft
- die Richtlinie 94/62/EG des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle
- die Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung von PCB und PCT

- die Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien
- die Richtlinie 2000/53/EG des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge

Das Staatsgesetz vom 5. Februar 1997, Nr. 22, sieht neue Regelungen für die Abfallbewirtschaftung vor: Klassifizierung der Abfälle, Führung des Abfallregisters und des Abfallbegleitscheines, Ermächtigungen der Anlagen für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Eintragung der Abfallbeförderer in das Verzeichnis der Abfallbewirtschaftungsunternehmen sowie Sanierung von kontaminierten Böden u.v.a.

Die Autonome Provinz Bozen bestimmt mit diesem Landesgesetzentwurf die notwendigen Anpassungen für die Regelung der Abfallbewirtschaftung angesichts der neuen staatlichen Bestimmungen.

Der neue Landesgesetzentwurf sieht einige Vereinfachungen vor, z.B. bei der Führung des Abfallregisters, bei den Genehmigungen der Projekte, bei den Ermächtigungen der Anlagen für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen, des weiteren werden die Verwaltungsstrafen neu geregelt.

Die wesentlichen und grundlegenden Ziele dieses Landesgesetzentwurfs sind die Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, die EU-Konformität, die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und die Rechtsbereinigung.

In vielen Bereichen bildeten die staatlichen bzw. EU-Bestimmungen einen vorgegebenen Rahmen, der zwingend übernommen werden musste, in anderen Bereichen wurden auch aufgrund von praktischen Erfahrungen Änderungen vorgenommen.

Es folgen die Ausführungen zum Inhalt der Artikel des Landesgesetzentwurfes:

I. TITEL

ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG

I. KAPITEL

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Artikel 1 und 2

Anwendungsbereich und Ziele

Diese Artikel beschreibenden Anwendungsbereich und die Ziele, die man mit dem gegenwärtigen Gesetz erreichen will und die Instrumente, die benutzt werden, um diese Ziele zu erreichen.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

In diesem Artikel werden einige wichtige Ausdrücke, die im Gesetz verwendet werden, definiert, z.B. Abfallbegriff, Abfallbewirtschaftung, usw.

Artikel 4

Klassifizierung der Abfälle

Dieser Artikel klassifiziert die Abfälle, wobei diese in zwei Hauptgruppen unterteilt werden: Hausmüll und Sondermüll, und diese wiederum in gefährliche und nicht gefährliche Abfälle.

Artikel 5

Verwendbare und verwertbare Abfälle

Abfälle, die nicht entsorgt sondern einer Verwendung (direkt ohne Vorbehandlung) bzw. Verwertung (mit vorhergehender Vorbehand-

lung) zugeführt werden können, unterliegen der vereinfachten Regelung laut Artikel 28.

Artikel 6

Beseitigung der eigenen Abfälle

Bestimmte Abfälle können vom Abfallerzeuger auch am Entstehungsort beseitigt werden.

Artikel 7

Ausnahmen

Für gewisse Bereiche (Emissionen, Ableitungen, radioaktive Abfälle, usw.) findet das Abfallgesetz keine Anwendung.

II. KAPITEL

AUFTEILUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN

Artikel 8 und 9

Aufgaben des Landes und der Gemeinden

Diese Artikel listen die verschiedenen Aufgaben des Landes und der Gemeinden auf. Das Land ist u.a. zuständig für die Ausarbeitung des Landesabfallwirtschaftsplanes, die Genehmigung der Projekte und Ermächtigung der Anlagen. Den Gemeinden obliegt primär die Sammlung der Hausabfälle.

III. KAPITEL

LANDES-ABFALLWIRTSCHAFTSPLAN UND OPTIMALE EINZUGSGEBIETE

Artikel 10 und 11

Quelle, Genehmigung und Inhalt

Der Landesabfallwirtschaftsplan ist ein Fachplan, mit dem die Weichen für eine geregelte koordinierte Abfallbewirtschaftung gestellt werden. Dieser wird unter Einbeziehung verschiedenster Interessengruppen (Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Verbände) von der Landesregierung genehmigt. Er beinhaltet u.a. Initiativen zur Vermeidung und Verminderung von Abfällen, die Entsorgungswege für Abfälle und die Festlegung der optimalen Einzugsgebiete für die Bewirtschaftung der Hausabfälle.

Artikel 12

Maßnahmen der Landesverwaltung

Die Abfallbewirtschaftungsanlagen (Deponien, Recyclinghöfe, Verbrennungsöfen, usw.) werden durch die Landesverwaltung oder durch die lokalen Körperschaften und Kapitalgesellschaften mit öffentlicher Beteiligung mittels Verlustbeitrag errichtet.

Artikel 13

Koordinierung mit den urbanistischen Plänen

Mit der Genehmigung des Landesplanes werden die urbanistischen Planungsinstrumente abgeändert.

Rund um Abfallanlagen wird eine Bannzone vorgeschrieben, innerhalb welcher keine Wohngebäude errichtet werden dürfen.

IV. KAPITEL

PFLICHTEN UND KOSTEN DER ERZEUGER, BESITZER, BEFÖRDERER, HÄNDLER, VERMITTLER, VERWERTER UND BESEITIGER VON ABFÄLLEN

Artikel 14

Pflichten und Kosten der Erzeuger und Besitzer

Der Artikel sieht vor, dass gemäß Verursacherprinzip die Kosten für die Abfallbeseitigung der Abfallerzeuger bzw. Abfallbesitzer tragen muss.

Der Erzeuger von Sonderabfällen hat die Möglichkeit (Pflicht) seine Abfälle auf verschiedene Weise zu beseitigen:

Beseitigung der eigenen Abfälle in Eigenregie, Anlieferung an ermächtigte Firmen, usw.

Artikel 15

Vermischungsverbot von gefährlichen Abfällen

Der Artikel bestimmt, dass bestimmte Kategorien von Abfällen, insbesondere gefährliche und nichtgefährliche Abfälle untereinander nicht vermischt werden dürfen.

Artikel 16

Ablagerungs- und Verbrennungsverbot von Abfällen

Die illegale Ablagerung von Abfällen ist verboten, zudem ist das Verbrennen von Abfällen in nicht genehmigten Anlagen verboten, wie z.B. im Herd oder im Freien.

Artikel 17

Abfallbeauftragter

Für bestimmte Abfallerzeuger mit einer gewissen Größe, die Abfälle erzeugen, muss ein Abfallbeauftragter bestellt werden (Angestellter oder Freiberufler), um das Unternehmen in abfallrechtlichen und -technischen Belangen zu beraten.

Die Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass durch das Abfallmanagement beträchtliche Kosten eingespart, die Abfallmenge vermindert wird und mehr Rechtssicherheit gewährleistet ist.

Artikel 18

Technischer Verantwortlicher

Der technische Verantwortliche kümmert sich um die technischen und rechtlichen Belange im Bereich Abfall bei den Entsorgungsunternehmen.

Artikel 19

Betriebliches Abfallwirtschaftskonzept

Bestimmte Abfallerzeuger mit einer gewissen Größe müssen ein betriebliches Abfallkonzept erstellen um die Abfallströme aufzuzeigen. Dadurch ist eine bessere Abfallbewirtschaftung möglich.

Betriebe mit Umweltzertifizierung (Emas und Iso 14001) können die Daten des Abfallkonzepts im Umweltmanagement ergänzen.

Artikel 20

Abfallregister

Folgende Unternehmen müssen über die Bewegungen der Abfälle Buch führen: wer gewerbsmäßig Abfälle behandelt und befördert, die Abfallhändler und -vermittler sowie Unternehmen und Körperschaften mit vier und mehr Angestellten, die gefährliche Abfälle erzeugen.

Artikel 21

Abfallkataster und jährliche Abfallmeldung

Die Subjekte, die laut Artikel 20 das Abfallregister führen, müssen jährlich der Handelskammer die Abfallmenge und die Art der Abfälle mitteilen. Diese Pflicht besteht außerdem für Unternehmen und Körperschaften mit vier und mehr Angestellten, die nicht gefährliche Abfälle aus Industrie und Handwerk sowie Schlämme erzeugen.

Artikel 22

Abfallbegleitschein

Körperschaften und Unternehmen, die Abfälle transportieren, müssen einen Abfallbegleitschein mit sich führen.

Davon ausgenommen ist die Beförderung von Hausabfällen und - begrenzt auf 30 kg pro Tag - die Beförderung von Sonderabfällen, die vom Erzeuger selbst durchgeführt wird.

Artikel 23

Eintragung in das nationale Verzeichnis der Abfallbewirtschaftungsunternehmen

Bestimmte Unternehmen müssen in das nationale Verzeichnis der Abfallbewirtschaftungsunternehmen eingetragen werden: z.B. Unternehmen, die Abfälle befördern, die Bodensanierungen durchführen, die Behandlungsanlagen für Dritte führen, die mobile Behandlungsanlagen führen, usw.

Artikel 24

Sonderregelung für Hilfsorgane

Die öffentlichen Dienste, wie Feuerwehr, Rettungsdienste, usw. bei deren Einsatz Abfälle anfallen, sind von einigen Pflichten, wie Abfallregister, Abfallermächtigung, Abfallbegleitschein ausgenommen.

Artikel 25

Grenzüberschreitende Abfallverbringung

Bei der grenzüberschreitenden Abfallverbringung wird auf die EU-Richtlinie Nr. 259/93 des Rates vom 1. Februar 1993 verwiesen.

V. KAPITEL

GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Artikel 26

Genehmigung der Projekte für Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen

Artikel 27

Abnahme und Ermächtigung der Anlagen für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen

Das Verfahren zur Genehmigung der Projekte und zur Ermächtigung der Anlagen wurde den Landesgesetzen Luft (LG Nr. 8/2000) und Wasser (LG Nr. 8/2002) angepasst.

Neues Verfahren für Projektgenehmigung:

Projekt bei der Gemeinde einreichen

Gemeinde holt Gutachten bei der Umweltagentur ein

Bürgermeister stellt Baukonzession aus

Neues Verfahren für Ermächtigung:

15 Tage vor Inbetriebnahme reicht der Betreiber der Anlage bei der Umweltagentur einen Antrag auf Bauabnahme und Ermächtigung ein

*- Die Anlage gilt nach Ablauf der 15 Tage als provisorisch ermächtigt
Innerhalb von 90 Tagen stellt die Umweltagentur die Ermächtigung aus*

Artikel 28

Vereinfachte Verfahren für die Abnahme und Ermächtigung der Anlagen für die Verwertung und Verwendung von Abfällen und für die Beseitigung der eigenen Abfälle

Dieser Artikel bestimmt, dass unter Einhaltung der technischen Bestimmungen laut Artikel 5 und 6 Betriebe, die Abfälle (z.B. Altpapier, Altglas, Altmetalle, usw.) verwerten oder verwenden oder die eigenen

Abfälle beseitigen, einer vereinfachten Ermächtigung unterliegen. Diese Unternehmen werden in ein eigenes Register eingeschrieben.

Artikel 29

Kleinkompostieranlagen

Auch Kleinkompostieranlagen unterliegen einer vereinfachten Ermächtigung.

Artikel 30

Behandlung von Abfällen in Kläranlagen für kommunales Abwasser

Viele Kläranlagen sind so konzipiert und dimensioniert, dass sie auch flüssige Abfälle (Fäkalschlämme, Rückstände aus Lebensmittelindustrie, usw.) verarbeiten können. Aus diesem Grund erteilt das zuständige Amt für Gewässerschutz im Einvernehmen mit dem Amt für Abfallwirtschaft die Genehmigung für diese Behandlung, daraus folgt dass die Anlage keine zusätzliche Abfallermächtigung (Artikel 27) benötigt.

Artikel 31

Ableitung von flüssigen Abfällen

Für die Ableitung von Abwasser ist das Amt für Gewässerschutz zuständig. Aus diesem Grund ist es naheliegend dass bei der Ableitung von flüssigen Abfällen in die Kanalisierung, in Oberflächengewässer, usw. die Genehmigung vom Amt für Gewässerschutz im Einvernehmen mit dem Amt für Abfallwirtschaft erteilt.

Artikel 32

Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft

Dieser Artikel regelt die Ausbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftliche Böden.

VI. KAPITEL

TECHNISCHE UND VERWALTUNGSBESTIMMUNGEN UND BEWIRTSCHAFTUNG VON BESONDEREN ABFALLGRUPPEN

Artikel 33

Bereichsabkommen

Durch Bereichsabkommen kann die Landesregierung Vereinfachungen der Abfallbestimmungen, wie Registerführung, Ermächtigungen, Abfallbegleitschein, usw. zur Erreichung der Ziele und Grundsätze des Abfallgesetzes mit Verbänden, Körperschaften und Unternehmen einführen.

Artikel 34

Technische und Verwaltungsbestimmungen

Bis zum Erlass der technischen und Verwaltungsbestimmungen des Landes bleiben die staatlichen Durchführungsbestimmungen aufrecht.

Artikel 35

Bewirtschaftung von besonderen Abfallgruppen

Gemäß diesem Artikel sollen bestimmte Abfallarten, wie Kühlschränke, Fernseher, Altöle, Autowracks, usw. besonders geregelt werden.

VII. KAPITEL

FINANZBESTIMMUNGEN FÜR DIE ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG

Artikel 36

Gebühr für die Bewirtschaftung der Hausabfälle

Dieser Artikel regelt die Gebühr für die Bewirtschaftung der Hausabfälle, die von den Gemeinden einzuheben ist.

Artikel 37

Umweltbeitrag für Standortgemeinden von Abfallbehandlungsanlagen

Standortgemeinden von Abfallbehandlungsanlagen können einen Umweltbeitrag erhalten.

Artikel 38

Spesenbeitrag zu Lasten der Gemeinden

Die von den öffentlichen Körperschaften errichteten Abfallanlagen können vom Land mitfinanziert werden. Aus diesem Grund überweisen die Gemeinden dem Land jährlich einen Beitrag zur teilweisen Deckung dieser Ausgaben.

Artikel 39

Landesabgabe für die Ablagerung von Abfällen in Deponien

Um die Ablagerung von Abfällen auf Deponien einzuschränken und somit alternative Verwertungs- und Beseitigungsverfahren zu fördern wurde diese Zusatzabgabe eingeführt.

II. TITEL

BEWIRTSCHAFTUNG DER VERPACKUNGEN

Artikel 40

Verpackungen und Verpackungsabfälle

Dieser Artikel regelt den Bereich Verpackung und Verpackungsabfälle und verweist auf die diesbezüglichen staatlichen Bestimmungen.

III. TITEL

BODENSCHUTZ, SANIERUNG UND WIEDERHERSTELLUNGEN

Artikel 41

Bodenschutz

Dieser Artikel betrifft den Schutz des Bodens und seiner Ressourcen, die für die jetzigen und zukünftigen Generationen zu erhalten sind.

Artikel 42

Wiederherstellungen und Bodenverunreinigungen

Bei Verunreinigung des Bodens durch Ölunfälle, usw. muss der Verursacher die Sanierungsmaßnahmen vornehmen. Dieser Artikel regelt das diesbezügliche Verfahren.

Artikel 43

Sanierung von kontaminierten Böden

Die Landesregierung bestimmt die Grenzwerte betreffend die Verunreinigung von Böden und genehmigt einen Plan über die verunreinigten Flächen.

IV. TITEL

STRAF-, ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

I. KAPITEL

AUFSICHT UND ZWANGSMAßNAHMEN

Artikel 44

Aufsicht

Dieser Artikel bestimmt, dass die Überwachung dieses Gesetzes den Beamten der Umweltagentur, des Landesforstkorps und der Gemeinden obliegt.

Artikel 45

Zwangmaßnahmen

Dieser Artikel setzt fest, dass der Bürgermeister dem Übertreter die Entfernung der Abfälle anordnet. Bei Nichteinhaltung der Anordnung oder wenn der Übertreter nicht identifiziert werden kann schreitet die Gemeinde von Amts wegen ein.

Artikel 46

Verwaltungsstrafen

Dieser Artikel regelt die Verwaltungsstrafen für die verschiedenen Übertretungen.

II. KAPITEL

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 47

Änderung der Anhänge

Dieser Artikel bestimmt, dass die Landesregierung die Anhänge aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen oder in Folge von Änderungen der EU-Bestimmungen ändern kann.

Artikel 48

Übergangsbestimmungen

Dieser Artikel bestimmt, dass bis zum Erlass der neuen Durchführungsbestimmungen die derzeit geltenden Kriterien und Bestimmungen in Kraft bleiben.

Artikel 49

Änderung von Landesgesetzen

Dieser Artikel ändert Artikel 67 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, ab und setzt fest, dass Umwelthanlagen, die von der Landesverwaltung aufgrund von Landesplänen verwirklicht werden, nicht der Baukonzession unterliegen.

Artikel 50

Aufhebung von Bestimmungen

Das vorliegende Landesgesetz ersetzt alle (vier) von den derzeit im Abfallbereich geltenden Gesetzen, dieser Artikel schafft diese somit ab.

Auflistung der Anlagen

Anlage A Europäischer Abfallkatalog

Anlage B Beseitigungsverfahren

Anlage C Verwertungsverfahren

Anlage D Anhang I der Richtlinie 1991/689 EWG über gefährliche Abfälle

Anlage E Grundlegende Anforderungen an die Zusammensetzung, die Verwendbarkeit und Verwertbarkeit, einschließlich stofflicher Verwertbarkeit, von Verpackungen

Man ersucht die Damen und Herren Abgeordneten um die Genehmigung des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Signore e Signori Consiglieri,

la materia oggetto del presente disegno di legge riguarda la gestione dei rifiuti e la tutela del suolo.

Tale settore risulta attualmente disciplinato dalla legge provinciale n. 61 del 6 settembre 1973 e dal relativo regolamento di attuazione n. 30/1977 nonché dalle leggi provinciali n. 21/1986, n. 38/1974 e n. 57/1976.

Negli anni 70 ed 80 la legge n. 61/73 costituiva una delle prime leggi nel settore della tutela ambientale a livello nazionale.

Nell'ultimo decennio in tale settore sono state emanate varie direttive della Comunità europea e varie leggi statali che vengono recepiti con questo disegno di legge:

- *la direttiva 75/439/CEE del Consiglio del 16 giugno 1975 relativa alla eliminazione degli olii usati*
- *la direttiva 75/442/CEE del Consiglio del 15 luglio 1975 sui rifiuti*

- la direttiva 91/156/CEE del Consiglio del 18 marzo 1991 sui rifiuti
- la direttiva 91/676/CEE del Consiglio del 12 dicembre 1991 sui rifiuti pericolosi
- il regolamento 259/93/CEE del Consiglio del 1 febbraio 1993 relativo alla sorveglianza e al controllo delle spedizioni di rifiuti all'interno della Comunità europea, nonché in entrata e in uscita dal suo territorio
- la direttiva 94/62/CE del Consiglio del 20 dicembre 1994 sugli imballaggi e sui rifiuti di imballaggio
- la direttiva 96/59/CE del Consiglio del 16 settembre 1996 relativo allo smaltimento dei policlorodifenili e dei policlorotrifenili
- la direttiva 1999/31/CE del Consiglio del 26 aprile 1999 relativa alle discariche di rifiuti
- la direttiva 2000/53/CE del Consiglio del 18 settembre 2000 relativa ai veicoli fuori uso

La legge 5 febbraio 1997, n. 22, prevede una nuova disciplina per la gestione dei rifiuti: classificazione dei rifiuti, tenuta del registro dei rifiuti e del formulario di identificazione, autorizzazione degli impianti di recupero e di smaltimento dei rifiuti, iscrizione all'albo delle imprese che effettuano la gestione dei rifiuti di imprese che trasportano rifiuti nonché risanamento di siti inquinati, ecc.

La Provincia autonoma disciplina con il presente disegno di legge gli adattamenti necessari per regolare la gestione dei rifiuti al cospetto della nuova normativa dello Stato.

Il disegno di legge provinciale prevede alcune semplificazioni, p.es. nella tenuta del registro dei rifiuti, nell'approvazione dei progetti, nell'autorizzazione degli impianti per il recupero e lo smaltimento dei rifiuti, inoltre vengono ridefinite le sanzioni amministrative.

Gli obiettivi principali e sostanziali che si pone il presente disegno di legge sono la sostenibilità e la salvaguardia delle risorse, la conformità alle disposizioni comunitarie, la semplificazione delle procedure di approvazione e riordino della materia.

In tanti settori devono essere rispettate le disposizioni statali e comunitarie che fungono da cornice predefinita, in altri settori sono state fatte delle modifiche anche in base all'esperienza pratica.

Segue l'illustrazione del contenuto degli articoli del disegno di legge provinciale:

TITOLO I

LA GESTIONE DEI RIFIUTI

CAPO I

PRINCIPI GENERALI

Articolo 1 e 2

Campo di applicazione e Finalità

Tali articoli elencano il campo di applicazione e le finalità che si intendono raggiungere con la presente legge e gli strumenti utilizzati per perseguirli.

Articolo 3

Definizioni

In questo articolo vengono spiegati alcuni termini importanti utilizzati dalla legge, p.es. la definizione di rifiuto, la gestione dei rifiuti, ecc.

Articolo 4

Classificazione dei rifiuti

Questo articolo classifica i rifiuti in due grandi categorie: rifiuti urbani e rifiuti speciali, e questi ultimi a sua volta in rifiuti pericolosi e non.

Articolo 5

Rifiuti riutilizzabili e recuperabili

Per rifiuti che non vengono smaltiti ma riutilizzati (direttamente senza subire alcun intervento preventivo) o recuperati (dopo un trattamento di recupero) è prevista la regolamentazione semplificata di cui all'articolo 28.

Articolo 6

Autosmaltimento

Alcuni rifiuti possono essere smaltiti dai produttori nei luoghi di produzione.

Articolo 7

Esclusioni

In alcuni settori (emissioni, scarichi, rifiuti radioattivi, ecc.) non trova applicazione la legislazione sui rifiuti.

CAPO II

RIPARTIZIONE DELLE COMPETENZE

Articoli 8 e 9

Competenze della Provincia e dei Comuni

Questi articoli elencano i diversi compiti della provincia e dei comuni. Spetta alla provincia tra l'altro l'elaborazione del piano provinciale di gestione dei rifiuti, l'approvazione dei progetti e l'autorizzazione degli impianti. Compito primario dei comuni è la raccolta dei rifiuti urbani.

CAPO III

PIANO PROVINCIALE DI GESTIONE DEI RIFIUTI E AMBITI TERRITORIALI OTTIMALI

Articoli 10 e 11

Fonte, approvazione e contenuto

Il piano provinciale di gestione dei rifiuti è un piano di settore con il quale viene stabilito il corso per una regolare e coordinata gestione dei rifiuti. Il piano viene approvato dalla Giunta provinciale sentiti i vari gruppi d'interesse (comuni, comunità comprensoriali, associazioni). Il piano contiene tra l'altro iniziative dirette a evitare e ridurre rifiuti, le vie di smaltimento dei rifiuti e l'individuazione degli ambiti territoriali ottimali per la gestione dei rifiuti urbani.

Articolo 12

Interventi dell'amministrazione provinciale

Gli impianti di smaltimento dei rifiuti (discariche, centri di riciclaggio, inceneritori, ecc.) vengono costruiti dall'amministrazione provinciale o dagli enti locali e società di capitale a partecipazione pubblica attraverso un contributo in conto capitale.

Articolo 13

Coordinamento con le previsioni urbanistiche

L'approvazione del piano provinciale comporta la variante agli strumenti urbanistici.

Intorno agli impianti di rifiuti viene delimitata una zona entro la quale è vietata la costruzione di edifici residenziali.

CAPO IV

OBBLIGHI ED ONERI DEI PRODUTTORI, DETENTORI, TRASPORTATORI, COMMERCianti, INTERMEDIARI, RECUPERATORI E SMALTITORI DI RIFIUTI

Articolo 14

Obblighi ed oneri dei produttori dei detentori

L'articolo prevede che ai sensi del principio chi inquina paga gli oneri per lo smaltimento dei rifiuti spettano al produttore o al detentore dei rifiuti.

Il produttore di rifiuti speciali ha diverse possibilità (obblighi) per smaltire i propri rifiuti:

autosmaltimento dei propri rifiuti, conferimento dei rifiuti a ditte autorizzate, ecc.

Articolo 15

Divieto di miscelazione di rifiuti pericolosi

L'articolo dispone che è vietato miscelare determinate categorie di rifiuti in particolare rifiuti pericolosi con rifiuti non pericolosi.

Articolo 16

Divieto di abbandono e di combustione dei rifiuti

È vietato l'abbandono di rifiuti, inoltre è vietata la combustione di rifiuti in impianti non autorizzati: p.es. nella stufa o all'aperto.

Articolo 17

Incaricato della gestione dei rifiuti

Per determinati produttori di rifiuti di una certa grandezza deve essere nominato un incaricato della gestione dei rifiuti (dipendente o libero professionista) che fa da consulente ambientale dell'azienda nel settore tecnico e giuridico.

L'esperienza fatta all'estero ha dimostrato che con il management dei rifiuti si risparmia sui costi, si riduce la quantità dei rifiuti e c'è più certezza legale.

Articolo 18

Responsabile tecnico

Il responsabile tecnico si occupa delle questioni tecniche e legali nel settore dei rifiuti presso gli impianti di smaltimento dei rifiuti.

Articolo 19

Piano gestione rifiuti aziendale

Determinati produttori di rifiuti di una certa grandezza devono elaborare un piano gestione rifiuti aziendale per disegnare la via dei rifiuti. Ciò comporta una migliore gestione dei rifiuti.

Aziende che sono state registrate Emas o Iso 14001 possono integrare i dati richiesti dal piano gestione rifiuti nel management ambientale.

Articolo 20

Registro dei rifiuti

La ditte in seguito elencate devono tenere un registro per documentare il movimento dei rifiuti: chi svolge a titolo professionale attività di smaltimento e di trasporto di rifiuti, il commerciante e l'intermediatore di rifiuti nonché enti e imprese con quattro e più dipendenti che producono rifiuti pericolosi.

Articolo 21

Catasto e denuncia annuale dei rifiuti

I soggetti che ai sensi dell'articolo 20 devono tenere il registro dei rifiuti devono comunicare annualmente alla Camera di commercio le quantità e le caratteristiche dei rifiuti. Quest'obbligo compete altresì ad enti ed imprese con quattro e più dipendenti che producono rifiuti non pericolosi da lavorazioni industriali e artigianali nonché fanghi.

Articolo 22

Formulario d'identificazione dei rifiuti

Enti e imprese che trasportano rifiuti devono avere un formulario d'identificazione.

Sono esentati da quest'obbligo i trasporti di rifiuti urbani e - limitato a 30 kg al giorno - i trasporti di rifiuti speciali effettuati dal produttore stesso.

Articolo 23

Iscrizione all'Albo nazionale delle imprese che effettuano la gestione dei rifiuti

Determinate imprese devono essere iscritte all'Albo nazionale delle imprese che effettuano la gestione dei rifiuti: p.es. imprese che svolgono attività di raccolta e trasporto di rifiuti, che effettuano attività di bonifica, che gestiscono impianti di trattamento di titolarità di terzi impianti mobili di trattamento, ecc.

Articolo 24

Disposizioni particolari per gli organi di pronto intervento

I servizi pubblici come i vigili, i servizi di pronto soccorso, ecc. sono esclusi da alcune disposizioni, p.es. registro dei rifiuti, autorizzazione, formulario d'identificazione per i rifiuti che vengono prodotti nell'attività di pronto intervento.

Articolo 25

Spedizioni transfrontaliere di rifiuti

Per le spedizioni transfrontaliere dei rifiuti si rinvia al regolamento CEE n. 259/93 del Consiglio 1° febbraio 1993.

CAPO V

PROCEDURE AUTORIZZATIVE

Articolo 26

Approvazione dei progetti degli impianti di recupero e di smaltimento dei rifiuti

Articolo 27

Collaudo ed autorizzazione degli impianti di recupero e di smaltimento dei rifiuti

Il procedimento per l'approvazione dei progetti e per l'autorizzazione degli impianti è stato adeguato alle leggi provinciali aria (LP n. 8/2000) e acqua (LP8/2002).

Nuovo procedimento per l'approvazione del progetto:

Il progetto va presentato al comune

Il comune richiede un parere all'Agenzia per l'ambiente

Il sindaco rilascia la concessione edilizia

Nuovo procedimento per l'autorizzazione:

15 giorni prima della messa in esercizio il gestore dell'impianto presenta all'Agenzia per l'ambiente la domanda di collaudo e autorizzazione - Dopo la scadenza dei 15 giorni l'impianto si intende provvisoriamente autorizzato

Entro 90 giorni l'Agenzia per l'ambiente rilascia l'autorizzazione

Articolo 28

Procedure semplificate per il collaudo e l'autorizzazione degli impianti di recupero, di riutilizzo e autosmaltimento dei rifiuti

Questo articolo dispone che alla condizione che vengono rispettate le disposizioni di cui agli articoli 5 e 6 le ditte che recuperano (p.es. carta, vetro, metalli, ecc.), riutilizzano o smaltiscono i propri rifiuti soggiacio-

no a un autorizzazione semplificata e vengono iscritte in un registro apposito.

Articolo 29

Piccoli impianti di compostaggio

Anche per i piccoli impianti di compostaggio è prevista un autorizzazione semplificata.

Articolo 30

Trattamento di rifiuti presso impianti di depurazione di acque reflue urbane

Molti impianti di depurazione sono concepiti e dimensionati in modo che possono essere trattati anche rifiuti liquidi (fanghi dal trattamento di acque reflue, resti dall'industria alimentare, ecc.). Per questo motivo l'ufficio tutela acque rilascia in accordo con l'ufficio gestione rifiuti l'autorizzazione al trattamento, ne segue che l'impianto non necessita di una specifica autorizzazione relativa ai rifiuti (articolo 27).

Articolo 31

Riversamento di rifiuti liquidi

Lo scarico di acque reflue è di competenza dell'ufficio tutela acque. Per questo motivo si ritiene opportuno che il riversamento dei rifiuti liquidi in fognatura, in acque superficiali, ecc. venga autorizzato dall'ufficio tutela acque in accordo con l'ufficio gestione rifiuti.

Articolo 32

Utilizzazione dei fanghi di depurazione in agricoltura

Tale articolo disciplina l'utilizzo dei fanghi di depurazione su terreni agricoli.

CAPO VI

NORME TECNICHE ED AMMINISTRATIVE E GESTIONE DI PARTICOLARI CATEGORIE DI RIFIUTI

Articolo 33

Accordi di programma

Con accordi di programma la Giunta provinciale può stabilire con le associazioni, enti e imprese delle semplificazioni in materia di rifiuti, p.es. tenuta del registro, autorizzazioni, formulario di identificazione, ecc. onde consentire il raggiungimento degli obiettivi e principi della legge sui rifiuti.

Articolo 34

Norme tecniche ed amministrative

Fino all'emanazione delle norme tecniche ed amministrative della Provincia rimangono in vigore i regolamenti statali.

Articolo 35

Gestione di particolari categorie di rifiuti

Questo articolo stabilisce norme particolari per alcune tipologie di rifiuti, p.es. frigoriferi, televisori, olii usati, veicoli fuori uso.

CAPO VII

NORME FINANZIARIE PER LA GESTIONE DIE RIFIUTI

Articolo 36

Tariffa per la gestione dei rifiuti urbani

Questo articolo disciplina la tariffa per la gestione dei rifiuti urbani che viene riscossa dai comuni.

Articolo 37

Contributo ambientale ai comuni sede di impianti trattamento di rifiuti

Comuni sedi di impianti trattamento dei rifiuti possono ricevere dei contributi ambientali.

Articolo 38

Contributo spese a carico dei comuni

Gli impianti di trattamento rifiuti realizzati da enti pubblici possono ricevere un finanziamento dalla Provincia. Per questo motivo i comuni versano annualmente alla Provincia un importo per la parziale copertura di queste spese.

Articolo 39

Tributo provinciale per il deposito di rifiuti in discarica

Per ridurre il deposito di rifiuti in discariche e favorire operazioni alternative di recupero e di smaltimento è stato introdotto questo tributo supplementare.

TITOLO II

GESTIONE DEGLI IMBALLAGGI

Articolo 40

Imballaggi e rifiuti di imballaggio

Questo articolo disciplina il settore imballaggi e rifiuti di imballaggio e rinvia alle relative disposizioni statali.

TITOLO III

TUTELA DEL SUOLO, BONIFICA E RIPRISTINO AMBIENTALE

Articolo 41

Tutela del suolo

Questo articolo riguarda la tutela del suolo e le risorse del suolo che sono da mantenere per le generazioni future.

Articolo 42

Interventi di ripristino ambientale

In caso di inquinamento del suolo p.es. per sversamento di olio, ecc. il responsabile deve adottare interventi di bonifica. Questo articolo disciplina la relativa procedura.

Articolo 43

Bonifica ambientale dei siti inquinati

La Giunta provinciale emana i limiti di accettabilità della contaminazione dei suoli e approva un piano relativo ai siti inquinati.

TITOLO IV

DISPOSIZIONI SANZIONATORIE, TRANSITORIE E FINALI

CAPO I

VIGILANZA E PROVVEDIMENTI COATTIVI

Articolo 44

Vigilanza

Questo articolo definisce la vigilanza sull'applicazione della presente legge che spetta ai funzionari dell'agenzia per l'ambiente, al corpo forestale provinciale e ai comuni.

Articolo 45

Provvedimenti coattivi

Questo articolo stabilisce che il sindaco ordina al trasgressore di procedere alla rimozione dei rifiuti. In caso di inosservanza dell'ordine o in caso di mancata individuazione del trasgressore il comune provvede d'ufficio.

Articolo 46

Sanzioni amministrative

Questo articolo determina le sanzioni amministrative per le varie trasgressioni.

CAPO II

DISPOSIZIONI TRANSITORIE E FINALI

Articolo 47

Modifica degli allegati

Questo articolo prevede che la Giunta provinciale può modificare gli allegati in relazione alle conoscenze scientifiche o in seguito a modifiche delle disposizioni comunitarie.

Articolo 48

Disposizioni transitorie

Questo articolo dispone che fino all'emanazione dei nuovi regolamenti di esecuzione continuano a trovare applicazione i criteri e le disposizioni attualmente in vigore.

Articolo 49

Modifica di leggi provinciali

Questo articolo sostituisce l'articolo 67 della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, e stabilisce che gli impianti ambientali realizzati da parte dell'amministrazione provinciale sulla base di piani provinciali non sono subordinati alla concessione edilizia.

Articolo 50

Abrogazione di norme

Questo disegno di legge sostituisce tutte (quattro) le leggi attualmente in vigore nel settore dei rifiuti, che con questo articolo vengono abrogati.

Lista degli Allegati

Allegato A Catalogo Europeo dei Rifiuti

Allegato B Operazioni di smaltimento

Allegato C Operazioni di recupero

Allegato D Allegato I della direttiva 1991/689/CEE relativa ai rifiuti pericolosi

Allegato E Requisiti essenziali concernenti la composizione e la riutilizzabilità e la recuperabilità (in particolare la riciclabilità) degli imballaggi

Si raccomanda alle Signore e Signori Consiglieri l'approvazione del presente disegno di legge

PRÄSIDENTIN: Ich ersuche um Verlesung des Berichtes der zweiten Gesetzgebungskommission.

THALER ZELGER (SVP): Die Arbeiten in der Kommission

In ihrer Sitzung vom 2. März 2006 hat die 2. Gesetzgebungskommission erneut den Landesgesetzentwurf Nr. 75/05 behandelt. Der Gesetzentwurf war in der Landtagssitzung vom 11. Jänner 2006 vom Landtag im Sinne von Artikel 43 Absatz 3 der Geschäftsordnung an die zuständige Gesetzgebungskommission rückverwiesen und der neue Termin für die Behandlung mit 90 Tagen festgelegt worden. An den Arbeiten der Kommission nahmen auch der für Raumordnung, Umwelt und Energie zuständige Landesrat Dr. Michl Laimer, der Direktor des Verwaltungsamtes für Umwelt Dr. Helmuth Schwarz, der

Direktor des Amtes für Abfallwirtschaft Dr. Giulio Angelucci sowie der Beamte des Amtes für Abfallwirtschaft Ivo Puntscher teil.

Nach Verlesung des Gutachtens des Rates der Gemeinden durch die Vorsitzende der Gesetzgebungskommission wies der zuständige Landesrat Laimer im Zuge der Erläuterung des Gesetzentwurfes darauf hin, dass sich die Behandlung des Gesetzentwurfes, der ja vom Landtag erneut an die zuständige Gesetzgebungskommission rückverwiesen worden war, in Erwartung der endgültigen Verabschiedung des staatlichen Einheitstextes immer wieder verzögert hatte. Dies sei auch der Grund dafür, dass mehrere Änderungsanträge zum ursprünglich eingebrachten Gesetzestext ausgearbeitet und nun vorgelegt wurden. Er betonte, dass es sich bei dem Gesetzentwurf um einen Einheitstext aller Landesbestimmungen im Bereich Abfallwirtschaft handelt; die einzelnen bisher gültigen Landesgesetze sollen damit abgeschafft werden.

Der Abgeordnete Pius Leitner erklärte sich grundsätzlich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einverstanden, da damit einige längst fällige Anpassungen und notwendige Begriffsbestimmungen erfolgen. Er betonte, dass ihm die Änderungsanträge zu kurzfristig übergeben worden sind. Schließlich kündigte er die Vorlage einer Reihe von Änderungsanträgen zur Berücksichtigung der Vorschläge des Rates der Gemeinden an, falls die vom Landesrat vorgelegten Änderungsanträge und Erläuterungen nicht geeignet sind, die Einwände des Rates der Gemeinden zu entkräften.

Landesrat Laimer bemerkte in diesem Zusammenhang, dass es eine Aussprache mit dem Rat der Gemeinden gegeben hat, in der die vom Rat der Gemeinden geforderten Änderungen zur Sprache gekommen sind und auch teilweise in die nun vorgelegten Änderungsanträge übernommen wurden. Er erinnerte daran, dass der von der Kommission verabschiedete Text nach der Sitzung wieder an den Rat der Gemeinden zur Überprüfung übermittelt wird.

Die Kommission genehmigte den Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 75/05 mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung. Die Kommission war mit den vom Rechtsamt des Landtages, nach Absprache mit den zuständigen Ämtern der Landesverwaltung von Amts wegen vorgeschlagenen sprachlichen und technischen Verbesserungen und Korrekturen, die im beiliegenden Gesetzestext unterstrichen sind, einverstanden.

Die einzelnen Artikel wurden mit folgendem Abstimmungsergebnis und mit den im beiliegenden Gesetzestext durch Unterstreichen hervorgehobenen Änderungen genehmigt:

Die Artikel 1 und 2 wurden jeweils einstimmig genehmigt.

Artikel 3: Die Kommission genehmigte den von Landesrat Laimer eingebrachten Ersetzungsantrag zum gesamten Artikel einstimmig.

Artikel 4: Der vom Landesrat eingebrachte Ersetzungsantrag zum gesamten Artikel, der einige Änderungen betreffend die Klassifizierung der Abfälle enthält, wurde von der Kommission einstimmig gutgeheißen.

Ebenso einstimmig genehmigt wurde der von Landesrat Laimer eingebrachte Ersetzungsantrag zum Artikel 5. Im neuen Artikel 5 sind die Zuständigkeiten der Landesregierung und jene der Landesumweltagentur im Bereich der Verwertung der Abfälle angeführt.

Artikel 6 wurde nach entsprechender Anfrage des Abgeordneten Leitner und nach Erläuterung durch Dr. Schwarz, dass dieser Punkt Gegenstand der Aussprache mit dem Rat der Gemeinden war, mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Der von Landesrat Laimer zu Artikel 7 eingebrachte Ersetzungsantrag wurde einstimmig genehmigt.

Artikel 8: Die Kommission befasste sich mit vier vom Abgeordneten Leitner unter Bezugnahme auf das Gutachten des Rates der Gemeinden eingebrachten Streichungsanträgen betreffend die Buchstaben c), d), g) und l) des Absatzes 1 und lehnte sie ab. Die Kommission genehmigte hingegen den von Landesrat Laimer eingebrachten Änderungsantrag zum Absatz 1 und insbesondere zum Buchstaben d) zwecks Streichung des zweiten Teils des Halbsatzes, zum Buchstaben g), zwecks Streichung des Verweises auf die Sammlung und den Transport von Hausmüll, der der Verwertung und Beseitigung zugeführt wird, sowie zwecks Einfügung eines neuen Buchstaben l). Der so geänderte Artikel, der die Aufgaben des Landes im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftung beinhaltet, wurde mit 2 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Artikel 9: Nach Genehmigung des von Landesrat Laimer eingebrachten Änderungsantrages zwecks Streichung des letzten Satzes im Absatz 1 genehmigte die Kommission den gesamten Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 10: Die Kommission genehmigte den Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 11: Die Kommission genehmigte den von Landesrat Laimer vorgelegten Streichungsantrag zum Buchstaben e) des Absatzes 1 und daraufhin den so geänderten Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme.

In der Folge genehmigte die Kommission den Artikel 12 einstimmig.

Artikel 13: Die Kommission lehnte einen vom Abgeordneten Leitner eingebrachten Änderungsantrag, der die Zustimmung der Gemeinden im Rahmen der Verabschiedung des Abfallwirtschaftsplanes und der entsprechenden Projekte von Landesinteresse vorsieht, ab. Landesrat Laimer verwies auf das Prinzip der doppelten Lesung bei allen Fachplänen und betonte, dass eine Zustimmung der Gemeinde zu weit gehe, da das Land, wenn es den Schutz der Umwelt betrifft, auch gegen den Willen der einzelnen Gemeinde entscheiden können muss. Der Artikel wurde mit 2 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Artikel 14: Die Kommission genehmigte den von Landesrat Laimer eingebrachten Änderungsantrag zwecks Hinzufügung eines Satzes in Absatz 3 Buchstabe b) und zwecks Streichung des Buchstaben c) im Absatz 3 und Streichung des Absatzes 4. Der so geänderte Artikel wurde sodann einstimmig genehmigt.

Die Kommission behandelte in der Folge den Ersetzungsantrag zu Artikel 15, der darauf abzielt, die Bezugnahme auf Artikel 27 aus Absatz 1 zu streichen, und genehmigte ihn einstimmig.

Daraufhin genehmigte die Kommission den Artikel 16 einstimmig.

Schließlich genehmigte die Kommission den Streichungsantrag zu Artikel 17 ebenfalls einstimmig.

Artikel 18: Nach Genehmigung des von Landesrat Laimer eingebrachten Änderungsantrages zwecks Ersetzung der Worte „mit Durchfüh-

rungsverordnung" im Absatz 1 mit den Worten „von der Landesregierung" genehmigte die Kommission den Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 19: Die Kommission behandelte den von Landesrat Laimer eingebrachten Ersetzungsantrag zum gesamten Artikel und genehmigte ihn einstimmig.

Artikel 20: Nach Genehmigung des von Landesrat Laimer eingebrachten Änderungsantrages zwecks Ersetzung im Absatz 1 und im Absatz 3 Buchstabe b) der Worte „mit Durchführungsverordnung" mit den Worten „von der Landesregierung", genehmigte die Kommission den Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 21: Die Kommission behandelte den Ersetzungsantrag zum gesamten Artikel und genehmigte ihn mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Die Artikel 22, 23 und 24 wurden sodann jeweils einstimmig genehmigt.

Artikel 25: Nach Genehmigung des Änderungsantrages zu Absatz 6 mit einer technischen Richtigstellung genehmigte die Kommission den Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung. Auf den Einwand des Abgeordneten Leitner hin, dass die Finanzgarantie seines Erachtens bereits vor der Inbetriebnahme der Anlage verlangt werden sollte, führten die zuständigen Beamten aus, dass dies in der Praxis schon so erfolge. Die Kommission beauftragte den Landesrat, bis zur Landtags-sitzung den Text der Bestimmung dahingehend zu ändern.

Artikel 26 wurde einstimmig genehmigt.

Artikel 27: Nach Ablehnung des zum gesamten Artikel vom Abgeordneten Leitner eingebrachten Streichungsantrages behandelte die Kommission den von Landesrat Laimer eingebrachten Ersetzungsantrag zum gesamten Artikel. Der Ersetzungsantrag wurde mit 2 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Artikel 28 wurde in der Folge einstimmig genehmigt.

Artikel 29: Nach kurzer Diskussion darüber, wie in Südtirol, im Unterschied zur staatlichen Regelung, Biomüll behandelt wird, genehmigte die Kommission den Artikel einstimmig.

Auch Artikel 30 wurde einstimmig genehmigt, nachdem die Kommission den von Landesrat Laimer vorgelegten Änderungsantrag zwecks Hinzufügung des Absatzes 2 gutgeheißen hatte.

Artikel 31: Die Kommission behandelte den zum gesamten Artikel von Landesrat Laimer vorgelegten Ersetzungsantrag und genehmigte ihn einstimmig.

Artikel 32: Die Kommission behandelte den zum gesamten Artikel von Landesrat Laimer vorgelegten Ersetzungsantrag betreffend die Abkommen für Sektorenpläne und genehmigte diesen, nach Ablehnung eines dazu vom Abg. Leitner vorgelegten Änderungsantrages, mit 2 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme.

Artikel 33 wurde in der Folge einstimmig genehmigt.

Artikel 34: Nach Genehmigung des von Landesrat Laimer vorgelegten Streichungsantrages zum letzten Satz von Absatz 4 genehmigte die Kommission den Artikel einstimmig.

Artikel 35: Die Kommission behandelte den vom Abgeordneten Leitner zum Artikel eingebrachten Änderungsantrag, der darauf abzielt, grundsätzlich auch die Möglichkeit vorzusehen, dass der Umweltbei-

trag für Abfallbehandlungsanlagen auch zu Gunsten von angrenzenden Gemeinden entrichtet werden kann, denen durch die Anlagen Benachteiligungen entstehen. Der Vorschlag wurde von der Kommission gutgeheißen und der so geänderte Artikel einstimmig genehmigt.

Artikel 36: Nach Ablehnung eines vom Abgeordneten Leitner eingebrachten Änderungsantrages zu Absatz 2 genehmigte die Kommission den Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Die Artikel 37 und 38 wurden sodann jeweils einstimmig genehmigt.

Artikel 39: Nach Genehmigung des von Landesrat Laimer vorgelegten Änderungsantrages zwecks Hinzufügung eines Absatzes 2 mit einer allgemeinen Vorgabe im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen, genehmigte die Kommission den Artikel einstimmig.

Artikel 40: Die Kommission genehmigte in der Folge einstimmig den von Landesrat Laimer zum gesamten Artikel eingebrachten Ersetzungsantrag.

Artikel 41: Die Kommission genehmigte auch den von Landesrat Laimer zum gesamten Artikel eingebrachten Ersetzungsantrag einstimmig, nachdem der Einbringer kurz erläutert hatte, dass im neuen Absatz 6 auf die Projekte jener Flächen verwiesen ist, die bereits Gegenstand früherer Landesbestimmungen waren.

Artikel 42: Nach Genehmigung des von Landesrat Laimer eingebrachten Änderungsantrages zwecks Ersetzung der Worte „von der Durchführungsverordnung vorgesehenen“ im Absatz 1 mit den Worten „von der Landesregierung festgelegten“ genehmigte die Kommission den Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 43 wurde mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 44: Die Kommission genehmigte den von Landesrat Laimer zum gesamten Artikel eingebrachten Ersetzungsantrag mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung. Der Landesrat führte dazu aus, dass mit diesem Ersetzungsantrag die Sanktionen für kleinere Vergehen oder Formfehler reduziert und jene für schwerwiegende Übertretungen erhöht werden sollen.

Artikel 45 wurde einstimmig genehmigt.

Auch der von Landesrat Laimer zum gesamten Artikel 46 eingebrachte Ersetzungsantrag mit den Übergangsbestimmungen wurde von der Kommission mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Schließlich genehmigte die Kommission den vom Abgeordneten Leitner eingebrachten Streichungsantrag zum Artikel 47 einstimmig; diese Regelung soll nun voraussichtlich in das neue Landesraumordnungsgesetz eingebaut werden.

Im Rahmen seiner Stimmabgabeerklärung betonte der Abgeordnete Leitner, dass er die Notwendigkeit des vorgelegten Landesgesetzentwurfes durchaus sehe, aber bei einigen Artikeln Bedenken habe. Er kündigte seine Stimmenthaltung an.

In der Schlussabstimmung wurde der Gesetzentwurf Nr. 75/05 in seiner Gesamtheit mit 3 Ja-Stimmen (der Vorsitzenden und der Abgeordneten Sepl Lamprecht und Hermann Thaler) bei 1 Enthaltung (des Abgeordneten Pius Leitner) genehmigt.

I lavori in commissione

La II commissione legislativa ha nuovamente esaminato il disegno di legge provinciale n. 75/05 nella sua seduta del 2 marzo 2006. Il Consiglio ai sensi dell'art. 43, comma 3 del regolamento interno nella seduta dell'11 gennaio 2006 aveva deliberato di rinviare il disegno di legge alla commissione legislativa competente, fissando un nuovo termine di 90 giorni per l'esame del disegno di legge. Ai lavori della commissione hanno anche preso parte l'assessore all'urbanistica, ambiente ed energia dott. Michl Laimer, il direttore dell'ufficio amministrativo dell'ambiente dott. Helmuth Schwarz, il direttore dell'ufficio gestione rifiuti dott. Giulio Angelucci e il funzionario dell'ufficio gestioni rifiuti Ivo Puntscher.

Dopo la lettura del parere del Consiglio dei Comuni da parte della presidente della commissione legislativa, l'assessore Laimer, nel corso del suo intervento per illustrare il disegno di legge, ha ricordato che l'esame del disegno di legge, rinviato dal Consiglio alla commissione legislativa competente, è stato ripetutamente rimandato in attesa del varo definito del testo unico dello Stato. Questo è anche il motivo per cui sono stati predisposti e ora presentati diversi emendamenti al testo di legge originariamente presentato. L'assessore ha sottolineato che si tratta di un testo unico di tutte le norme provinciali in materia di gestione dei rifiuti; con esso le singole leggi provinciali sinora in vigore dovrebbero essere abrogate.

Il consigliere Pius Leitner si è dichiarato sostanzialmente favorevole al presente disegno di legge, visto che con esso si introducono adeguamenti che da tempo andavano fatti nonché definizioni necessarie. Il consigliere ha però anche voluto rimarcare che gli emendamenti gli sono stati consegnati troppo poco tempo prima e ha infine annunciato la presentazione di una serie di emendamenti che terranno conto delle proposte del Consiglio dei Comuni, qualora gli emendamenti presentati dall'assessore e le sue spiegazioni non dovessero bastare a risolvere le obiezioni mosse da detto Consiglio.

A tale riguardo l'assessore Laimer ha osservato che c'è stato un incontro con il Consiglio dei Comuni, nel corso del quale si è anche discusso delle modifiche da esso richieste. Tali modifiche sono anche in parte state accolte e introdotte negli emendamenti ora presentati. L'assessore ha poi anche ricordato che il testo approvato dalla commissione legislativa verrà poi trasmesso al Consiglio dei Comuni per una ulteriore verifica.

La commissione ha approvato il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 75/05 con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

La commissione ha accettato le correzioni di natura linguistica e tecnica - evidenziate con sottolineatura nel testo di legge qui allegato - proposte d'ufficio dall'ufficio legale del Consiglio provinciale d'intesa con gli uffici competenti dell'amministrazione provinciale.

I singoli articoli sono stati approvati con il seguente esito di votazione e con le modifiche evidenziate mediante sottolineatura nel testo di legge qui allegato.

Gli articoli 1 e 2 sono entrambi stati approvati all'unanimità.

Articolo 3: la commissione ha approvato all'unanimità l'emendamento

sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, presentato dall'assessore Laimer.

Articolo 4: l'emendamento sostitutivo dell'articolo nel suo complesso e contenente cambiamenti nella classificazione dei rifiuti è stato approvato all'unanimità.

Sempre all'unanimità è stato pure approvato l'emendamento sostitutivo dell'articolo 5, presentato dall'assessore Laimer. Il nuovo articolo 5 definisce le competenze della Giunta provinciale e dell'Agenzia provinciale per l'ambiente in materia di recupero dei rifiuti.

Dopo l'illustrazione del dott. Schwarz, effettuata su richiesta del consigliere Leitner, e le sue assicurazioni che questo punto era stato discusso con il Consiglio del Comuni, l'articolo 6 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

L'emendamento sostitutivo dell'articolo 7, presentato dall'assessore Laimer, è stato approvato all'unanimità.

Articolo 8: la commissione ha esaminato quattro emendamenti soppressivi, presentati dal consigliere Leitner con riferimento al parere del Consiglio del Comuni e concernenti le lettere c), d), g) e l) del comma 1. La commissione ha respinto tutti e quattro gli emendamenti e ha invece approvato l'emendamento presentato dall'assessore Laimer al comma 1 e più precisamente alla lettera d), tendente a sopprimere la seconda parte del periodo, e alla lettera g), tendente a sopprimere il riferimento alla raccolta e trasporto dei rifiuti urbani avviati a recupero e smaltimento nonché tendente all'inserimento di una nuova lettera l). L'articolo così emendato, concernente le competenze della Provincia in materia di gestione dei rifiuti, è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 voto contrario.

Articolo 9: dopo l'approvazione dell'emendamento, presentato dall'assessore Laimer, tendente alla soppressione dell'ultimo periodo del comma 1, la commissione ha approvato l'articolo nel suo complesso con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 10: la commissione ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 11: la commissione ha approvato l'emendamento soppressivo della lettera e) del comma 1, presentato dall'assessore Laimer, e di seguito l'articolo così emendato con 2 voti favorevoli e 1 voto contrario.

La commissione ha poi approvato all'unanimità l'articolo 12.

Articolo 13: la commissione ha respinto l'emendamento presentato dal consigliere Leitner che prevedeva il consenso dei comuni nel varo del piano gestione rifiuti e dei relativi progetti di interesse provinciale. L'assessore Laimer ha ricordato che tutti i piani di settore sono soggetti a una doppia lettura, sottolineando che prevedere il consenso dei comuni sarebbe troppo, visto che quando si tratta di tutelare l'ambiente la Provincia deve poter decidere anche contro il volere dei singoli comuni. L'articolo è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 voto contrario.

Articolo 14: la commissione ha approvato l'emendamento presentato dall'assessore Laimer, tendente all'aggiunta di un periodo nel comma 3, lettera b) nonché alla soppressione della lettera c) nel comma 3 così come del comma 4. L'articolo così emendato è stato approvato all'unanimità.

La commissione ha poi esaminato l'emendamento sostitutivo dell'articolo 15, tendente a cancellare nel comma 1 il riferimento all'articolo 27, approvandolo all'unanimità.

La commissione ha poi approvato all'unanimità l'articolo 16.

Infine la commissione ha pure approvato l'emendamento soppressivo dell'articolo 17, sempre all'unanimità.

Articolo 18: dopo l'approvazione dell'emendamento presentato dall'assessore Laimer, tendente a sostituire nel comma 1 le parole "con regolamento di esecuzione" con le parole "dalla Giunta provinciale", la commissione ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 19: la commissione ha esaminato l'emendamento sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, presentato dall'assessore Laimer, per approvarlo all'unanimità.

Articolo 20: dopo l'approvazione dell'emendamento presentato dall'assessore Laimer, tendente a sostituire al comma 1 così come al comma 3, lettera b) le parole "con regolamento di esecuzione" con le parole "dalla Giunta provinciale", la commissione ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 21: la commissione ha esaminato l'emendamento sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, approvandolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Gli articoli 22, 23 e 24 tutti stati approvati all'unanimità.

Articolo 25: dopo l'approvazione di un emendamento al comma 6, contenente una rettifica di natura tecnica, la commissione ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione. Rispondendo all'obiezione mossa dal consigliere Leitner che le garanzie finanziarie andrebbero chieste già prima della messa in funzione dell'impianto i funzionari competenti hanno affermato che in pratica già si fa così. La commissione ha quindi incaricato l'assessore di modificare in tal senso il testo della norma prima della discussione in aula del disegno di legge.

L'articolo 26 è stato approvato all'unanimità.

Articolo 27: dopo aver respinto l'emendamento soppressivo dell'articolo nel suo complesso, presentato dal consigliere Leitner, la commissione ha esaminato l'emendamento sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, presentato dall'assessore Laimer. L'emendamento sostitutivo è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 voto contrario.

L'articolo 28 è poi stato approvato all'unanimità.

Articolo 29: dopo un breve scambio di opinioni su come in Alto Adige vengano trattati i rifiuti organici, a differenza di quanto prevede il regolamento statale, la commissione ha approvato l'articolo all'unanimità.

Anche l'articolo 30 è stato approvato all'unanimità, dopo che la commissione aveva approvato l'emendamento dell'assessore Laimer, tendente all'aggiunta di un comma 2.

Articolo 31: la commissione ha esaminato l'emendamento sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, presentato dall'assessore Laimer, e l'ha approvato all'unanimità.

Articolo 32: la commissione ha esaminato l'emendamento dell'assessore Laimer, sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, concernente gli accordi di programma, e l'ha approvato con 2 voti favorevoli e 1 vo-

to contrario, dopo aver respinto un subemendamento del consigliere Leitner.

L'articolo 33 è stato approvato all'unanimità.

Articolo 34: dopo l'approvazione dell'emendamento, presentato dall'assessore Laimer, soppressivo dell'ultimo periodo del comma 4, la commissione ha approvato all'unanimità l'articolo nel suo complesso.

Articolo 35: la commissione ha esaminato l'emendamento presentato dal consigliere Leitner, tendente a introdurre la possibilità di assegnare il contributo ambientale anche a favore dei comuni limitrofi che subiscono l'impatto degli impianti trattamento rifiuti. La proposta è stata approvata e l'articolo così emendato è stato approvato all'unanimità.

Articolo 36: dopo aver respinto l'emendamento presentato dal consigliere Leitner al comma 2, la commissione ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Gli articoli 37 e 38 sono stati entrambi approvati all'unanimità.

Articolo 39: dopo l'approvazione dell'emendamento presentato dall'assessore Laimer, tendente all'aggiunta di un comma 2 con una direttiva generale riguardo alle attività di bonifica, la commissione ha approvato all'unanimità l'articolo nel suo complesso.

Articolo 40: la commissione ha poi approvato all'unanimità l'emendamento sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, presentato dall'assessore Laimer.

Articolo 41: la commissione ha approvato all'unanimità anche l'emendamento presentato dall'assessore Laimer, sostitutivo di questo articolo nel suo complesso, dopo che il presentatore aveva brevemente spiegato che i progetti di cui si parla nel nuovo comma 6 sono i progetti relativi ai siti già oggetto di norme provinciali precedenti.

Articolo 42: dopo l'approvazione dell'emendamento al comma 1, presentato dall'assessore Laimer, tendente a sostituire le parole "previsti dal regolamento di esecuzione" con le parole "stabiliti dalla Giunta provinciale", la commissione ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

L'articolo 43 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 44: la commissione ha approvato l'emendamento presentato dall'assessore Laimer, sostitutivo dell'articolo nel suo complesso, con 2 voti favorevoli e 1 astensione. In merito l'assessore ha spiegato che con questo emendamento sostitutivo s'intende ridurre le sanzioni per infrazioni meno gravi o errori formali e inasprire quelle per violazioni gravi.

L'articolo 45 è stato approvato all'unanimità.

Anche l'emendamento presentato dall'assessore Laimer, sostitutivo dell'articolo 46 nel suo complesso e contenente disposizioni transitorie è stato approvato dalla commissione con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

La commissione ha infine approvato l'emendamento soppressivo dell'articolo 47, presentato dal consigliere Leitner. Tale articolo verrà presumibilmente inserito nella nuova legge urbanistica provinciale.

Intervenendo per dichiarazione di voto il consigliere Leitner ha rimarcato che riconosce senz'altro l'utilità del disegno di legge provinciale presentato; pur tuttavia nutre delle perplessità riguardo ad alcuni articoli. Egli ha pertanto annunciato la sua astensione.

Nella votazione finale il disegno di legge n. 75/05 nel suo complesso è stato approvato con 3 voti favorevoli (della presidente della commissione e dei consiglieri Sepp Lamprecht e Hermann Thaler) e 1 astensione (del consigliere Pius Leitner).

PRÄSIDENTIN: Wir beginnen nun mit der Generaldebatte. Abgeordneter Leitner, bitte!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin. Wie aus dem Kommissionsberichtes hervorgeht, habe ich bereits während der Kommissionssitzung einige Anmerkungen und Änderungsanträge gemacht, vor allem was die Vorschläge des Rates der Gemeinden anbelangt. In der Kommission wurde mir versichert, dass es mit dem Rat der Gemeinden noch ein Gespräch geben werde. Ich möchte jetzt natürlich wissen, welche Ergebnisse diese Gespräche gebracht haben bzw. was die Landesregierung anzunehmen gedenkt, nachdem nur wenige Abänderungsanträge seitens der Landesregierung vorliegen. Natürlich wird man bei der Artikeldebatte genau prüfen, was angenommen worden ist und was nicht.

Ich wiederhole meinen Standpunkt. Grundsätzlich bin ich natürlich damit einverstanden, dass dieses Gesetz gemacht wird, dass es ein organisches Gesetz ist, dass Bestimmungen so gefasst werden, dass sie auch zeitgerecht sind - wie der Landesrat selbst gesagt hat, mussten wir auf diesen Gesetzentwurf sehr lange warten, weil auch der staatliche Einheitstext lange nicht gekommen ist - und dass wir jetzt endlich, nachdem er einmal bereits vom Landtag an die Gesetzgebungskommission zurückverwiesen wurde, mit den Arbeiten hier zügig fortfahren. Jetzt ist dieser Gesetzentwurf endlich hier im Landtag angekommen und steht nun zur Behandlung an, und ich denke, dass man diesem Vorschlag grundsätzlich zustimmen kann.

Es gibt natürlich einige Dinge, die man hinterfragen muss, beispielsweise bei Artikel 25, wo es um die Hinterlegung der Finanzgarantie geht. Bereits in der Kommission hatte ich angeregt, dass man die Finanzgarantie vor Inbetriebnahme der Anlage vorlegen soll, woraufhin mir versichert wurde, diesen Aspekt zu überprüfen. Eine Finanzgarantie erst zu verlangen, nachdem ein Betrieb bereits 90 Tage funktioniert, scheint mir einfach nicht logisch.

Bei Artikel 35, wo es um den Umweltbeitrag für Standortgemeinden von Abfallbehandlungsanlagen geht, hat die Kommission einen von mir eingebrachten Antrag angenommen, der beinhaltet, dass man auch jene Gemeinden berücksichtigt, denen durch diese Anlagen Benachteiligungen entstehen. Das ist sicherlich begrüßenswert.

Wir haben eine Tagesordnung eingebracht, mit der ich die ganze Thematik dann noch einmal auf den Punkt bringen werde, nämlich alles, was wir beim Landesplan auszusetzen haben und was man verbessern könnte. Zu diesem Gesetzentwurf werden wir dann anlässlich der Behandlung der einzelnen Artikel Stellung nehmen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

Questa è una legge molto tecnica ma di grande importanza, che regola un settore fondamentale della vita economica, sociale e civile del nostro territorio, i rifiuti. Ho notato, assessore, che siamo l'unico gruppo ad aver presentato degli emendamenti, oltre ai Suoi di correzione di alcune cose. Questo lo voglio prendere, da parte nostra, come un attestato di serietà della discussione, del confronto, come un tentativo anche di dare un contributo positivo. Ogni emendamento è pensato non per ostacolare la discussione ma per cercare di migliorare il nostro risultato, ed è pensato a partire da un giudizio positivo sulla legge. Noi crediamo che la Provincia di Bolzano, con il complesso della politica di gestione dei rifiuti che ha dal punto di vista normativo, sia una provincia che prende seriamente in considerazione una politica che sia anche corretta rispetto al problema dei rifiuti. Riteniamo che spesso altri siano i soggetti, ad esempio alcuni comuni, che tirano indietro su questa politica, e anche soggetti privati. Quindi nel complesso diamo un giudizio positivo sulla legge, anche se pensiamo che esistano alcuni problemi e ci sforziamo di individuare delle possibilità di miglioramento.

La legge recepisce alcune nuove normative che sono emerse sia a livello europeo che nazionale, e su quest'ultima normativa comincio a porre un problema. La legge recepisce il nuovo quadro legislativo configurato a livello nazionale dai cosiddetti decreti sull'ambiente del governo Berlusconi. Sono decreti che ritengo molto negativi, e sto usando un eufemismo cercando di adattare quello che penso al rispetto che si deve all'aula. Sono decreti che smantellano gran parte della normativa di protezione ambientale che in Italia notoriamente non è all'avanguardia, sono decreti che vanificano la valutazione di impatto ambientale, che sotto il nome di "sottoprodotto" o di "materia prima secondaria" riciclano nel circuito normale economico e sociale del nostro Paese degli oggetti, dei materiali che in realtà sono rifiuti di una certa pericolosità. Sono decreti che con la scusa di abbattere la democrazia e di arrivare a degli accordi di programma con i soggetti privati, in realtà prevedono la possibilità di uscire anche dal quadro della legge, e sono decreti che sul tema delle bonifiche dei terreni inquinati introducono delle pericolosissime scappatoie e degli allentamenti dei controlli.

Uno degli elementi che meritano la nostra considerazione positiva in questa legge è che l'assessorato e i tecnici della Provincia hanno cercato di misurarsi con queste negativissime novità a livello nazionale con una linea, in gran parte riuscita, di riduzione del danno. Voi cercate di adeguare la normativa provinciale cercando di diminuire il danno, altrimenti entra in vigore la normativa nazionale. Recepite questo concetto del sottoprodotto, cercando però di aggirarlo e contenerlo entro un controllo e delle condizioni che riescono a fare in modo che attraverso la dizione di "sottoprodotto" non ci sia un riciclaggio sull'economia normale di veri e propri rifiuti. Trattate la questione degli accordi di programma con i privati in modo tale che non ci siano delle facilitazioni puramente amministrative ma che gli accordi di programma non escano dalla normativa sul trattamento dei rifiuti, e sulla questione dei terreni di bonifica rimandate a regolamenti di attuazione che spero mettano quei paletti che già nella

normativa provinciale ci sono. Il tentativo di difendersi da questa situazione che si è creata a livello nazionale e di ridurre il danno nel recepimento di questi punti negativi della normativa nazionale va apprezzato. Il problema che pongo e su cui sarei curioso di sapere gli impegni che l'assessore e la Giunta prendono, è nel programma del nuovo governo Prodi, l'impegno di abolire questi decreti sull'ambiente del precedente governo Berlusconi. Spero che siamo d'accordo almeno su questi tre punti - sottoprodotti, accordi di programma e bonifiche dei beni inquinanti. Quando questi decreti, che oggi ci impongono in qualche modo una recezione con diminuzione del danno, saranno abrogati dal governo Prodi - e io ho fiducia che lo saranno - mi aspetto che questi punti vengano totalmente cancellati dalla normativa provinciale che oggi li recepisce in parte solo perché costretta, ma sono elementi che se a livello nazionale il quadro cambia possono essere eliminati dalla nostra normativa. Questo è il primo problema, che cosa succede il giorno in cui il nuovo governo Prodi dovesse abrogare quelle normative che oggi noi in parte molto piccola recepiamo, perché siamo costretti a farlo?

La legge riunifica una serie di punti, cerca strade per difendere efficacemente l'ambiente e trattare i rifiuti riducendo però la pratica burocratica - questo è anche un contributo alla riduzione dei rifiuti cartacei - su questo siamo d'accordo. Non ha senso massacrare il privato o il singolo cittadino con una serie di pratiche da riempire per avere un'efficace difesa dell'ambiente, anzi una semplificazione delle norme. Poche e chiare norme da rispettare sono più accattivanti per il cittadino e più facili per l'amministrazione da gestire.

I problemi che ho individuato in questa legge sono di tre ordini. Il primo è quello delle verifiche dei tempi. Ci sono una serie di procedure, poi lo vedremo quando arriveremo alla discussione articolata, che vengono semplificate o abbreviate. La semplificazione per la gestione degli impianti di smaltimenti dei rifiuti dura di più di quanto durava prima, certi passaggi vengono saltati, se succede qualcosa di irregolare in questi impianti si dà un certo tempo perché vengano rimessi in ordine prima di intervenire con il blocco. Su alcune cose credo che bisogna mantenere un certo rigore, perché si tratta di manipolazione di sostanze inquinanti, di materiali che devono essere tenuti sotto controllo, a rischio di gravi pericoli per la salute e l'ambiente.

Le discussioni che a Bolzano sono venute fuori ad esempio a proposito del campo nomadi, che è sito vicino ad un territorio di discarica, sul rischio che inquinanti della discarica o addirittura dei fumi dell'inceneritore possano provocare delle malattie in questo campo nomadi, il fatto che 8 bambini su 9 nascano malformati in questo campo, è l'elemento oggettivo su cui confrontarsi. Le analisi possono dire tutto, ma se c'è questa incidenza sulla salute umana, qualche problema ce lo dobbiamo porre. Tutti questi fatti dimostrano che pur in presenza di controlli, verifiche e anche di messa in sicurezza, su questo terreno bisogna camminare con grande attenzione e circospezione. Il primo problema è questo: quando l'alleggerimento burocratico è davvero l'eliminare carta, siamo d'accordo, quando però l'alleggerimento burocratico in un ciclo come

quello dei rifiuti rischia di allentare troppo i controlli e le verifiche, dobbiamo pensarci dieci volte prima di allentare queste verifiche.

Il secondo problema che abbiamo trovato nella legge, e non solo noi, ma anche il consorzio dei comuni, è riferito alla questione delle prerogative delle competenze dei comuni. Sappiamo che i comuni hanno moltissime competenze nel campo dei rifiuti, e credo che vadano rispettate, non solo per quanto riguarda i doveri che i comuni hanno, a cui devono essere spinti a rispettarli. Non vedrei di buon occhio ulteriori deroghe ad esempio per quei comuni che ancora non applicano la tariffa almeno, come prevista, a percentuale di rifiuto prodotto. Non vedrei di buon occhio delle deroghe ai comuni rispetto agli obiettivi da raggiungere per quanto riguarda la raccolta differenziata. Quindi i comuni devono giustamente essere chiamati a rispettare i loro doveri, e per essere chiaro penso che soprattutto il comune di Bolzano deve essere chiamato alla sua responsabilità, perché si possono avere dubbi, come noi e molti amministratori anche a Bolzano hanno, sull'inceneritore, però non fare niente o troppo poco sulla raccolta differenziata, come il comune di Bolzano fa, non va bene. Però vanno riconosciuti ai comuni i poteri che loro hanno, e comunque vanno condivisi con gli stessi una serie di procedure, per esempio l'approvazione di queste strutture di trattamento dei rifiuti, perché è vero che la questione della localizzazione di un impianto di riciclaggio, di incenerimento, corrisponde "ad un interesse generale provinciale", ma è vero anche che contro i comuni, o saltandoli o sulla loro testa, non si va molto avanti.

In terzo problema è quello di cosa significa una corretta politica dei rifiuti. La Provincia di Bolzano è sulla buona strada, ma noi potremmo osare di più. Ci consideriamo una delle province più ecologiche, vedi "casa clima" ecc. d'Italia, giustamente. Credo che nella tradizione della nostra popolazione la questione per esempio del riuso, del riciclaggio, del compostaggio sia una tradizione molto profonda e radicata anche per il legame con la civiltà contadina e con l'ambiente naturale. Credo quindi che dovremmo non solo limitarci a fare i "compiti a casa" che ci aspettano, ma diventare su questo tema una provincia pilota a livello nazionale ed europeo. Qui invece qualche delusione ce l'ho. La questione è a cavallo fra questa legge e il piano provinciale di gestione dei rifiuti di cui la Provincia di Bolzano è arrivata al secondo aggiornamento, mentre la Provincia di Trento è arrivata al terzo. Lei avrà letto certamente, perché sono sicuro che le due Province collaborano su questo tema, che la Provincia di Trento recentemente, il 26 aprile, ha approvato attraverso una delibera di Giunta il terzo aggiornamento del piano rifiuti. Mentre nel secondo aggiornamento era previsto il 50% della raccolta differenziata, nel terzo aggiornamento questo obiettivo è stato aumentato al 65%, nel secondo aggiornamento la dimensione dell'inceneritore era stata definita a 240 mila tonnellate l'anno, nel terzo aggiornamento sono arrivati a ridurlo a 103 mila tonnellate l'anno. Teniamo conto che la prima ipotesi era 330 mila tonnellate l'anno. Siamo passati a 103 mila tonnellate e a un aumento al 65% degli obiettivi sulla raccolta differenziata. Che cosa è successo a Bolzano? Passando dal primo al secondo aggiornamento del piano rifiuti, la previsione di raccolta differenziata è stata ridotta dal

60% al 40%. Avete fatto l'opposto del progetto trentino che ha portato dal 50% al 65% la raccolta differenziata. Rispetto ad una richiesta del comune di Bolzano di tarare a 120 mila tonnellate annue l'inceneritore, l'avete mantenuto a 130 mila tonnellate l'anno. Poi su queste tonnellate ci torno, perché è collegato alla raccolta differenziata.

Assessore, voglio pensare che la riduzione dal 60% al 40% l'abbia decisa "ob torto collo", sono consapevole da dove è venuta la pressione per ridurre gli obiettivi della raccolta differenziata. Ho letto i documenti che sono stati redatti dal Comune di Bolzano e da quello di Merano, e ho visto qual era la richiesta, la lamentela sul fatto che non si riuscivano a raggiungere questi obiettivi che la Provincia aveva imposto. Ho letto però anche, quando la Provincia ha ridotto dal 60% al 40% la raccolta differenziata, le prese di posizione del comune di Brunico che invece ha fatto presente alla Provincia che loro già si muovevano sull'obiettivo del 60% e che ridurre la raccolta differenziata in questo modo premiava i pigri e frustrava gli zelanti, quelli che avevano fatto il loro dovere. Su questo bisogna fare un ripensamento. Se Trento si è mossa molto più tardi di noi, grazie anche ad un dibattito animato dalle associazioni ambientaliste per la protesta per il nuovo inceneritore - ricordiamo che Trento non ha un inceneritore e noi l'abbiamo già, lì l'impatto dell'idea che si costruisca un inceneritore è più forte che da noi - se Trento si pone questi obiettivi così ambiziosi in così breve termine, credo che la Provincia di Bolzano, che è geograficamente, dal punto di vista dell'insediamento, molto simile alla provincia di Trento, potrebbe porsi gli stessi, se non più ambiziosi obiettivi.

La prima questione è quella della normativa Essa riguarda l'aggiornamento del piano rifiuti e spero che anche voi stiate lavorando già ad un terzo aggiornamento del piano rifiuti dove è pensabile individuare degli obiettivi più ambiziosi rispetto al secondo, la necessità appunto di rivedere gli obiettivi del piano rifiuti. Il secondo punto è la questione della tariffa. Ho letto molte volte, sia in italiano che in tedesco, dove è scritto meglio - credo perché la traduzione sia complessa - l'articolo sulla tariffa. Sulla questione dei rifiuti, la tariffa è uno strumento strategico, perché passare dall'idea che comunque uno si comporti paga la stessa cosa del vicino, quindi che due vicini, uno virtuoso e uno no, pagano la stessa cosa perché magari hanno lo stesso numero di persone in casa e gli stessi metri quadrati di appartamento, passare dalla tassa sui rifiuti uguale per tutti ad una tariffa commisurata alla produzione dei rifiuti, è la questione strategica, è uno degli elementi, insieme alle campagne di informazione, in tutte le esperienze italiane di successo. Questi sono stati i due strumenti: una tariffa differenziata, commisurata alla produzione rifiuti, ed efficaci campagne di informazione. Ma una campagna di informazione si fa a partire da norme chiare, mentre questo articolo di legge sulla tariffa non è chiaro. Ho provato ad informarmi presso i comuni su come loro hanno proceduto. Oggi c'è una parte che si basa su elementi fissi a priori rispetto alla produzione di rifiuto, e poi c'è una parte variabile. Però, a parte il comune di Bolzano che ancora non ha adottato un sistema di tariffa e forse spera in qualche ambiguità per cercare di chiedere un ulteriore slittamento, io mi sono fatto fare il conto per

esempio in un comune come Merano, di applicazione di questa norma. Una famiglia tipo composta da tre persone, con un cassonetto di 120 litri svuotato 16 volte l'anno, cioè una famiglia media con svuotamenti medi ecc. con l'applicazione della norma va a pagare 218,58 euro, di cui la parte che dipende dalla quantità di rifiuti, quindi la parte incentivante e disincentivante, sono 11,59 euro, cioè il 5,3%. L'emendamento che abbiamo cercato di formulare sarà pieno di lacune, però bisogna dare il chiaro indirizzo ai comuni che questa tariffa va applicata, che deve essere premiante per chi è virtuoso e penalizzante per chi non lo è. Nei comuni che interpretano la norma provinciale al meglio - per esempio nella Bassa Atesina molti comuni la interpretano con 2/3 e 1/3, i 2/3 sono una tassa uguale per tutti e su 1/3 si gioca la parte variabile. Noi dobbiamo concepire una norma che dia la chiara indicazione che la tariffa è collegata alla quantità di rifiuti prodotta. Anche l'indennizzo sugli impianti e sugli ammortamenti deve essere collegata alla quantità, perché si può dire che io che produco molti rifiuti pago di più anche l'indennizzo sull'investimento del costo degli impianti, perché faccio bruciare parecchi sacchetti della spazzatura, l'impianto lo uso molto di più del mio vicino che magari non produce sacchetti di spazzatura. Quindi anche il contributo al costo del servizio e degli impianti deve essere paragonato a quanto io uso quel servizio e quegli impianti, con l'obiettivo di arrivare a rovesciare questo rapporto. Bisogna cercare di ottenere che 2/3 siano variabili, cioè che su 100, il 66% sia quanto quella famiglia produce di rifiuti e solo 1/3 sia fisso, e concepire la quota fissa, come giustamente la legge prevede, dicendo che si dà un tot fisso di produzione dei rifiuti, altrimenti c'è lo smaltimento selvaggio, i sacchetti buttati nei fossi o lasciati per strada. La questione della tariffa è quindi fondamentale. Mi piacerebbe una soluzione più chiara di questo articolo e che questo articolo affermi il senso che la tendenza fondamentale è che uno paga per quanti rifiuti produce. Questo è il problema fondamentale, perché se non c'è questo credo che la cosa sia fallimentare.

C'è poi la questione della tariffa, che è l'articolo 34, e la raccolta differenziata. Sono questioni strategiche per il dimensionamento dell'inceneritore. Anche qui ho fatto un piccolo studio e ho capito meglio - noi non siamo nella struttura amministrativa, quindi dobbiamo studiare per arrivarci - come funziona l'inceneritore. Ho capito che quando diciamo 130 mila tonnellate, prendiamo un'unità di misura che non è così valida, certa. Dovremmo dire 3.100 kilocalorie. Cioè l'inceneritore non può essere caricato, a livello di temperatura, da superare le 3.100 kilocalorie. Questo significa che meno i rifiuti sono combustibili, meno raccolta differenziata c'è, e più posso caricare l'inceneritore, perché l'umido mi tiene bassa la temperatura. Non è detto che io carichi l'inceneritore per 130 mila tonnellate all'anno, posso anche andare oltre, basta che il forno non superi le 3.100 kilocalorie. Si vede quindi come il dimensionamento dell'inceneritore, la quantità di rifiuti bruciati e quindi la quantità di emissioni, che vuol dire pericolo per l'ambiente, oltre ad una corretta politica dei rifiuti, che consideri i rifiuti come risorse da riutilizzare e non da buttare e impestare il pianeta con i nostri sacchetti, quindi una corretta gestione dell'inceneritore dipenda dal rifiuto che arriva, per-

ché se mi arriva un rifiuto molto secco, senza umido, l'inceneritore più che con 70, 80, 90 mila tonnellate l'anno non lo posso caricare. Se per assurdo fosse infine tutta plastica, dovrei tener basso il carico dell'inceneritore, perché non dovrei scaldare il forno oltre un certo limite. Quindi la questione della raccolta differenziata spinta dalla tariffa e la questione della riduzione massima dell'attività dell'inceneritore sono tutte questioni collegate.

Mi lasci dire qualcosa sull'inceneritore. Ogni volta che mi rioccupo della questione, trovo motivi ulteriori che ci porterebbero a fare a meno di questo impianto, cioè a pensare ad una strategia d'uscita dall'inceneritore. So che su questo non siamo d'accordo, forse non in linea di principio ma nella praticabilità. Io penso che noi potremmo adottare una linea d'uscita dall'incenerimento, quindi fondata sul riuso, sul riciclaggio, sulla prevenzione e semmai su sistemi di trattamento del residuo che resta, ma dovrebbe essere naturalmente molto meno di quello di oggi, perché il metodo dell'incenerimento, più studio questo problema, naturalmente non da tecnico, più che leggo rapporti, relazioni, documentazioni anche di prestigiosi istituti internazionali, più credo che oltre ad essere il metodo dell'incenerimento una tecnologia che non è più valida in un tempo ragionevole e visibile, è anche pericoloso sotto tutti i punti di vista. Si dice che si recupera energia. Ma l'energia che si recupera ci costa! Lo studio dell'università degli studi Bocconi del 2005 dice che un megawatt prodotto dall'incenerimento costa 228 euro, l'idroelettrico costa 66 euro, l'eolico 63 euro, le biomasse 121 euro. Quindi non è vero che questa energia sia così economica, non è vero che la produzione dei costi di energia di questo inceneritore sia così conveniente. Neanche il recupero della quantità di energia. Quanto si recupera con l'incenerimento? Lo studio dell'università Bocconi dice che con l'incenerimento, rispetto ad un calcolo complessivo, si recupera il 7,1 di energia, con il riciclaggio 85%. Non è che il 7,1% di recupero di energia rispetto all'energia contenuta nel rifiuto sia un granché. Se si contabilizzano poi tutti i costi, il costo risulta quasi il doppio di un'efficace raccolta differenziata. Allora che anche l'energia prodotta dagli inceneritori sia conveniente, si legge solo sui certificati verdi, dagli incentivi che vengono dalla legge. Ma teniamo conto che a livello europeo i nostri certificati verdi di riconoscimento di energia da fonti rinnovabili di rifiuti bruciati sono una normativa fortemente rimessa in discussione. Ho sotto mano il quarto rapporto della società britannica di medicina ecologica, che è un istituto del Regno Unito pubblico, che dice che gli inceneritori anche di ultima generazione con le loro alte temperature dei forni contribuiscono all'emissione nell'ambiente di polveri finissime, le nanopolveri, che sono tutto un campo inesplorato della medicina, che stanno verificando solo adesso, e gli inceneritori fino adesso non contemplano questo tipo di polveri. Ci siamo abituati da poco a fare i conti con le PM10, le polveri che entrano nel sangue e si depositano nell'organismo. Per esempio questo rapporto considera che sarebbe appropriato, per una strategia della precauzione, di stare ben attenti a questo tipo di emissioni.

Sulla questione della possibilità della raccolta differenziata esistono ormai in Italia degli esempi, per esempio il consorzio di Treviso, dove 23 comuni si sono messi insieme. Nel 2000 raccoglievano il 27%, nel 2004 sono arrivati al 73,8%. Una città come Monza, 128 mila abitanti, è arrivata al 50%, Trento è già arrivata al 48%. Credo quindi che occorre un ripensamento su questa questione o per lo meno una politica talmente rigorosa che ci consenta di ridurre al massimo l'utilizzo dell'inceneritore.

Infine la vertenza con il Comune di Bolzano. Su questa vertenza credo vada fatta chiarezza. Non do un giudizio suppositivo sul fatto che la Giunta provinciale lunedì scorso ha deciso di accendere un mutuo da 100 milioni facendo pagare gli interessi al futuro gestore, quando non si sa neanche chi sarà. Voi avete acceso un mutuo a nome di ignoti, e questo non mi pare corretto. Questo confronto con il Comune di Bolzano va concluso prima di fare un ulteriore passo in questa direzione.

SEMPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Non ho le manie esterofile di chi mi ha preceduto, non prenderò quindi lezioni dalle ragioni inglesi o dalle questioni legate a rapporti esteri, perché ritengo che i nostri tecnici provinciali siano in grado di coniugare al meglio questo tipo di problematica. Non prenderei nemmeno lezioni, collega Dello Sbarba, da ciò che accade a Trento, che ha preso lezioni da Bolzano fino ad oggi per quanto riguarda non solo lo smaltimento dei rifiuti ma per tante altre situazioni. Penso che il disegno di legge sia stato costruito sulla base delle espressioni di tecniche delle quali non mi sento di entrare nel merito e di mettermi in discussione con dei tecnici che sanno fare sicuramente il loro mestiere.

Ciò detto, ed entrando in un ambito che nulla ha a che fare con la tecnica dello smaltimento e della raccolta dei rifiuti, vorrei affrontare una problematica politica, assessore Laimer, perché in questo disegno di legge non è stato affrontato un nocciolo importante della questione. Non è possibile fare una politica, a prescindere di quale politica si voglia fare per i rifiuti, diversa dai comuni addirittura limitrofi. Non voglio discutere l'autonomia dei comuni. Essi hanno, in questa legge come in altre situazioni, delle possibilità di intervenire con dei sistemi autonomi. Ma ciò non significa che non debba esserci una legge provinciale - e questa legge non lo prevede, per cui non è più un discorso tecnico ma politico - che prevede che la politica di raccolta, i sistemi di smaltimento e comunque i sistemi che riguardano l'utente, specialmente la raccolta in se stessa, sia essa differenziata o no, deve essere uguale per i comuni, siano essi adiacenti o meno. Non è possibile che in quei comuni in cui oggi paghiamo un tot al chilo per lo smaltimento dei rifiuti, siano nelle condizioni di porre l'utente di quei comuni nelle condizioni di depositare le immondizie a Bolzano. Forse non ne è al corrente, assessore, perché bisogna essere pratici, bisogna mettersi dalla parte dell'operaio, dalla parte delle famiglie che hanno questo tipo di problemi. Nel momento in cui esiste una legge che mi impone il pagamento del costo della raccolta dello smaltimento a livello comunale, io cittadino di Bolzano sono stanco di pagare per i rifiuti dei cittadini che abitano a Terlano, Nalles, Andriano, Caldaro, Termeno. Siccome in quei co-

muni si paga un tot al chilo, una gran parte di persone che abitano in quei comuni e lavorano a Bolzano portano i rifiuti a Bolzano e li depositano in cassonetti non muniti di chiave, e quindi a disposizione di tutti. Un disegno di legge che non preveda, a prescindere da quali siano le questioni legate alla raccolta, una uniformità sul territorio è una legge che non serve a niente, perché non è equa e non risponde alle esigenze dei cittadini che hanno invece da rispondere al proprio comune che li obbliga a pagare minimo il 95% - è una legge nazionale - dei costi per il proprio smaltimento. I cittadini di Bolzano stanno pagando per mezza provincia, e questo non va bene.

Secondo problema. Noi sappiamo, figli del popolo, che le cose funzionano fino a quando la gente la tocchi sul portafoglio, e siccome questo è un problema serio - i rifiuti e l'inquinamento sono un problema serio - noi ragioniamo nei termini di dare degli incentivi a chi si comporta bene e a punire chi si comporta male. Il collega che mi ha preceduto parlava di progetti, di programmi, di grosse percentuali, si chiede perché se il comune di Brunico sta già lavorando per raccogliere differenziatamente il 60% dei rifiuti, noi dobbiamo programmare il 40%, mentre Trento programma il 65% circa. Poi apro una parentesi su Trento, perché sta raccogliendo in tutte le valli i rifiuti in maniera differenziata e poi li mette nello stesso inceneritore, perché non hanno la possibilità di smaltirli in maniera differenziata. Quindi anche queste sono situazioni dalle quali c'è poco da imparare. Ma questo è un discorso che non ci riguarda.

Ciò detto, è chiaro che potremmo avere dei programmi che arrivano anche al 70% nel momento in cui ci fosse una seria incentivazione economica a favore del cittadino per arrivarci. Se raccolgo e deposito cartoni negli appositi raccoglitori della carta e cartoni, devo avere la possibilità di avere un accredito sui costi delle immondizie, devo avere la possibilità di avere qualcosa, anche perché non ho capito, che se esiste una raccolta differenziata, questa ha un suo uso e quel materiale che è già riciclato ha un suo costo, chi ha interesse o chi incassa quei quattrini e come li mette poi in conto al cittadino quando si tratta di andare a prendere e non a dare. Questo è un altro ragionamento, io posso essere incentivato alla raccolta differenziata nel momento in cui se la faccio, tu mi dai qualcosa, e come? In base a quanto raccolgo, quindi utilizzando contenitori per questo tipo di raccolta differenziata che possono pesare il deposito di ognuno di noi accreditandolo sulla tessera magnetica, per esempio - sono sfumature che possono essere analizzate in altra sede - che mi accredita una determinata condizione a mio favore che mi verrà poi scalata dai costi per lo smaltimento degli altri rifiuti. E' una possibilità sulla quale lavorare, ed è una questione politica, non tecnica. Perché non si è fatto? Perché si pensa sempre all'educazione dei cittadini. Allora torno all'esempio di prima. Quando non era previsto il ritiro della patente per chi girava ubriaco in macchina, c'era un numero triplo di ubriachi rispetto ad adesso che si prevede il ritiro della patente. L'educazione non si può dare senza incentivare! Si incentiva la raccolta differenziata accreditando all'utente ciò che è riuscito a raccogliere in maniera differenziata. Potremmo addirittura avere dei ragazzi che finita la scuola vanno in giro a raccogliere qualche cartone disperso per la città per portarlo in un cas-

sonetto dove con la tessera magnetica della sua famiglia riesce ad avere un accredito sull'addebito del costo delle sue immondizie. E' un esempio, ma su questo bisogna lavorare. Evidentemente l'assessore Laimer non ha avuto questa illuminata voglia di creare questo tipo di presupposto.

Poi ci sono anche questioni legate al territorio. Ricordo quando in consiglio comunale, poteva essere il 1995, 1996, si disse: creiamo le condizioni per verificare l'inceneritore in funzione e andiamo a creare un altro inceneritore in provincia, affinché Bolzano città non diventi la raccolta dei rifiuti di tutta la provincia. Ci fu una deliberazione della Provincia in questo senso, che aveva identificato in una zona non ancora ben delineata in val Pusteria la costruzione del secondo inceneritore della provincia di Bolzano.

Perché poi si addivene ad una totale resa da parte del Comune di Bolzano, resa che vedo definita anche nei documenti che i miei colleghi hanno presentato sotto forma di ordini del giorno, che sono importanti ma che danno già per scontato il fatto che Bolzano sia diventata la pattumiera della provincia senza che vi sia neppure una critica politica. Questa non è sicuramente una scelta dei tecnici provinciali, ma una scelta politica, assessore. Perché dobbiamo smaltire tutto ciò che viene dalla provincia di Bolzano, quando c'era un piano ben preciso che prevedeva che il Comune di Bolzano avrebbe ampliato le potenzialità di quell'inceneritore e ci sarebbe stata la costruzione di un secondo impianto in un territorio della provincia identificato in val Pusteria? Di ciò non se ne parlò più, il Comune di Bolzano accetta evidentemente questo tipo di condizionamento, come ne accetta altri, arriva a creare una condizione di costruzione di impianto da 130 mila tonnellate, che giustamente il collega Dello Sbarba critica, perché è di una potenzialità inaudita. Arriveremo non solo ad essere l'immondezzaio dell'Alto Adige e forse anche del Tirolo fra un po'. Tanto al Firmian non va ad abitare nessuno di chi è seduto sui banchi della Giunta, e neanche al Casanova! Ci va solo ad abitare quella gente di cui voi ve ne potete fregare, noi invece no, perché vedere Bolzano pattumiera dell'Alto Adige ci dà fastidio, quando questo fastidio è in contrasto netto, preciso con delle decisioni prese da questa Giunta provinciale nel 1995-96, che prevedevano tutt'altra situazione.

Io non riesco a dare per scontato ancora questo concetto, non riesco a capire perché colleghi dell'opposizione diano per scontato un ragionamento di questo tipo. Io non sono disponibile ad accettarlo, perché i cittadini di Bolzano non sono solo cittadini italiani ma anche cittadini di questa provincia, non sono i più reietti e nemmeno i più sfortunati, e non lo sono nemmeno tutti i cittadini di Bolzano, ma coloro che abitano in una certa parte di Bolzano, quelli dalla via Resia o dalla viale Europa in giù, o quelli di "Shangai" come dite voi. Anche su questo bisogna soffermare l'attenzione politica. Mi piacerebbe vederlo nel cuneo verde di Gries il secondo inceneritore, o in via Fago! Ma di questo è meglio non parlarne! Io non do per scontato un atteggiamento di questo tipo, che è di retroguardia, di accettazione incondizionata di tutte quelle che sono le

pretese di una Giunta provinciale che schiaccia una parte della città di Bolzano in una situazione inaccettabile.

Questo disegno di legge da un punto di vista tecnico tiene nella dovuta attenzione tutte le problematiche relative a quello che deve prevedere, ma dal punto di vista politico siamo distanti anni luce dalle esigenze dei cittadini, da una corretta politica verso gli utenti per la raccolta dei rifiuti, siamo lontani dall'arrivare velocemente ad una alta percentuale della raccolta differenziata che si ottiene solamente mettendo le mani nelle tasche dell'utente e mettendoci la monetina quando fa il bravo e dandogli invece una bella strigliata quando fa il cattivo. Esiste solo la politica del voler risolvere la questione in fretta, rispondendo a determinate normative ma non considerando in fin dei conti nemmeno una ovvia politica di raccolta che possa essere incondizionatamente uguale per tutto il territorio provinciale. Non abbiamo risolto i problemi fondamentali, abbiamo solamente definito che Bolzano, o meglio la zona italiana di Bolzano, sia la pattumiera di tutto l'Alto Adige. Collega Laimer, complimenti per questa azione!

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Bereich der Abfallbewirtschaftung ist ein zentraler Bereich in der Umweltpolitik. Mittlerweile wird dieser Bereich nicht mehr emotional behandelt, sondern auf sehr sachlicher Ebene. Die meisten in diesem Raum können sich noch an die Zeit erinnern, wo der Müll einfach gesammelt und in irgendein Loch gekippt wurde. Das war damals nichts Schlechtes, das war einfach so. Es gab damals noch kein System für Müllvermeidung, Müllwiederverwertung oder gar für dessen Entsorgung. Im Laufe der Jahre hat sich in diesem Bereich in unserem Land sehr viel geändert; eigentlich fast alles. Mittlerweile haben wir eine Vielzahl und flächendeckende Anzahl von technischen Umwelteinrichtungen. Es gibt heute Grundsätze, die zumindest von den meisten Bürgern in unserem Land gelebt werden, und diese Grundsätze lauten: 1. Abfallvermeidung, ein sehr wichtiger, aber auch sehr schwieriger Bereich, weil wir vor allem in einem globalen Markt leben, wo eben auch die Verpackung einen Teil des Verkaufskonzeptes darstellt und insofern die Abfallvermeidung nicht so leicht ist. Allerdings kann der Konsument sehr wohl und durch seine freie Entscheidung auch diesen Markt sehr stark beeinflussen, ja geradezu bestimmen. Es laufen hier bereits einige Projekte mit der Vereinigung der Kaufleute - als Beispiele nenne ich 'PIC' oder 'SPECHT' - wo Geschäfte mitwirken, die ganz gezielt verpackungsfreie oder -arme Produkte anbieten. Hierbei handelt es sich um den ersten Schwerpunkt, der natürlich immer wieder neu propagiert und belebt werden muss. Es wäre schön, wenn auf größerer, europäischer Ebene von der Europäischen Union Richtlinien herauskämen, die auch ganz gezielt auf die Verpackung einwirken würden, z.B. durch entsprechende Besteuerungen, Vorlagen, Auflagen, Verbote von Verpackung bestimmter Produkte. Mit all dem könnte man die Abfallmenge ganz entscheidend reduzieren!

An zweiter Stelle steht die Mülltrennung! Diese ist ein sehr wichtiges, geradezu essentielles Element in dieser gesamten Abfallpolitik. Entstandener Müll soll wieder getrennt jenen Bereichen zugeführt werden, wo man ihn wieder verwenden kann. Denken wir an die eingeführte Abfallbörse im Internet, wo man sozusagen ein Produkt, das man nicht mehr braucht, anderen zur Verfügung stellt. Aus das fällt in den Bereich Wiederverwendung hinein. Dann kommt der Bereich der Wiederverwertung, nämlich, dass man aus einem weggeworfenen Produkt wieder etwas anderes macht, Recycling usw. Einige Jahre ist dieser sogenannte Restmüll, also jener Müll, der auch noch nach der Trennung übrig geblieben ist, einfach auf Deponien gebracht worden, noch viel früher wurde er auf die sogenannten wilden Deponien gebracht. Dabei handelte es sich um nicht entsprechend eingerichtete Ablageplätze, denken wir an den Kaiserberg, wohin viele Jahre hindurch auch giftige Abfälle, Industrieabfälle transportiert wurden. Heute müssen wir diesen Abfallberg sanieren und die Kosten für diese Sanierung gehen weit über 25 Millionen Euro hinaus. Das ist der Schuldenberg, den wir übernommen haben, den wir aber auch im Sinne einer Vorsorge in diesem Bereich übernehmen müssen, weil uns viel daran liegt, diesen Bereich zu sanieren. Man darf nicht vergessen, dass die Gemeinde Bozen den Großteil ihres Trinkwassers aus dem Boden bezieht, ein sehr gutes Trinkwasser, und deshalb ist es sehr wichtig, dass wir auch eine fachgerechte Sanierung des Kaiserberges vornehmen.

Beim Bereich Mülltrennung nehme ich gleichzeitig Bezug auf den eingebrachten Beschlussantrag Nr. 2 und die Wortmeldung des Kollegen Dello Sbarba, der gesagt hat, dass man im Trentino den Prozentsatz der Mülltrennung auf 65 % angehoben habe, und der in diesem Zusammenhang die Frage stellt, warum man in Südtirol von 60 % auf 40 % zurückgeht. Dazu braucht es eine differenzierte Darstellung. Zum einen haben wir natürlich für die verschiedenen Bereiche entsprechende Prozentsätze als Ziel vorgegeben, so sind dies z.B. beim Papier 70 %, bei Metall 50 %, bei Karton und Glas 70 %, bei Biomüll waren es 60 % und jetzt sind es 40 %. Die Beantwortung der Frage, wie viel wir mittlerweile umgesetzt haben, beginne ich bei Papier: 70 % waren die Zielvorgabe, erreicht haben wir 90 %, bei Metall waren die Zielvorgabe 50 %, wir sind bei 70 %, bei Biomüll sind wir bei 25 %, hier haben wir sicherlich noch Aufholbedarf. Vor wenigen Tagen ist die Vergärungsanlage in Lana in Betrieb gegangen, die für den Raum Meran aber auch für den Raum Bozen die Bioabfälle aufnimmt. Bei den Kartonagen war die Zielvorgabe 70 %, die Realität liegt bereits bei 90 %, dasselbe Ergebnis haben wir auch bei Glas. Das, um aufzuzeigen, dass wir in den meisten Bereichen einen Prozentsatz erreicht haben, der nicht mehr leicht steigerungsfähig ist.

Zur Frage, wie groß dieser neue Verbrennungsofen dimensioniert werden muss, muss ich Ihnen antworten, dass da viele Faktoren mitwirken. Zum einen, wie hoch der Prozentsatz der getrennten Müllsammlung ist, wie hoch man die Entwicklung im Lande annimmt und wie die technologische Ausstattung ist. Es geht hier ja nicht nur um Tonnen, wie Sie richtigerweise festgestellt haben, sondern auch um Energiekennzahlen, die berücksichtigt werden müssen. All diese Faktoren sind zusammenge-

fügt und vernetzt worden und entsprechend wurde dann die Dimension des Ofens definiert.

Sicherlich geht man heute in ganz Europa weg von den Deponien. Deponien sind keine Lösungen! Diese sind Langzeitprobleme; man kann sie zwar fachgerecht anlegen, nachher begrünen, aber sie bleiben da. Im Inneren einer Deponie gärt es, es entstehen dort hohe Temperaturen bis zu 60 - 70 Grad. Das ist nicht die Lösung! Es wäre ein Fehler zu glauben, man könne das Problem allein mit der Vermeidung, der Trennung, der Wiederverwendung und Wiederverwertung lösen. Das reicht nicht! Es bleibt immer noch etwas übrig, und diese Mengen sind beträchtlich. Das kann jeder ganz einfach bei sich zu Hause sehen. Auch wenn man sich bemüht, bereits beim Einkauf entsprechend mitzuwirken, wird man feststellen, dass man dennoch Restmüll hat. Genau dieser Restmüll muss auch irgendwo hin, muss verwertet werden, und die derzeitige Initiative, auch auf europäischer Ebene, lautet: thermische Verwertung! Also keine Entsorgung, sondern eine thermische Verwertung des Restmülls. Hier, in Südtirol, haben wir mittlerweile die zweite Generation, die jetzt in Angriff genommen wird. Der erste Ofen ist sozusagen in die Tage gekommen und muss jetzt durch einen neuen ersetzt werden. Es hat hier einen Wettbewerb auf europäischer Ebene gegeben, man hat modernste Technik vorgeschrieben und Punkte für die Architektur vergeben. Beim Neubau handelt sich um eine sehr moderne Anlage, die Wärme und Strom produziert. Es geht auch hier wiederum um eine Nutzung. Dadurch, dass diese Wärme in das Fernheizsystem eingebracht wird, können andere Energieversorgungssysteme abgeschaltet werden. Die Wärme, die durch die Verbrennung des Restmülls entsteht, wird zum Beheizen von Wohnungen und Betriebe genutzt. Dadurch können andere derzeit mit Öl oder Gas funktionierende Systeme sozusagen abgeschaltet werden.

Das ist ein sehr wichtiger Kreislauf, um zu zeigen, dass sich hier der Kreis eben wieder schließt. Es ist sehr wichtig zu unterstreichen, dass bei den Mülltarifen natürlich das Verursacherprinzip gilt, welches sagt, dass man aufgrund der abgegebenen Abfallmenge bezahlt. Allerdings weiß man auch, dass es manche Bürger gibt, die behaupten, dass sie sehr wenig oder überhaupt keinen Müll hätten, die aber dennoch eine Abfallgebühr bezahlen, weil man damit zum Ausdruck bringen will, dass jemand, der seinen Müll illegal entsorgt oder gar daheim verbrennt, dennoch zur Kasse gebeten wird. Als Grundtarif wird auf jeden Fall der Mittelwert der jeweiligen Kategorie herangezogen. Nehmen wir das Beispiel Haushalte. Wie wird der Mittelwert eines Haushaltes ermittelt? Dieser Tarif muss auf jeden Fall bezahlt werden, unabhängig davon, ob jemand Müll liefert oder nicht. Das ist auch richtig so, weil damit keiner sozusagen aussteigen kann, ohne Müllgebühren zu zahlen, weil er diesen illegal entsorgt oder sogar verbrannt hat.

Die Kompetenzen sind in diesem Gesetz klar definiert worden. Es gibt die Kompetenzen des Landes, die es braucht, um eine Koordination zu gewährleisten, auch um die Gemeinden koordinieren zu können. Es wurden Kompetenzen für die Gemeinden definiert, nachdem diese in diesem Sektor, vor allem bei der Müllsamm-

lung, eine ganz besondere Kompetenz wahrzunehmen haben. Es stimmt auch, dass die Gemeinden bei der Festsetzung des Mülltarifs verschiedene Faktoren einbringen. Zum einen geht es dabei um den Müll selbst, zum anderen auch um den gesamten Verwaltungsaufwand. Gerade hier, Herr Dello Sbarba, liegt das Detail begraben, denn man kann da und dort schon vermuten, dass bei der Berechnung dieses Verwaltungsaufwandes etwas großzügig vorgegangen wird, um damit vielleicht noch andere Bereiche abzudecken. Das kann schon sein. Vielleicht gibt es auch deshalb so große Unterschiede zwischen den Gemeinden. Allerdings ist es schwer, den Gemeinden vorzuschreiben, wie viel sie als Verwaltungsspesen verrechnen dürfen. Da appelliere ich einfach auch an die Gemeinden, das Prinzip der Kostenwahrheit entsprechend umzusetzen; das würde dann auch zu einer Harmonisierung im Preisgefüge auf Landesebene führen.

Es ist erwähnt worden, dass diesbezüglich während der Regierungszeit von Ministerpräsident Berlusconi eine Reihe von Dekreten erlassen worden sind. Das stimmt und teilweise sind sie nicht nachvollziehbar, milde ausgedrückt. Ein Beispiel: Wenn ein von Berlusconi erlassenes Dekret besagt, dass bei einem Betrieb mit einer bestimmten Anzahl von Mitarbeitern der gesamte Müll dieses Betriebes als Sondermüll gilt, dann ist das in keinsten Weise nachvollziehbar. Wieso sollte sich durch die Anzahl der Mitarbeiter die Art des Mülls ändern? Da stecken sicherlich ökonomische Aspekte dahinter, weil Sondermüll entsprechend anders entsorgt werden muss, mehr kostet und es dazu mehr Anlagen braucht, und da gibt es ja auch wieder bestimmte Firmen, die sich auf den Bau solcher Anlagen spezialisiert haben. Sie wissen, was ich damit meine.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden vier bestehende Landesgesetze abgeschaffen. Es entsteht ein sogenannter Einheitstext. Der gesamte Bereich Abfall wird in diesem Gesetz festgeschrieben. Es gibt eine Reihe von Vereinfachungen, ohne die Substanz zu verschlechtern, es gibt eine Neuregelung im Bereich der Strafen, denn hier hat man bisher leider nicht zwischen formalen Fehlern und meritorischen Verletzungen unterschieden. Wenn jemand den Müll illegal entsorgt hat, hat er beinahe gleich viel Strafe bezahlt, wie jener, der den Müll legal entsorgt hat, die Formulare aber nicht richtig ausgefüllt hat. Jetzt wird zwischen formalen und meritorischen Fehlern unterschieden, und das ist auch richtig, weil man die Verletzung einer Bestimmung auch gewichten muss.

Herr Seppi hat gesagt, dass Bozen zur Müllhauptstadt würde. Dem ist natürlich nicht so. Wir haben mit dem Abfallkonzept des Landes versucht, in diesem Land einen Ausgleich zu schaffen. Die Stadt Bozen ist Standort für diese thermische Restmüllverwertungsanlage, andererseits exportiert Bozen zur Gänze den Bauschutt in den Raum Meran, die Klärschlämme werden auch von Bozen wegtransportiert und die bioorganischen Abfälle werden nach Lana transportiert. In Bozen hat man nur eine einzige Anlage belassen, nämlich die thermische Verwertungsanlage, die zudem noch in das Fernwärmesystem der Gemeinde Bozen eingebracht wird und insofern nicht zur

Luftbelastung beiträgt. Es gibt hier eine Vielzahl von Studien, die von Universitäten des In- und Auslandes auch für die Stadt Bozen gemachten wurden, die dies beweisen und dokumentieren.

Ein plastisches Beispiel soll das dokumentieren: Der Transport des Mülls hin zum Verbrennungsofen verursacht mehr Luftbelastung, als die Verbrennung selbst. Das ist ein sehr schönes Beispiel, welches aufzeigt, dass man beim Bau des neuen Verbrennungsofens modernste Filtertechnik einsetzt, die sehr aufwendig ist, die aber den Stand der Technik darstellt; und zu Recht wird hier nur das Beste eingesetzt! Es wäre fahrlässig, wenn man hier, in unserem Land, nicht die beste zur Verfügung stehende Technik einsetzen würde.

Ich muss aber auch sagen, dass die Gemeinde Bozen als einzige Gemeinde noch nicht das Verursacherprinzip eingeführt hat. Seit Jahren verlängert die Landesregierung diesen Termin und wir haben heuer gesagt, dass es das letzte Mal ist, dass dieser verlängert wird. Es gibt jetzt ganz klare Anzeichen und Beschlüsse der Gemeinde, dass man Ernst macht und dieses Konzept umsetzt. Auch hat man mit der Biomüllsammlung begonnen. Man hat hier neue Akzente gesehen und ich bin sicher, dass auch Bozen in die richtige Richtung gehen wird. Ich nehme zur Kenntnis, dass sich eine Stadt schwerer als eine Landgemeinde tut, andererseits hat Meran dieses System bereits eingeführt und insofern muss es auch in Bozen möglich sein.

Wir setzen natürlich auch auf die ständige Sensibilisierung und Beratung der Bevölkerung durch die Bezirksgemeinschaften und die Gemeinden. Aber auch in den Schulen wird dazu sehr viel erarbeitet, es wird dort informiert und es werden Schulprojekte und Wettbewerbe dazu durchgeführt. Es ist ein Unterschied, ob ich die Abfalltrennung, Wiederverwertung und -verwendung mache, weil ich sonst bestraft werde, oder weil ich überzeugt bin, dass es etwas Gutes ist. In großen Bereichen, vor allem bei jungen Familien, sind wir so weit, dass man hier eine gelebte Kultur zutage legt, dass man bewusst einkauft und ganz gezielt versucht, Abfall zu vermeiden und später zu trennen. Heute ist man in diese Generation einfach hineingewachsen. Wir haben umgestellt, die jungen Menschen in unserem Lande sind in eine Welt hineingeboren worden, in der es diese Thematik, diese Kultur bereits gegeben hat, und das ist gut so. Wenn andere Länder nach uns schauen und uns als Vorbild nehmen, nehme ich das gerne zur Kenntnis, das ist ein Kompliment. Es geht nicht darum, wer besser oder schlechter ist. Wir haben unsere Aufgaben zu bewältigen, nehmen diese ernst, haben aber auch aufgrund unserer Autonomie und des großen finanziellen Einsatzes vieler unserer Aufgaben bereits gemacht. Fast in allen Gemeinden gibt es die Recyclinghöfe, ein perfektes Abholssystem, entsprechend moderne Entsorgungseinrichtungen, eine Gesellschaft, die sich ECO-Center nennt und zu 90 % den Gemeinden gehört, davon 45 % der Gemeinde Bozen, die auch die entsprechende Verwaltung abwickelt. Insofern glaube ich, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Das neue Gesetz ist eher ein technisches Gesetz, das die neuen Vorgaben der EU und die Vorgaben der staatlichen Gesetzgebung aufnimmt, und ich glaube, dass wir hiermit die Grundlage für eine län-

gerfristige Politik legen, die nicht, so wie früher, emotionsgeladen war, sondern einfach eine Lebenskultur beschreibt, aber auch klare Spielregeln vorgibt, damit man weiß, wohin die künftige Abfallwirtschaft gehen soll.

Deshalb hoffe ich auf eine sehr konstruktive Diskussion. Es ist ein recht umfangreiches Gesetz mit über 40 Artikeln, und ich glaube, dass es sinnvoller ist, die Einwände zu den einzelnen Artikeln während der Artikeldebatte vorzubringen.

PRÄSIDENTIN: Wir beginnen nun mit der Behandlung der Beschlussanträge.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend den Müllverbrennungsöfen: Ohne Absprache mit der Gemeinde Bozen können die Arbeiten nicht beginnen.

Ordine del giorno n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss concernente l'inceneritore: i lavori non possono iniziare senza un accordo col Comune di Bolzano.

Festgestellt, dass

- 1. die Landesregierung das vom UVP-Beirat genehmigte Ausführungsprojekt für den neuen Müllverbrennungsöfen gutgeheißen hat;*
- 2. zwischen Land und Gemeinde Bozen jedoch noch kein vollständiges Einvernehmen über die Entschädigung für die Enteignung der Grundstücke, die Bodensanierungsarbeiten und die künftige Führung der Anlage erzielt wurde;*
- 3. insbesondere, was die Enteignung anbelangt, der Staatsrat der Gemeinde Recht gegeben und das entsprechende Landesdekret annulliert hat;*

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung

- 1. über sämtliche Aspekte des Baus des neuen Verbrennungsöfens mit der Gemeinde Bozen ein Abkommen zu suchen;*
- 2. solange dieses Abkommen nicht erzielt wird, für den Bau der Anlage keinerlei weitere Schritte zu unternehmen.*

Constatato

- 1. che la Giunta provinciale ha approvato la valutazione di impatto ambientale del progetto esecutivo del nuovo inceneritore di Bolzano,*
- 2. che non è stata tuttavia trovata ancora, tra Provincia e Comune di Bolzano, un'intesa complessiva sul prezzo di esproprio dei terreni, sui lavori di bonifica e sulla gestione del futuro impianto,*
- 3. che, in particolare, per quanto riguarda l'esproprio, il Consiglio di Stato ha dato ragione al Comune annullando il relativo decreto della Provincia,*

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale

- 1. a ricercare col Comune di Bolzano l'intesa su tutti gli aspetti inerenti la realizzazione del nuovo impianto,*
- 2. a non intraprendere alcun ulteriore passo nell'iter di realizzazione dell'impianto prima che tale intesa sia raggiunta.*

Ich ersuche um die Erläuterungen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

Questo ordine del giorno tratta dell'argomento con cui ho chiuso il mio intervento in discussione generale. Ricordo qual è la situazione, che il nuovo inceneritore va costruito nel territorio del comune di Bolzano e su questo impianto esiste ancora un confronto non risolto fra Provincia e Comune di Bolzano. I dati di confronto li vorrei ricordare brevemente e uno riguarda il prezzo dell'esproprio del terreno. La Provincia aveva calcolato 150 mila euro, il Comune ha fatto ricorso, l'ha vinto, si calcola 3,75 milioni di euro, quindi la differenza è notevole.

Secondo punto in ballo nel rapporto fra Comune e Provincia è, la questione della bonifica che, stando a notizie di stampa, ha un costo molto pesante. Si tratta di modificare il terreno su cui verrà costruito l'impianto, si calcola tra i 16 e i 20 milioni di euro. Io l'ho letto sulla stampa, nessuno l'ha smentito, quindi è una cifra notevole se si pensa che l'impianto costerà 100 milioni di euro.

Terza questione aperta è quella di chi costruisce questo impianto e con quale partecipazione alla spese. Quarta questione è, il modello di gestione di questo impianto, che è collegata a tutta la questione dell'impianto che non è solo l'inceneritore, ma anche una centrale di produzione dell'elettricità e anche una centrale di produzione di teleriscaldamento, con tutta la rete di teleriscaldamento dei nuovi quartieri di Bolzano, auspicio anche della zona nuova produttiva, forse fino ad arrivare all'ospedale. E' una partita molto forte: il prezzo di esproprio, il prezzo della bonifica, chi si accolla i costi, chi costruisce l'impianto, quale soggetto lo gestisce, con quale modello di partecipazione dei comuni e della Provincia. Su tutte queste questioni il confronto con il Comune di Bolzano si trascina da diverso tempo. Ricordo di aver fatto delle riunioni con l'ex sindaco Salghetti su queste questioni nelle quali lui spiegava alle forze politiche che sostengono la maggioranza, e quindi anche ai Verdi, quali erano i passi avanti e i passi indietro fatti con la Provincia.

Noi chiediamo a questo punto che la Provincia come atto politico di rispetto dell'interlocutore Comune apra un tavolo formale di trattativa con il Comune. Mi risulta che ci siano colloqui ma non che ci sia un tavolo di trattativa - si sa che quando si apre un tavolo di trattativa poi bisogna concluderlo, non mi pare che ci sia - arrivano proposte un po' da tutte le parti, più o meno sottobanco, che suggeriscono orientamenti, ma non c'è un tavolo trasparente, formale di trattativa. Auspicherei che dal momento in cui faccio una trattativa con un soggetto, il Comune, con cui voglio collaborare, questa trattativa avvenga a bocce ferme, che non venga fatto da nessuna delle due

parti in causa nessun atto che possa creare dei dati di fatto, che mettono in vantaggio o in svantaggio i soggetti che partecipano a questa trattativa. Se c'è questo tentativo di tirare la corda da una parte e dall'altra, è chiaro che si crea un rapporto di sfiducia tra i soggetti che partecipano alla trattativa e quindi la conclusione e l'accordo diventano più difficili. Quindi per partecipare all'accordo credo che la situazione debba andare sbloccata, uno aprendo un tavolo di trattativa formale che deve concludersi rapidamente con il Comune di Bolzano e, secondo, che la Provincia fermi ogni procedura come atto politico, che ci sia il cessate il fuoco. Purtroppo questo ordine del giorno arriva con tre giorni di ritardo, perché la Giunta provinciale ha acceso questo mutuo di 100 milioni. Quindi è il secondo indebitamento che facciamo, ricordiamo, con soldi pubblici, per cui a nome di tutti i cittadini indebitiamo tutti i cittadini. Poi è sorprendente vedere la decisione di accollare questo mutuo a chi gestirà questo impianto, soggetto che non è definito. Quindi non è definito quanto il Comune parteciperà a questo soggetto che gestirà l'impianto. Non è definito se lo farà la SEAB, la SEL, o una società mista. Ho visto ad un certo punto una proposta in cui la Provincia si sarebbe dichiarata disponibile a comprare il 20% delle azioni SEAB in modo tale che la società operativa del Comune diventa parte di proprietà della Provincia. La mia impressione è che sarebbe di un pasticcio. Insomma, avete fatto questi 100 milioni di mutuo addebitandoli ad ignoti, ad un soggetto che ancora non si conosce. Poi si sa chi pagherà, i cittadini, perché ogni debito dell'ente pubblico lo pagano i cittadini, però il titolare di questo debito è ignoto.

Questa situazione credo debba essere risolta in altra maniera. Tra l'altro la questione del debito, cioè far nascere l'impianto di termovalorizzazione dall'incenerimento con un debito da ripagare è un bel rischio, perché credo che siamo tutti d'accordo che meno possibile di rifiuto da bruciare c'è, meglio è, che meno possibile l'inceneritore lavora, meglio è. Credo che se l'assessore potesse fare un inceneritore di 50 tonnellate invece che di 130 mila, perché in provincia si produce una quantità di rifiuti minore, sarebbe il più contento di tutti e potrebbe anche andare in giro per l'Europa a dimostrare quanto la provincia di Bolzano è avanzata. Quindi se la logica è che per tutti l'inceneritore sia un danno - poi qualcuno lo considera più necessario, altri meno - se costruiamo un impianto che ci costa 100 milioni di euro, su cui abbiamo fatto un debito, il problema è che chi gestisce l'impianto dovrà guadagnarci per estinguere il debito. E come ci si guadagna da un impianto di incenerimento? Incenerendo il più possibile di quantità di rifiuti, in modo tale che ogni tonnellata porti soldi nelle casse del soggetto gestore dell'inceneritore e che questo soggetto possa pagare il mutuo che la Provincia ha deciso di fare a suo nome. Partire con un inceneritore gravato da un debito - ed è il secondo che fa la Provincia - credo sia già un fatto negativo. Ma a parte questo è negativo mettere l'interlocutore, il Comune di Bolzano, di fronte a fatti compiuti. Credo che questo non vada fatto.

Con l'approvazione di questo ordine del giorno chiedo l'approvazione di un gesto politico, verso la popolazione di Bolzano, nel senso di dire che vi rispettiamo

come interlocutori, che vogliamo coinvolgervi, che vogliamo trovare un accordo con voi e che questo accordo lo vogliamo fare ad armi pari. Quindi che come Provincia disponiamo di un intero arsenale di armi, leggi, competenze ecc. le mettiamo da parte per avere un confronto con voi ad armi pari. Questo è il gesto politico che chiede questo ordine del giorno, e niente più.

MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten - SVP): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über den Verbrennungsofen in Bozen spricht, darf man nicht vergessen, dass eine erste Anlage bereits im Jahre 1987 gebaut worden ist. Später ist dann noch eine zweite Anlage hinzugekommen. In der Zwischenzeit sind fast 20 Jahre vergangen und es ist höchste Zeit, dass man an der Realisierung des neuen Verbrennungsofens weiter arbeitet. Man muss auch eingestehen, dass bei der alten Anlage sehr oft Instandhaltungsarbeiten gemacht werden mussten. Deshalb sind wir der Meinung, dass man unbedingt weiter machen muss und es nicht möglich ist, länger zuzuwarten und weiterhin Zeit zu verlieren.

Kurz möchte ich einiges zur Vorgeschichte sagen. Im Jahr 1984 wurde diese Fläche mit Enteignungsdekret der Gemeinde Bozen enteignet. Damals wurden 80 % der Entschädigung, 271.860 Euro, an die Gemeinde auch ausbezahlt. Die restlichen 20 % sollten dann, wie üblich, nach Abschluss der Prozedur ausbezahlt werden. De facto hat die Gemeinde Bozen damals der Enteignung zugestimmt. Auf dieser Fläche wurde dann in Jahren 1988 bis 1991 auch das Kompostwerk errichtet.

Die Gemeinde Bozen hat im Juli 2003 schriftlich ihr Einverständnis zur Enteignung eines neuen Grundes gegeben und zugleich die Forderung gestellt, dass das Land nicht nur den verseuchten Boden für die neue Anlage, sondern auch den bei der bestehenden Anlage saniert und zudem dem gemeindeeigenen Betrieb SEAB einen Abstellplatz für die Betriebsfahrzeuge zur Verfügung stellt. Dem gegenüber wurde von der Landesregierung beschlossen, nur den Boden zu sanieren, welcher für den Neubau erforderlich ist. Im Oktober 2004 wurde das Enteignungsdekret ausgestellt und der Gemeinde Bozen zugestellt. Daraufhin hat die Gemeinde beim regionalen Verwaltungsgericht Rekurs gegen die Enteignung und die Schätzung eingereicht. Im April 2005 hat das regionale Verwaltungsgericht der Gemeinde Bozen Recht gegeben und die beiden Dekrete annulliert.

Laut Schätzung der Gemeinde Bozen beträgt der Wert des Grundstückes 159 Euro pro Quadratmeter, was einer Gesamtsumme von 3,9 Millionen Euro entspricht, laut Auskunft unseres Schätzungsamtes dagegen wird der Grund im besten Falle mit dem Enteignungspreis für Zonen von öffentlichen Einrichtungen bewertet, was einem Betrag von 150 Euro pro Quadratmeter entspricht. Das wiederum entspricht einer Gesamtsumme von 3.732.000 Euro. Dem sind allerdings die Kosten für die Bodensanierung gegenzurechnen. Man redet immer über diese Differenz von ca. 150.000 Euro, aber niemand redet über die geschätzten Kosten für die Totalsanierung, die

40 Millionen Euro betragen würde, wie vorhin bereits vom Kollegen Dello Sbarba gesagt. Das Gesetz über die Sanierung verseuchter Böden sieht vor, dass der Verursacher der Verseuchung für die Kosten der Sanierung aufkommen muss, was auch richtig ist. In diesem Falle wäre das einzig und alleine die Gemeinde Bozen. Unabhängig vom Bau der neuen Müllverwertungsanlage wäre die Gemeinde auf jeden Fall verpflichtet, die Sanierung sofort in Angriff zu nehmen, da die Verunreinigung bereits durch Studien belegt und bekannt ist. Aber auch hier ist es die Autonome Provinz Bozen, die südtirolweit bereits mehrfach interveniert ist, auch was andere Anlagen anbelangt, und diese Aufgaben dann immer erledigt, obwohl von den Gemeinden immer dagegengearbeitet wird. Das empfinde ich als eine unmögliche Sache! Es kann doch nicht sein, dass, wenn man etwas verbessern will und man eine Aufgabe übernommen hat, immer wieder dagegen gearbeitet wird, gerade bei einer so wichtigen Problematik wie dieser!

Zurück zum Enteignungsverfahren. Dieses wurde neu eingeleitet, es wurde eine neue Schätzung gemacht, in welcher auch die Kosten der Bodensanierung mit einberechnet wurden. Parallel dazu sollte mit der Gemeinde Bozen verhandelt werden, damit man hier effektiver zusammenarbeiten könne. Damit sind wir alle einverstanden. Die ersten Gespräche haben bereits im Dezember 2005 stattgefunden, waren aber leider nicht sehr positiv. Die Gemeinde Bozen will immer noch, dass die Landesverwaltung die Kosten der Sanierung übernimmt. Bei den Kosten der Sanierung gibt es zwei Möglichkeiten: einmal die Totalsanierung mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Euro und, zweitens, eine Teilsanierung, welche 16,3 Millionen Euro kosten würde. Die größte Problematik in diesem Zusammenhang ist die Frage, wo man das Material ablagern soll. Es sind Gespräche mit dem ECO-Center in Gange, wobei man versucht, die Kosten zu reduzieren und sich auf einen Sonderpreis von ca. 35 Euro pro Tonne Abfallmaterial zu einigen. Es wurde bereits mit Verantwortlichen mehrerer Müllverwertungsanlagen gesprochen und die Frage erörtert, ob es möglich wäre, dieses Material dort zu deponieren.

So wie die Sache jetzt steht, belaufen sich die Kosten insgesamt auf 6,6 Millionen Euro und von diesem Gesamtbetrag können eventuell 860.000 Euro abgezogen werden, da sie indirekt mit dem Neubau der Anlage in Zusammenhang stehen. In jedem Fall sind die Sanierungskosten höher als der Grundwert, d.h. es sollte auch im Interesse der Gemeinde Bozen sein, die neue Schätzung so anzunehmen, um nicht für eventuelle Mehrkosten verklagt zu werden. Früher oder später muss auch die Landesverwaltung schauen, wer für diese große Verseuchung der Böden, die es eben in Bozen gibt, überhaupt verantwortlich ist. Es kann einfach nicht sein, dass zur Sanierung der Böden immer die Landesregierung die Gelder auftreiben muss! Zudem möchte ich bemerken, dass die Gemeinde Bozen bereits im Jahre 1984 271.860 Euro für dieses Grundstück vom Land erhalten hat.

Consigliere Dello Sbarba, Lei parla di un mutuo a nome di ignoti. L'accollo è una prassi prevista nei contratti bancari da sempre, e penso veramente di poter dire che quello che è stato proposto dal Presidente da parte della Giunta dovrebbe essere se-

guito, è un'operazione fattibilissima. Oggi si costruisce un inceneritore, domani chi gestisce questa impresa dovrà accollarsi il mutuo, in modo che i costi non vengano a pesare sul bilancio provinciale. Questo è fattibilissimo sotto ogni punto di vista, e penso che riusciremo anche a farlo. È una strada da sostenere e non da ostentare.

Kollege Dello Sbarba, Sie verlangen auch, dass man für den Bau des Verbrennungsofens mit der Gemeinde Bozen ein Abkommen suchen muss. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass die Gemeinde Bozen bezüglich des Baus bereits ihr Einverständnis gegeben hat. Was die Führung desselben anbelangt, sind wir dagegen noch zu keinem Ergebnis gekommen. Hier gibt es noch mehrere, auch rechtliche Schwierigkeiten. Es gibt die Möglichkeit, die Führung selbst zu übernehmen oder die Führung über den Weg einer Ausschreibung anderen zu überlassen. Ich persönlich bin der Meinung, wie bereits vorhin von Kollegen Laimer gesagt, dass wir versuchen sollten, diesen Weg selbst zu gehen. Deshalb ersuche ich die Abgeordneten, diesen Beschlussantrag nicht anzunehmen, weil der beschließende Teil eigentlich nicht notwendig ist und die Prämissen nicht zu befürworten sind. Trotzdem soll mit der Gemeinde Bozen insgesamt ein besserer Kontakt gesucht und auch gefunden werden.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 1 zum Landesgesetzentwurf Nr. 75/05, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss ab: mit 6 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung jetzt für 10 Minuten.

ORE 17.03 UHR

ORE 17.21 UHR

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir fahren mit der Behandlung der Beschlussanträge fort.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend mehr getrennte Müllsammlung, weniger Müllverbrennung gemäß dem Beispiel der Provinz Trient.

Ordine del giorno n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente: Seguire l'esempio del Trentino: più raccolta differenziata, meno incenerimento.

Festgestellt:

1. dass entgegen der von der Gemeinde Bozen proklamierten Absicht, die neue Verbrennungsanlage auf 120.000 Tonnen zu beschränken, das Land die Größenordnung von 130.000 Tonnen beibehalten hat;

2. dass das Land den Prozentsatz der getrennten Müllsammlung, der laut Abfallbewirtschaftungskonzept 60 % der Gesamtmenge ausmachen sollte, bei der zweiten Fortschreibung des Konzepts auf 40 % herabgesetzt hat;

3. dass diese Entscheidung bei den Gemeinden, denen die Müllpolitik ein Anliegen ist, Unmut ausgelöst hat, so bei der Gemeinde Bruneck, die in ihrer an das Land gerichteten schriftlichen Stellungnahme festgestellt hat, dass es bei der Sammlung von Biomüll ohne weiteres möglich sei, 60 % wieder zu verwerten;

4. dass unsere Nachbarprovinz Trient bei der dritten Fortschreibung des Abfallbewirtschaftungskonzepts, die vor einigen Tagen von der Landesregierung der autonomen Provinz Trient behandelt und genehmigt wurde, den Prozentsatz der getrennten Müllsammlung auf 65 % erhöht, die Kapazität des Verbrennungsofens hingegen von den anfänglichen 330.000 Tonnen auf 102.000 Tonnen herabgesetzt hat;

5. dass die soziale, territoriale, kulturelle, geschichtliche und ökologische Beschaffenheit der Provinzen Trient und Bozen sehr ähnlich ist, weshalb man davon ausgehen kann, dass auch die Abfallbewirtschaftung ähnlich ablaufen kann,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

1. die in der zweiten Fortschreibung des Abfallbewirtschaftungskonzepts festgeschriebenen Zielsetzungen abzuändern und den Prozentsatz der getrennten Müllsammlung auf 60 % zu erhöhen;
3. die Kapazität des künftigen Verbrennungsofens unter diesem Gesichtspunkt zu überdenken, ohne andere sowohl ökologisch als auch finanziell vertretbarere Methoden zur Entsorgung des Restmülls von vornherein zu verwerfen.

Constatato:

1. che di fronte alla volontà espressa dal Comune di Bolzano di dimensionare il nuovo impianto di incenerimento a 120.000 tonnellate, la Provincia ha mantenuto invece una dimensione di 130.000 tonnellate;

2. che la Provincia ha ridotto la percentuale di raccolta differenziata, prevista al 60% del totale nel "Piano provinciale di gestione dei rifiuti", portandola al 40% nel secondo aggiornamento del Piano stesso;

3. che questa decisione ha provocato malumore nei comuni più virtuosi nella politica dei rifiuti, come quello di Brunico, che nel parere scritto inviato alla Provincia ha ribadito che nella raccolta dell'umido "è senz'altro possibile realizzare una quota di recupero del 60%";

4. che la vicina Provincia di Trento, col terzo aggiornamento del Piano provinciale di gestione rifiuti, già esaminato e approvato pochi giorni fa dalla Giunta trentina, ha invece aumentato la percentuale della raccolta differenziata portandola al 65% e ridotto invece le dimensioni dell'inceneritore, che dalle iniziali 330.000 tonnellate è stato portato ora a una dimensione di 102.000 tonnellate;

5. che la configurazione sociale, territoriale, culturale, storica e ambientale delle province di Trento e Bolzano è del tutto simile, tanto da far ritenere che simili possano essere i modelli di gestione del ciclo dei rifiuti,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale:

1. a rivedere gli obiettivi fissati nel secondo aggiornamento del Piano provinciale di gestione dei rifiuti, riportando al 60% la percentuale di raccolta differenziata;
2. a riesaminare in questa luce il dimensionamento del previsto inceneritore, senza scartare la valutazione di altre metodologie più sostenibili - sia ecologicamente che economicamente - per smaltire i rifiuti residui.

Ich ersuche um die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

Avevo già annunciato in discussione generale il ragionamento che sta in questo ordine del giorno, cioè la possibilità in qualche modo di rivedere gli obiettivi della raccolta differenziata e del dimensionamento dell'inceneritore anche alla luce di esperienze non troppo distanti da noi come quella del Comune di Trento. Lì con il nuovo assessore che appartiene ai Verdi c'è stato un fortissimo impegno per cui sono passati dal 26% al 48-49%, quindi la Provincia di Trento è riuscita ad innalzare i propri obiettivi. A proposito di questo volevo precisare qualcosa rispetto alla replica fatta prima dall'assessore Mussner, che ringrazio perché è entrato nel merito di tutti i problemi che abbiamo posto e ci ha dato risposte che dimostrano la disponibilità ad un confronto e un dibattito. Naturalmente, assessore, quando ho parlato del 50% di raccolta differenziata a Trento non mi sono dilungato sulle varie frazioni, però adesso che ho qualche minuto, lo posso dire. Ho sotto mano il documento di Trento. Loro prevedono l'80% di raccolta dell'organico, quando noi prevediamo il 40% e abbiamo raggiunto l'11,4%. Questi dati li prendo dal terzo aggiornamento nostro. Loro prevedono il doppio come obiettivo rispetto a quello che prevediamo noi. Del verde loro prevedono il 70%, il nostro verde non l'ho trovato. Carta e cartoni, loro prevedono l'80%, noi prevediamo il 70%, però abbiamo già raggiunto il 79%. Plastica, loro prevedono il 50%, noi abbiamo previsto il 22,5%. Vetro, loro prevedono il 90%, noi prevediamo il 70% però abbiamo raggiunto già l'83%. I metalli, loro prevedono il 90%, noi prevediamo il 50% e abbiamo raggiunto già il 72%. Il legno, loro prevedono il 75%, noi il 15%. Stiamo alla frazione organica, loro prevedono il doppio di quanto prevediamo noi. Il 65% loro era nel complesso. Questa è la prima questione. La Provincia di Trento si sta ponendo obiettivi fino al 2009 come i nostri e si può dire che forse avranno difficoltà a raggiungerli. So bene che fra i tecnici c'è un dibattito anche sulla qualità dell'organico di Trento e pare che il nostro organico, se pur inferiore di quantità, sia migliore di qualità.

Per quanto riguarda le discariche sono d'accordo con Lei, assessore, di valutare positivamente la "Richtlinie" europea per il superamento delle discariche, però teniamo conto che quando prevediamo l'inceneritore, automaticamente prevediamo una discarica, perché non è che l'inceneritore non produca materiale da mettere in disca-

rica. Sempre la ricerca dell'Università Bocconi di Milano del 2005 ha stabilito che l'inceneritore su 1000 kg di materiale bruciato ne produce 250-300 di scorie, 25, 35 kg di polvere dei filtri e 30-40 kg di fanghi. Per il nostro inceneritore da 130 mila tonnellate so che i tecnici prevedono circa 40 mila tonnellate di scorie l'anno, 2.500 tonnellate di rifiuti tossico-nocivi che dobbiamo esportare che derivano dai filtri delle polveri e diversi metri cubi all'anno di acqua che serve per l'impianto abbattimento dei fumi. Quando diciamo inceneritori diciamo quindi discarica. Il gioco bello sarebbe quello, visto che 45 mila tonnellate l'anno di materiale bisogna portarlo in discarica, di poter arrivare ad una raccolta differenziata talmente spinta da arrivare a cifre simili da portare in discarica. A quel punto forse potremmo fare a meno dell'inceneritore. Questo per puntualizzare alcune questioni.

Ritorno all'ordine del giorno che chiede alla Provincia di Bolzano una riflessione sul fatto dell'opportunità di riportare al 60%, come era nel primo piano di gestione dei rifiuti, la percentuale di raccolta differenziata dell'umido e di poter in qualche modo prevedere un dimensionamento inferiore dell'inceneritore. Credo che questo obiettivo sia comune a tutti in quest'aula. La differenza è l'ottimismo o il pessimismo della nostra capacità di raggiungere un obiettivo del genere. La Provincia era stata ottimista all'inizio fissando il 60%, si è fatta prendere dal pessimismo riportandolo al 40%, darebbe un segno di ottimismo se lo riportasse di nuovo al 60%, cioè ad un livello che aveva ritenuto possibile anni fa. Quindi spero che vinca l'ottimismo sul pessimismo e che questo ordine del giorno possa essere accettato.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meiner Replik schon einiges zu diesem Beschlussantrag gesagt. Die Provinz Trient hat mit dem neuen Abfallplan neue Zielvorgaben für 2009 definiert, sie sind sehr hoch angesetzt. Ich wünsche, dass es der Provinz gelingt, diese Ziele auch zu erreichen.

Ich gehe auf die Bereiche Papier, Metall, Karton und Glas nicht mehr ein, sondern bleibe beim Biomüll, wo wir eine Reduzierung von 60 % auf 40 % vorgesehen haben, nicht im Gesetzentwurf, sehr wohl aber im Abfallplan. Diese Reduzierung wurde nicht getätigt, weil wir das nicht erreichen könnten, sondern aus der Überzeugung heraus, dass es in diesem ausgeprägten Maße nicht notwendig und vielleicht auch nicht zielführend ist. Es braucht in der Abfallpolitik auch ein gewisses Maß an Vernunft und an Gespür für das Machbare. Wenn man in bestimmten Bereichen übertreibt, kann man sich auch die Mitarbeit der Bürger oft verscherzen. Es ist aber auch so, dass wir ganz gezielt anregen, damit die Bürger die sogenannte dezentrale Kompostierung nutzen. Vor allem im ländlichen Raum ist es möglich und sinnvoll, den Biomüll sozusagen im eigenen Garten zu verwerten. Das propagieren und fördern wir, und das soll auch so gemacht werden. Von der praktischen Handhabe her sind 40 % auch schon sehr viel, denn derzeit sind wir bei 25 %, wir müssen uns also fast verdop-

peln. Das muss erst gemacht werden, wenn man sieht, wie schwer man sich bei der Umstellung tut - ich spreche wieder von Bozen. Da beginnt man mit sehr kleinen Mengen. Würde Bozen allein 40 % sammeln müssen, wäre das sehr viel. Ich möchte hierzu auf eine Abänderung hinweisen, die wir vorgenommen haben, und zwar in der Form, dass bis zum neuen Abfallplan die Regelung galt, dass jede Gemeinde 60 % erreichen musste. Wir haben hier eine Abänderung nicht nur bezüglich des Prozentsatzes gemacht, sondern auch was die Bezugsgröße betrifft. Es ist somit nicht mehr die jeweilige Gemeinde die Bezugsgröße, sondern die Bezirksgemeinschaft, d.h. die 40 % müssen auf Bezirksgemeinschaftsebene erreicht werden. Das ermöglicht, dass man beispielsweise im Bezirk Burggrafenamt in der Gemeinde Laurein wahrscheinlich nicht Biomüll sammeln wird, weil zum einen der finanzielle Aufwand zu groß wäre und zum anderen gerade in dieser Gegend eine dezentrale Kompostierung auch machbar ist. Deshalb hat es diese doppelte Abänderung gegeben, die sicher sehr zielführend und sinnvoll ist. Wir glauben, dass 40 % bereits recht ehrgeizig sind.

Strukturen, die wir jetzt gebaut haben, wie die Vergärungsanlage von Biomüll, d.h. dessen thermische Verwertung, in Lana, lassen den Raum Meran und auch den Raum Bozen miteinfließen. Im Pustertal wird das bereits gemacht und im Vinschgau wird man damit beginnen. Wir haben hier schon Strukturen geschaffen, die man jetzt nutzen muss und die noch nicht ausgelastet sind. Wenn wir diese 40 % erreichen wollen, muss die Bevölkerung sehr stark an diesem Konzept teilhaben, ansonsten werden wir diese 40 % nicht erreichen. Deshalb betrachte ich die 80 % im Trentino wohl mehr als eine strategisch politische Zielrichtung, aber von der praktischen Umsetzung her eher als nicht zielführend. Dies zum ersten Teil des Beschlussantrages.

Die Dimension des Verbrennungsofens ist das Ergebnis all dieser verschiedenen Elemente. Zum einen die Quote, der Prozentsatz der getrennten Sammlung, aber auch die Entwicklung im Lande selbst, das Bevölkerungswachstum, das Wirtschaftswachstum, der Tourismus, das alles muss zum heutigen Stand mit einkalkuliert und in die Zeit hinein projiziert werden. Das ist gar nicht so einfach. Deshalb ist diese Summe, dieses Ziel, nicht so einfach politisch zu verschieben, das geht gar nicht. Es braucht hier diese Hintergrundinformation, und dann ist diese Dimension das Ergebnis dieses Gesamtkonzeptes und insofern auch nicht veränderbar. Ansonsten stimmt das Gefüge nicht mehr. Wir müssen in allen Bereichen diese Zielvorgabe umsetzen, damit der Ofen die richtige Dimension hat. Wenn wir die 40 % nicht erreichen, dann ist er bereits zu klein. Wir müssen hier in allen Bereichen massiv daran arbeiten, dass wir bis zum Jahre 2010 diese Vorgaben, sprich diese technischen Vorleistungen, erfüllen können, damit der Ofen dann die richtige Dimension hat und auch in die Zeit hinein entsprechend arbeiten kann. Eine solche Anlage funktioniert dann am besten, wenn sie konstant auf einem hohen Prozentsatz laufen kann. Ein Ein- und Ausschalten geht nicht gut, auch nicht ein Auf- und Abdimensionieren. Es braucht eine Grundlast, die man durchziehen muss, einen solchen Ofen muss man hochfahren - technisch ausgedrückt - und dann muss er auf dieser Höhe bleiben. Man verwendet nur wenige Tage

für die Generalwartung, dann muss man ihn wieder hochfahren und er fährt dann den Rest des Jahres wieder weiter, um diese entsprechende Verwertung vornehmen zu können.

Aus dieser Logik heraus spreche ich mich gegen die Annahme dieses Beschlussantrages aus.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, ab: mit 5 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Landesplan zur Abfallwirtschaft.

Ordine del giorno n. 3, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente Piano provinciale per la gestione dei rifiuti.

Mit Schreiben des Landesrates Michl Laimer vom 2.11.2004 wurden die Gemeinden und Bezirksgemeinschaften ersucht, den Entwurf für die Öffentlichkeit bis zum 22. Dezember 2004 auszulegen und innerhalb der darauf folgenden 60 Tage ein begründetes Gutachten zum Vorschlag zur 2. Fortschreibung des "Abfallwirtschaftskonzeptes 2000" Kapitel 5, 7 und 9 abzugeben.

Dieser Vorschlag wurde mit Beschluss der Landesregierung Nr. 3766 vom 18.10.2004 genehmigt. Folgende wesentliche, neue Anlagen sind vorgesehen:

- *Der Bau eines neuen Müllverbrennungssofens in Bozen Süd (Stadtgemeinde Bozen) für den landesweiten Bedarf von 130.000 Tonnen jährlich.*
- *Der Bau eines Klärschlammverbrennungssofens in Tramin ("Thermische Verwertungsanlage" bei der ARA Tramin-Unterland) zur Verbrennung von 70 % des landesweit anfallenden Klärschlammes.*
- *Die Erweiterung der Mülldeponie "Frizzi Au" (Gemeinde Pfatten) um 4 ha, ca. 700.000 m³, (Genehmigungsprozedur wie beim Bau einer neuen Deponie erforderlich!).*
- *Der Bau einer Mülldeponie in der Sachsenklemme (Gemeinde Franzensfeste), ca. 530.000 m³.*

Mit Beschluss Nr. 3 vom 17.2.2005 hat der Gemeinderat von Pfatten die Stellungnahme bezüglich der "2. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2000" genehmigt und diese wurde fristgerecht am 9. März 2005 beim Amt für Abfallwirtschaft eingereicht.

Der Gemeinderat von Pfatten erteilte dem Landesplan ein negatives Gutachten und machte folgende Gegenvorschläge:

- a) *Errichtung einer einzigen Anlage für die thermische Behandlung der Abfälle und Schlämme mit einer Leistungsfähigkeit, die jener entspricht, die für die Anlagen von Bozen-Süd und Tramin vorgesehen sind, und zwar im Inneren des Virglberges, versehen mit*

- einem auf der Bergkuppe austretenden Kamin und mit einem geeigneten Eisenbahnanschluss;
- b) Errichtung einer neuen Deponie auf dem Mitterberg, welche jene ersetzen soll, die im Vorschlag zur Aktualisierung und Bonifizierung der bestehenden Deponien vorgesehen sind, und zwar des so genannten Pasquali-Hügels in Bozen-Süd, der alten und neuen Deponie bei Schloss Sigmundskron, der Deponie auf der Gand, jener im Katzental und jener auf der Frizzi-Au. Von diesen befinden sich allein drei innerhalb des Landschaftsschutzgebietes "Mitterberg - Montiggler Wald", zu dem noch ein Teil der Deponie auf der Frizzi-Au gehört;
- c) Schaffung eines Fensters des Eisenbahndurchstichs vom Virglberg aus, verbunden mit vertikalem Schacht zum Titschen, wodurch nicht nur Flucht- und Entlüftungswege für die Bahntunnels entstehen, sondern auch der Kamin der Verbrennungsanlage, deren Schlacken und Aushubmaterial nach oben gezogen werden könnten. Am Titschen (1600 m ü.M.) besteht geeignetes Gelände zur Errichtung einer Schlackendeponie und zur Ablagerung von Aushubmaterial des Brennerbasistunnels samt Zulaufstrecken, sodass sich die Errichtung der Deponien in der Sachsenklemme und im Riggertal erübrigt.

Zur Errichtung der Kaverne für den Verbrennungssofen im Virglberg hat Dr. Ing. Norbert Wackernell, Bozen, eine Vorstudie ausgearbeitet und bei den Baukosten überschlägig Mehrkosten im Vergleich zum Bau der Anlage in Bozen-Süd von circa 5.000.000.- Euro ermittelt.

Laut einer Kostenschätzung der Strabag AG, Wien, wird die Errichtung der Deponie am Mitterberg, die Räumung der sechs oben genannten Deponien und Einbau des gesamten Materials (3.500.000 m³) in der neuen Deponie mit circa 80.000.000.- Euro veranschlagt. Das Projekt des Landes zur Verbringung des Pasquali-Hügels (300.000 m³) auf den Kaiserberg und die Abdeckung der so genannten neuen Deponie auf dem Kaiserberg dagegen wird circa 50.000.000.- Euro kosten, wird aber die Gefährlichkeit und Abscheulichkeit des Deponiemonsters vor Schloss Sigmundskron nicht beseitigen.

Durch das Abräumen der sechs genannten Deponien könnten mindestens circa 30 ha hervorragendes Bauland geschaffen und das Katzental wieder renaturiert werden. Ganz abgesehen von ökologischen Vorteilen deckt allein schon der Baugrundwert der freigeräumten Grundstücke zweifelsohne die Meliorierungskosten.

DER SÜDTIROLER LANDTAG
verpflichtet

die Landesregierung

bei der Verwirklichung des Vorschlages zur 2. Fortschreibung des "Abfallwirtschaftskonzeptes 2000" zu folgenden Maßnahmen:

- umgehende Gegenüberstellung der Entscheidung durch die Landesregierung und des Vorschlages der Gemeinde Pfatten und Auswertung im Hinblick auf umweltrelevante und ökonomische Aspekte durch objektive Prüfer,
- Aussetzung des Beschlusses, womit die Verlegung des "Pasquali-Hügels" auf die Deponie "Sigmundskron" vergeben wurde,

- Aussetzung des Beschlusses bezüglich Errichtung eines Verbrennungsofens in Bozen-Süd,
- Prüfung der möglichen umweltrelevanten und ökonomischen Aspekte der Beförderung von Abfall- und Aushubmaterial auf der Schiene sowie die Entsorgung dieser Materialien, der Rauchgase des Verbrennungsofens und der Abgase des Tunnels am "Titschen" (Virglberg) und Erstellung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie.

Con una nota del 2 novembre 2004, l'assessore provinciale Michl Laimer aveva invitato i comuni e le comunità comprensoriali a esporre pubblicamente la bozza del piano fino al 22 dicembre 2004 e a presentare entro 60 giorni un parere motivato in merito alla proposta per un secondo aggiornamento del "Piano per la gestione dei rifiuti 2000", capitoli 5, 7 e 9.

La proposta è stata approvata con la deliberazione della Giunta provinciale n. 3766 del 18-10-2004. Sono previsti i seguenti nuovi impianti:

- costruzione di un nuovo inceneritore a Bolzano sud (Comune di Bolzano) per lo smaltimento di 130.000 tonnellate di rifiuti provenienti da tutto il territorio provinciale;
- costruzione a Termeno di un impianto (impianto di termovalorizzazione, ARA Termeno-Bassa Atesina) per l'incenerimento del 70% dei fanghi provenienti dagli impianti di smaltimento delle acque della provincia;
- ampliamento di 4 ettari (circa 70.000 metri cubi) della discarica "Ischia Frizzi" nel Comune di Vadena (è richiesta la stessa procedura di autorizzazione prevista per la realizzazione di una nuova discarica!);
- realizzazione di una discarica in località Sacco (Comune di Fortezza), con una capacità di circa 530.000 metri cubi.

Con la deliberazione n. 3 del 17-2-2005 il Consiglio comunale di Vadena ha approvato il parere relativo al "secondo aggiornamento del Piano per la gestione dei rifiuti 2000", che il 9 marzo 2005 è stato trasmesso, nei termini previsti, all'Ufficio gestione rifiuti.

Il Consiglio comunale di Vadena ha espresso parere negativo sul piano provinciale e ha avanzato le seguenti controproposte:

- a) realizzazione di un unico impianto per il trattamento termico dei rifiuti e dei fanghi con una resa pari a quella prevista per gli impianti di Bolzano sud e di Termeno, scegliendo come ubicazione il Virgolo e munendo l'impianto di un camino che fuoriesca dalla cima nonché di un adeguato collegamento alla ferrovia;
- b) realizzazione di una nuova discarica a Monte di Mezzo in sostituzione di quelle indicate nella proposta di attualizzazione e bonifica delle discariche esistenti, e cioè la "Collina Pasquali" a Bolzano sud, la vecchia e la nuova discarica di Castel Firmiano, la discarica di Ganda, la discarica "Katzental" e la discarica Ischia Frizzi. Di queste ben tre si trovano all'interno dell'area sotto tutela paesaggistica "Monte di Mezzo - Laghi di Monticolo", nella quale rientra anche una parte della discarica Ischia Frizzi;
- c) realizzazione di una finestra nel tunnel ferroviario del Virgolo, collegata mediante un pozzo verticale al Monte Titschen, che potreb-

be essere utilizzata non solo come via di fuga e per l'aerazione del tunnel ferroviario, ma anche come camino per l'inceneritore, affinché le scorie residue e gli inerti possano essere trasportati verso l'alto. Sul Monte Titschen (a 1600 m di altitudine) c'è spazio a sufficienza per la costruzione di una discarica per il deposito del materiale di scavo proveniente dalla galleria di base del Brennero e dalle linee di accesso, così da rendere superflua la realizzazione delle discariche in località Sacco e in Val di Riga.

Per la realizzazione della caverna per l'inceneritore del Virgolo, l'ing. Norbert Wackernell di Bolzano ha predisposto uno studio preliminare e preventivato un costo di costruzione che supera di circa 5 milioni di euro quello dell'inceneritore di Bolzano sud.

Secondo una stima dei costi effettuata dalla Strabag AG, di Vienna, la costruzione della discarica a Monte di Mezzo, lo smantellamento delle sei discariche di cui sopra e il trasferimento di tutto il materiale (3.500.000 metri cubi) nella nuova discarica costerebbero circa 80 milioni di euro. Il progetto della Provincia relativo al trasferimento della Collina Pasquali (300.000 metri cubi) a Castel Firmiano e la copertura della cosiddetta nuova discarica a Castel Firmiano costerà invece circa 50 milioni di euro, ma ciò non eliminerà il problema della pericolosità e dell'impatto di una gigantesca discarica davanti a Castel Firmiano.

Lo smantellamento delle sei discariche sopra citate consentirebbe di recuperare circa 30 ettari di prezioso terreno edificabile e di rinaturare la Katzental. A parte i vantaggi dal punto di vista ambientale, il solo valore dei terreni edificabili recuperati coprirebbe sicuramente i costi di miglioramento.

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna**

la Giunta provinciale

ad adottare i seguenti provvedimenti contestualmente alla realizzazione della proposta per il secondo aggiornamento del "Piano per la gestione dei rifiuti 2000":

- *immediata comparazione della decisione della Giunta provinciale con la proposta del Comune di Vadena e valutazione imparziale tenendo conto degli aspetti ambientali ed economici;*
- *sospensione della deliberazione con cui è stato assegnato il trasferimento della "Collina Pasquali" nella discarica di Castel Firmiano;*
- *sospensione della deliberazione riguardante la costruzione di un inceneritore a Bolzano sud;*
- *analisi delle ripercussioni ambientali e degli aspetti economici del trasporto su rotaia del materiale di scarto e di scavo, nonché del relativo smaltimento oltre che del trattamento degli effluenti gassosi dell'inceneritore e dei gas di scarico della galleria sotto il Monte Titschen (Virgolo), e predisposizione di uno studio di fattibilità al riguardo.*

Ich ersuche um die Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Dies ist ein Beschlussantrag, den wir im April vergangenen Jahres, also vor fast genau einem Jahr, eingereicht haben, und weil das Thema jetzt aktuell ist, haben wir ihn zu einer Tagesordnung umgewandelt. Wir möchten der Landesregierung einfach nahe legen, noch einmal darüber nachzudenken, ob man nicht auch andere Vorschläge aufgreifen, diese vergleichen und gegenüber stellen sollte, um die bestmöglichen Lösungen für irgendwelche Probleme zu finden.

Im gegenständlichen Fall geht es darum, dass das Land seinerzeit den Gemeinden den Landesplan zur Abfallwirtschaft zur Begutachtung vorgelegt hat. Durch die Antwort auf eine von uns gestellte Anfrage konnten wir feststellen, dass rund zwei Drittel der Gemeinden dazu auch eine Stellungnahme abgegeben haben. Das bedeutet aber auch, dass ein Drittel keine Stellungnahme abgegeben hat, obwohl es ja vor allem auch die Gemeinden betrifft, die in diesem Bereich Zuständigkeit haben. Deshalb verwundert es uns sehr, dass eben ein Drittel der Gemeinden keine Stellungnahme zum erwähnten Landesplan abgegeben hat.

Negative Stellungnahmen kamen von den Gemeinden Branzoll, Auer, Pfatten, Tramin und Kaltern und daraus ist ersichtlich, dass es vor allem um bestimmte Projekte geht, von denen diese Gemeinden in besonderer Weise betroffen sind. Wir haben den Vorschlag der Gemeinde Pfatten aufgegriffen, weil er auf einer Studie beruht, die, so denke ich, sorgfältig gemacht worden ist. Die Gemeinde Pfatten hat schon im Jahre 1988 die Universität Venedig beauftragt, eine Umweltverträglichkeitsstudie bezüglich "Frizzi Au" zu erstellen. Die Verfasser dieser Studie schließen die Errichtung einer Mülldeponie im ehemaligen Flussbett unmittelbar beim Zusammenfluss zwischen den Flüssen Etsch und Eisack aus hydrologischen Gründen kategorisch aus. Das Gutachten kann unserer Einschätzung nach nach wie vor als Grundlage zu einer Diskussion geltend gemacht werden. Es heißt immer, wenn man irgendein Projekt ablehnt, sollte man aber auch einen Gegenvorschlag machen. Die Gemeinde Pfatten hat damals den Gemeindenverband aufgefordert und zudem alle Gemeinden von Salurn bis Franzensfeste eingeladen, eventuell eine gemeinsame Stellungnahme zu erarbeiten. Der Gemeindenverband hat offensichtlich geschlafen bzw. ist in dieser Angelegenheit nicht sehr rührig gewesen, und man hat diese wenigen Gemeinden allein gelassen. Das ist jetzt nicht ein Vorwurf an die Landesregierung, sondern an den Gemeindenverband, den ich hier ganz klar erhebe. Die Gemeinde Pfatten hat diesen Vorschlag vorangetrieben und ich denke, dass es vernünftig wäre, wenn man sechs bestehende, teilweise äußerst gefährliche Deponien entsorgen und zu einer einzigen zusammenführen könnte, wo auch noch Kapazität für weitere Jahre vorhanden wäre, wie es z. B. am Mittelberg der Fall ist. Ich weiß, der Landesrat wird mir jetzt antworten, dass diese Deponie dann im Naturschutzgebiet liegen würde, aber dann müsste ich ihm entgegen halten, dass drei, bzw. dreieinhalb der zur Zeit zu entsorgenden Deponien auch im Naturschutzgebiet liegen. Man muss einen Standort finden, der auch sicher ist, und das hier wäre eine Möglichkeit, die schon da ist. Bei den Abgrenzungen der Naturschutzgebiete ist

die Landesregierung ja auch erfinderisch! Wie es damals um die Mülldeponie in der Sachsenklemme ging, hat man nicht die Mülldeponie an den Naturpark angepasst, sondern umgekehrt, man hat einfach die Grenzen des Naturparks geändert. Folgedessen könnte man auch hier diesen Teil, wenn man wollte, aus dem Naturschutzgebiet ausklammern.

Dieses Gebiet ist geologisch und hydrologisch sicher, hat ein riesiges Fassungsvermögen und wenn die Gemeinde selbst einen Vorschlag macht, auf einem ihrer Gebiete eine so große Anlage zu errichten, dann denke ich, sucht sie sich nicht etwas Problematisches aus. Das sollte man bei dieser Diskussion auch berücksichtigen.

Diese sechs Deponien könnten wirklich entsorgt und saniert werden. Immer wieder hören wir - so steht es auch in der heutigen Tageszeitung -, dass auf den Mülldeponien hochgiftige Substanzen lagern und dass bei einer Sanierung nicht unbedingt absolute Sicherheit vorherrscht. Wenn man schon ein so großes Konzept verwirklichen will, dann sollte man es auch gründlich tun. Wir regen eine Gegenüberstellung an. Wir sind nicht die Techniker, die sagen können, dass das eine besser als das andere ist, aber es ist ein Gegenvorschlag da und wenn man die betroffenen Gemeinden ernst nimmt, dann sollte man zumindest eindeutig nachweisen, dass die eine Vorgehensweise besser als die andere ist.

Dazu käme noch, dass man durch diese Arbeit 30 Hektar hochwertiges Bauland schaffen würde, wovon es im Bozner Talkessel eh nicht unbedingt viel gibt. Das käme als positiver Aspekt dazu; was die Kosten anbelangt, wäre die Realisierung dieses Vorhabens ein bisschen teurer als jene der derzeitigen Projekte. Klar, müsste man hier auch eine Gegenüberstellung machen. Wenn die Kosten sehr viel höher wären, würde dieses Projekt vielleicht ausscheiden, aber 5 Millionen Euro Unterschied - sollten alle Berechnungen stimmen -, wären aus unserer Sicht vertretbar.

Wir haben den Vorschlag zur Errichtung einer möglichen Kavernenanlage im Verbrennungsofen aufgegriffen, auch darüber sollte diskutiert werden. Ich rege an, bei der Abstimmung über diesen Beschlussantrag über diesen Punkt getrennt abzustimmen, weil man hier sicherlich auch anderer Meinung sein kann, und vor allem weiß ich, wie fortgeschritten diese Situation bereits ist. Ich habe hier den Beschluss, den die Landesregierung am 2. Mai gefasst hat, betreffend die "Genehmigung des Ausführungsprojektes für die thermische Restmüllverwertungsanlage in der Gemeinde Bozen". Das heißt, dass wir mit unserem Beschlussantrag sicher zu spät sind, weshalb dieser letzte Teil auch entfallen kann. Grundsätzlich sollte man darüber nachdenken, ob es nicht besser wäre, diese alten Deponien im Bozner Bereich auf eine einzige zu verfrachten, die man planen kann, die man sicher gestalten kann und wo man wirklich ein riesiges Areal an Bauland wiedergewinnen könnte. Es wäre sicher im Interesse der Allgemeinheit und auch im Interesse der betroffenen Gemeinden, speziell Pfatten und dem Unterland.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Der beschließende Teil dieses Antrages klingt sehr einleuchtend, ich bin absolut nicht in der Lage jetzt über die Vorschläge der Gemeinde Pfatten ein Urteil abzugeben, das müsste man intensiv studieren und auch die notwendige Fachkenntnis haben. Nachdem sich der Vorschlag darauf reduziert, noch einmal eine Gegenüberstellung zu verlangen, denke ich, kann man ihm aber ohne weiteres zustimmen. Selbstverständlich stimmen wir auch zu, über den Punkt 'Aussetzung des Beschlusses bezüglich Errichtung eines Verbrennungsofen in Bozen-Süd' mit all den Einschränkungen, wie Kollege Leitner vorhin gesagt hat, getrennt abzustimmen. Ich würde hinzufügen, dass die Errichtung einer Mülldeponie in der Sachsenklemme noch einmal einer intensiven archäologischen Untersuchung unterzogen werden sollte, weil wir wissen, dass auch das ein sehr heiß umstrittenes Thema ist. Insofern ein Ja zu diesem Antrag.

Ich möchte diesen Antrag gerne nützen, um eine prinzipielle Frage an Landesrat Laimer zu stellen. Pius Leitner bezieht sich hier auf den Vorschlag der zweiten Fortschreitung des Abfallwirtschaftskonzeptes. Inzwischen ist dieses bereits von der Landesregierung genehmigt und somit kein Vorschlag mehr, sondern ein definierter Fachplan. Wir diskutieren hier im Landtag ganz häufig über Details von Fachplänen, zum Beispiel über Details zum Sozialplan, zum Skipistenplan, zum Verkehrsplan, zur Pusterer Straße usw. Der Landtag hat die Möglichkeit, sich in Form von Detailanträgen zu Wort zu melden, während die ganz großen Planungsunterlagen für die nächsten, im besten Fall, 10 Jahre - wir wissen, dass es nicht so ist, weil die Fachpläne ja in viel kürzeren Zeitplänen abgeändert werden können - am Landtag vorbeigehen. Aus unserer Sicht wäre es viel besser, wenn wir global diskutieren würden, z.B. darüber, wie sich die Abfallwirtschaft in Zukunft entwickeln soll, denn ansonsten hat Landesrat Laimer Recht, wenn er sagt, dass, wenn wir nur ein Stückchen ändern, dann das Gesamtkonzept nicht mehr stimmt. Das war Ihr Einwand von vorher. Das hat auch eine Logik, aber das Gesamtkonzept wird im Landtag ja nicht diskutiert! Vor allem sehr sozial relevante und umweltrelevante Fachpläne, z.B. der Energieplan, der Wasserplan, aber auch der Sozialplan, der momentan in den Gemeinden diskutiert wird, oder der Skipistenplan, der reformiert wird, oder der Schotterplan, der jetzt gerade vorgelegt wird, sollten doch im Landtag diskutiert werden, nicht weil wir die Prozedur, die vorgesehen ist, nicht gut finden, nämlich dass die Gemeinden ihre Stellungnahmen zu den einzelnen Plänen abgeben können, aber nach der Runde durch die Gemeinden sollten diese, versehen mit den Stellungnahmen aus den Gemeinden, im Landtag behandelt werden, vielleicht mit einer Anhörung des Rates der Gemeinden, der die Stellungnahmen der Gemeinden zusammenfasst. Wir hier im Landtag hören uns diese an, was die Landesregierung will, wissen wir ja vom ursprünglichen Vorschlag derselben, und die endgültige Entscheidung sollte dann der Landtag treffen. Nur so können wir uns ein Gesamturteil leisten, weil es auch wirklich um das Wesentliche geht. Wir wissen, dass der LEROP nur allgemein formulierte Ziele enthält und es ist auch bereits viel Kritik angebracht worden, dass Ziele auch manchmal widersprüchlich sind und

dass dann die konkrete Entscheidung, welches Ziel letztendlich zum Zug kommt, eigentlich mit dem Fachplan fällt.

Meine Frage und mein Wunsch an Landesrat Laimer ist: Ist es möglich, das vielleicht in die Reform der Raumordnung einfließen lassen zu können, um auch eine demokratische Meinungsfindung zu den Fachplänen zu ermöglichen? Natürlich müsste man dann den entsprechenden Artikel im Raumordnungsgesetz abändern.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Prendo atto di questo documento, come prendo atto della replica istituzionale del comune di Vadena che il 17.2.2005 rispondendo alla specifica richiesta della Provincia, essendo chiamata ad approvare il parere relativo al secondo piano dei rifiuti 2000, ha dato parere negativo. Le ragioni del parere negativo sono tecniche, e penso che né io né altri in quest'aula che non sono tecnici sono in grado di giudicare. Sicuramente esiste questa presa di posizione che i tecnici del comune di Vadena avranno vagliato. Se l'hanno espressa in una proposta istituzionale avranno le loro ragioni che non possono essere inferiori alle ragioni espresse dalla Provincia con il suo secondo piano che è stato invece sviluppato in precedenza e sottoposto ai comuni.

Chiedo all'assessore se gli è arrivato questo parere negativo, così come le ragioni della negatività del comune di Vadena, che sono state riportate dai colleghi dei Freiheitlichen. Queste proposte alternative del comune di Vadena sono state sottoposte ai tecnici provinciali per essere valutate e per essere eventualmente scartate. In questo caso su quali basi? È stata data una risposta per iscritto al comune di Vadena in maniera che possa garantire in qualche modo che le sue proposte non sono confacenti agli specifici programmi provinciali e che comunque queste alternative proposte non sono in qualche modo migliori del secondo piano presentato dalla Provincia? Se questo è accaduto, chiedo venia, ma se non è accaduto, mi chiedo per quale motivo ciò non sia accaduto, a meno che non si parta dalla presunzione di sapere sempre di più degli altri e non si cerchi di dare delle risposte quando questi, con delle proposte alternative, non con ragioni strumentali, e questo è il bello del comune di Vadena in questa situazione, non dice no, ma propone una soluzione alternativa. Non sono in grado di valutare se queste alternative sono meglio o peggio di quanto proposto dal piano provinciale, ma sicuramente sono meritevoli di una risposta che vada ad affermare le ragioni della Provincia e vada a negare le ragioni del comune di Vadena, quindi una risposta tecnica oltre che politica.

Ciò detto, e mi auguro che Lei mi risponda, esiste un problema che va posto per una ragione istituzionale. Le traduzioni dei documenti, che per il resto sono sempre perfette e precise, qualche volta non sono corrette nella lingua madre del proponente, specialmente quando sono riferite a località. Nella parte impegnativa i colleghi dei Freiheitlichen dicono "gas di scarico della galleria sotto il monte Titschen ". Cedo che il tanto vituperato dott. Ettore Tolomei anche al monte "Titschen" avrà pensato di dare un nome italiano, quindi ritengo che nella lingua italiana il monte "Titschen" si chiami

diversamente. Non so come si chiami, ma credo che un nome ce l'abbia, e chiedo quindi che venga tradotto correttamente.

La stessa cosa è riferita alla valle "Katzental". Questa valle non so dove sia. Considerati i rifiuti che ci sono sopra potrebbe venirmi una traduzione facile, ma non lo so. Anche a questa valle l'ottimo Tolomei avrà dato un nome in lingua italiana. Pretendo che nel documento iscritto all'ordine del giorno, tradotto in lingua italiana, ci sia l'esatta denominazione voluta da Ettore Tolomei e da me sicuramente accettata quale cittadino italiano dell'Alto Adige. Non posso votare se non so dove si trovano la "Katzental" e il monte "Titschen".

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Leitner, ich weiß nicht, wie ernsthaft Sie hinter diesem Beschlussantrag stehen. Ich gehe mal davon aus, dass Sie das, was Sie hier fordern auch effektiv für richtig empfinden. Allerdings weise ich darauf hin, dass hier schon sonderbare Dinge verlangt werden. Eines ist, wenn man eine Deponie im Schutzgebiet saniert - was wir auch mit viel Geld machen -, aber dann den Mut aufzubringen und zu sagen, eine neue Deponie sollte in einem Schutzgebiet errichtet werden, das kommt mir doch etwas gewagt vor! Auf jeden Fall deckt sich das nicht mit der Einstellung der Landesregierung in puncto Schutzgebiet. Darüber hinaus weise ich Sie darauf hin, dass, wenn Sie daran gedacht haben, dass durch das Abtransportieren des Mülls am Kaiserberg Bauland entstehen würde, das rein theoretisch zwar möglich wäre, dass ich aus urbanistischer Sicht aber komplett dagegen wäre. Vielleicht erklärt sich einiges, wenn man hinterfragt, wem diese Gründe gehören, und dann kann man nachvollziehen, woher solche Gutachten kommen. Ich lade Sie ein, diesen Weg rückwärts zu beschreiten und da kommen Sie auf ganz sonderbare Konstellationen. Die Vergleiche sind natürlich gemacht worden, alle Vorschläge der Gemeinden sind ernst genommen und auch geprüft worden. Man hat hier sicherlich eine sehr ausgewogene Entscheidung getroffen und mittlerweile ist diese ja schon in der Umsetzungsphase.

Zum Bau des Ofens: man hat die Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht, es fällt demnächst die Entscheidung im technischen Landesbeirat und noch im Herbst soll mit der Ausschreibung der Arbeiten begonnen werden. Es muss ein Zeitplan eingehalten werden, 2009, spätestens 2010 muss die neue Anlage stehen. Das jetzt alles auszusetzen, würde die Einhaltung dieses Termins unmöglich machen und all die eingeleiteten Verfahren völlig ab absurdum führen. Den Verbrennungsofen nicht zu bauen, würde heißen, dass man eine neue Projektierung, neue Vergleiche und neue Studien machen müsste, um am Ende dennoch dasselbe Ergebnis zu erhalten. Es steht nichts dafür, so ein Verfahren in die Wege zu leiten. Auch was den Transport des Mülls mit dem Zug betrifft, muss ich sagen, dass dies recht gut klingt, aber der Müll muss ja dann von der Ortschaft zum Zug gebracht, umgeladen und dann wieder umgeladen werden. Es sind also nicht nur Kostenfaktoren, sondern auch Geruchsprob-

leme, die damit zusammenhängen. Das alles hat man bewertet und man muss die ganze Sache vernünftig angehen.

Abgesehen davon ist Ihr Vorschlag nicht nur unwesentlich teurer, sondern in der Gesamtdimension ca. 50 bis 60 Millionen Euro teurer! Das würde bedeuten, dass die Müllgebühren um ca. 50 % angehoben werden müssten. Wenn Sie das den Bürgern vermitteln wollen, um am Ende die gleiche Verbrennungstechnik zu haben, aber nicht dort, wo wir sie geplant haben, sondern drinnen in einem Berg, dann soll das Ihre Botschaft sein! Wir haben diese Bewertung gemacht und sind zu einem anderen Schluss gekommen. Wir möchten die Anlage dort realisieren, wo sie jetzt geplant ist. Im Vorfeld des Baues muss saniert werden, die Kosten sind relativ hoch, können aber in der 25-jährigen Laufzeit der Anlage bei gleich bleibenden Tarifen gedeckt werden. Deshalb glaube ich, dass es nicht Sinn macht, jetzt all diese Verfahren und Ausführungsphasen auszusetzen und neue Studien anzustellen, einmal mit dem Hinweis, dass diese bereits gemacht worden sind, und, zweitens, weil eben die nachfolgenden entsprechenden Schritte bereits gesetzt worden sind.

Über die Frage, welche Fachpläne in welcher Form behandelt werden sollen sollten wir am besten reden, sobald wir den LEROP behandeln. Diese Frage ist nicht Gegenstand des Gesetzes und auch nicht des Beschlussantrages.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung des Beschlussantrages. Bitte, Abgeordneter Leitner.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nur, damit klar ist, was zur Abstimmung kommt, eben nur die Prämissen und die beiden ersten Punkte des beschließenden Teiles. Wir möchten, dass die beiden letzten Punkte des beschließenden Teiles nicht zur Abstimmung kommen, weil das Ausführungsprojekt schon genehmigt ist.

PRÄSIDENTIN: Ich wiederhole, es gibt eine einzige Abstimmung über den Beschlussantrag, und zwar über die Prämissen und die beiden ersten Punkten des beschließenden Teiles, der Rest fällt weg. Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 3 ab: mit 6 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun zum Übergang zur Artikeldebatte ab: einstimmig genehmigt.

*I. TITEL
ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG
I. Abschnitt
Allgemeine Grundsätze
Art. 1
Anwendungsbereich*

Dieses Gesetz regelt die Bewirtschaftung der Abfälle, der Verpackungen und der Verpackungsabfälle in den verschiedenen Phasen des Einsammelns, der Beförderung, der Verwertung und der Beseitigung

einschließlich der Überwachung dieser Vorgänge, außerdem die Sanierung von kontaminierten Böden sowie den Bodenschutz.

**TITOLO I
GESTIONE DEI RIFIUTI**

Capo I

Principi generali

Art. 1

Ambito di applicazione

1. La presente legge disciplina la gestione dei rifiuti, degli imballaggi e dei rifiuti di imballaggio nelle varie fasi di raccolta, trasporto, recupero e smaltimento, compreso il controllo di queste operazioni e la bonifica ambientale dei siti inquinati nonché la tutela del suolo.

Wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt, stimmen wir über Artikel 1 ab: einstimmig genehmigt.

Art. 2

Ziele

1. Die Abfallbewirtschaftung ist im Sinne des Vorsorgeprinzips und der Nachhaltigkeit so zu gestalten, dass durch geeignete Herstellungs-, Bearbeitungs-, Verarbeitungs- und Vertriebsformen, durch die Entwicklung geeigneter Arten und Formen von Produkten und durch ein abfallvermeidungsbewusstes Verhalten der Letztverbraucher die Mengen und die Schadstoffgehalte der Abfälle verringert und die Ressourcen geschont werden. Zudem müssen die Abfälle so verwertet oder beseitigt werden, dass die menschliche Gesundheit nicht gefährdet wird, und es dürfen keine Verfahren oder Methoden verwendet werden, welche die Umwelt schädigen können.

Art. 2

Finalità

1. La gestione dei rifiuti deve essere attuata secondo il principio di prevenzione e della sostenibilità attraverso l'utilizzo di forme idonee di produzione, di trattamento, di elaborazione e di distribuzione e attraverso lo sviluppo di tipi e forme idonee di prodotti e attraverso il comportamento diretto alla costante diminuzione di rifiuti da parte del consumatore finale per arrivare ad una riduzione delle quantità e degli inquinanti dei rifiuti e alla salvaguardia delle risorse. Inoltre i rifiuti devono essere recuperati e smaltiti senza pericolo per la salute dell'uomo e senza usare procedimenti o metodi che potrebbero recare pregiudizio all'ambiente.

Wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt, stimmen wir über Artikel 2 ab: einstimmig genehmigt.

Art. 3

Begriffsbestimmungen

1. Im Sinne dieses Gesetzes versteht man unter

- a) *Abfall*: alle Stoffe oder Gegenstände, die unter die im Anhang A aufgeführten Gruppen fallen und derer sich ihr Besitzer entledigt oder entledigen will oder entledigen muss;
- b) *Sekundärrohstoff*: Substanz oder Stoff, der die gemäß Artikel 5 festgelegten Eigenschaften aufweist;
- c) *Nebenprodukt*: die Produkte aus der Tätigkeit des Unternehmens, die obwohl sie nicht Gegenstand der Haupttätigkeit des Unternehmens bilden, kontinuierlich dem Industrieprozess des Unternehmens entspringen und tatsächlich für eine weitere Verwendung oder für den Konsum bestimmt sind. Nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen die Nebenprodukte, die direkt vom Unternehmen, das sie erzeugt, verwendet werden, oder direkt für den Konsum oder für die Verwendung gehandelt werden, ohne die Notwendigkeit, vorhergehende Veränderungen für einen nachfolgenden Produktionsprozess durchzuführen. Die Bestimmung einer effektiven Verwendung des Nebenprodukts muss aufgrund von warenkundlichen Standards und technischen Bestimmungen sowie Sicherheits- und Bereichsbestimmungen mit einer Erklärung des Erzeugers oder Besitzers bestätigt werden; diese muss vom Inhaber der Anlage, in der die effektive Verwendung erfolgt, gegengezeichnet werden. Die Verwendung des Nebenprodukts darf für die Umwelt und für die Gesundheit nicht schlechtere Bedingungen mit sich bringen als die normale Produktionstätigkeit;
- d) *problematische Hausabfälle*: Hausmüll, der Problemstoffe für die Umwelt enthält;
- e) *Erzeuger*: jede Person, durch deren Tätigkeit Abfälle angefallen sind (Abfallersterzeuger), oder jede Person, die Vorbehandlungen, Mischungen oder sonstige Behandlungen vorgenommen hat, die eine Veränderung der Natur oder der Zusammensetzung dieser Abfälle bewirken;
- f) *Besitzer*: der Erzeuger der Abfälle oder die natürliche oder juristische Person, in deren Besitz sich die Abfälle befinden;
- g) *Bewirtschaftung*: das Einsammeln, die Beförderung, die Verwertung und die Beseitigung der Abfälle einschließlich der Überwachung dieser Vorgänge sowie die Überwachung der Deponien und der Beseitigungsanlagen nach deren Schließung;
- h) *Einsammeln*: die Entnahme, die Straßenreinigung, das Zusammenstellen und das Sortieren der Abfälle für ihre Beförderung;
- i) *getrennte Sammlung*: die Trennung des Hausmülls in homogene Fraktionen, um ihn einer differenzierten Verwertung oder Beseitigung zuführen zu können;
- j) *Abfallbehandlung*: die Verwertungs- oder Beseitigungsverfahren laut den Buchstaben k) und l);
- k) *Verwertung*: die Verfahren, die mittels mechanischer, thermischer, chemischer oder biologischer Behandlung von Abfällen, einschließlich der Trennung und insbesondere der in Anhang C angeführten Verfahren, Sekundärrohstoffe, Brennstoffe oder Produkte herstellen;

- l) *Beseitigung*: jedes Verfahren, das darauf abzielt, eine Substanz, ein Material oder einen Gegenstand endgültig dem Wirtschafts- oder Sammelkreislauf zu entziehen und insbesondere die in Anhang B angeführten Verfahren. Die Beseitigung der Abfälle ist die letzte Phase der Abfallbewirtschaftung; sie erfolgt nach vorhergehender Überprüfung von technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, ein Verwertungsverfahren durchzuführen und unter Berücksichtigung folgender Vorschriften:
- 1) die Errichtung und die Führung von neuen Verbrennungsanlagen dürfen nur dann ermächtigt werden, wenn mit dem Verbrennungsprozess ein Energierückgewinn gewährleistet ist, wobei eine Mindestquote des Heizwertes der Abfälle in nutzbare Energie umgewandelt werden muss;
 - 2) die Ausfuhr und Einfuhr von nicht gefährlichem Hausmüll, der der Beseitigung zugeführt wird, sind verboten, unbeschadet der Abkommen mit anderen Regionen oder auf internationaler Ebene;
- m) *Ort der Erzeugung der Abfälle*: ein oder mehrere Gebäude oder Anlagen oder Infrastrukturf lächen, die innerhalb einer abgegrenzten Fläche miteinander verbunden sind, in denen die Produktionstätigkeiten durchgeführt werden, aus denen die Abfälle anfallen;
- n) *Deponie*: eine Anlage für die Beseitigung von Abfällen, definiert in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) des Dekretes des Landeshauptmannes vom 26. September 2005, Nr. 45;
- o) *Zwischenlagerung*: Phase der Abfallbeseitigung, welche die Tätigkeiten der Lagerung von Abfällen laut Punkt D15 des Anhangs B umfasst;
- p) *Ansammlung*: Phase der Abfallverwertung, welche die Tätigkeiten der Lagerung von Materialien laut Punkt R13 des Anhangs C umfasst;
- q) *zeitweilige Lagerung*: die Lagerung der Abfälle, die vor dem Einsammeln am Ort ihrer Entstehung vorgenommen wird und zwar unter Einhaltung der von der Landesregierung festgelegten technischen Vorschriften. Die Abfälle, die bei Wartungstätigkeiten oder bei demjenigen, der handwerkliche Tätigkeiten oder einen Austausch von Gütern bei Dritten durchführt, oder bei Gesundheitsdiensten anfallen, werden als Abfälle angesehen, die am Sitz oder Domizil der Person angefallen sind, die diese Tätigkeiten durchgeführt hat;
- r) *Sanierung*: die Gesamtheit der Maßnahmen um die Quellen der Verunreinigung und die verunreinigenden Substanzen zu beseitigen oder die Konzentration der verunreinigenden Substanzen im Boden, im Untergrund, im Oberflächengewässer oder im Grundwasser auf einen Stand zu verringern, welcher gleich oder unter den festgelegten Grenzwerten liegt;
- s) *Beseitigung der eigenen Abfälle*: die Beseitigung von Abfällen am Ort ihrer Entstehung mit Ausnahme der Tätigkeiten laut den Punkten D2, D8, D9, D13, D14 und D15 des Anhangs B;
- t) *Brennstoff aus Abfall*: Brennstoff, der aufgrund der technischen Normen UNI 9903-1 als RDF (Refuse Derived Fuel) von normaler Qualität klassifiziert wird, der unter Berücksichtigung der Rangordnung der möglichen Behandlungen aus Hausmüll und nicht

- gefährlichen Abfällen gewonnen wird, wobei durch die Behandlung die gefährlichen Stoffe für die Verbrennung beseitigt werden und ein angemessener Heizwert gewährleistet wird;
- u) *Brennstoff aus Abfall von besonderer Qualität: Brennstoff, der aufgrund der technischen Normen UNI 9903-1 als RDF (Refuse Derived Fuel) als von besonderer Qualität klassifiziert wird;*
 - v) *Qualitätskompost: Produkt aus der Kompostierung der organischen Fraktion des Hausmülls, der landwirtschaftlichen Abfälle und der Abfälle aus der industriellen Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte unter Beachtung der technischen Bestimmungen, welche die Inhaltstoffe und deren umwelt- und gesundheitsgerechte Verwendung sowie die Qualitätskriterien festlegen;*
 - w) *Sekundärrohstoffe für die Stahl- und Metallindustrie:*
 - 1) *eisen- und nicht eisenhaltige Metalle, die aus der Wiederverwertung stammen und den Vorgaben laut CECA, AISI, CAEF, UNI, EURO oder anderen nationalen und internationalen Vorgaben entsprechen;*
 - 2) *Metallreste, die aus Industrie- oder handwerklichen Tätigkeiten oder aus dem Produktions- oder Konsumzyklus stammen, mit Ausnahme der getrennten Sammlung, die von Anfang an dieselben Eigenschaften wie jene der unter Punkt 1) angeführten Vorgaben aufweisen. Die Lieferanten und Erzeuger von Sekundärrohstoffen für die Stahl- und Metallindustrie aus europäischen und nicht europäischen Ländern sind in eine Sondersektion des nationalen Verzeichnisses der Abfallbewirtschaftungsunternehmen eingetragen;*
 - x) *Altöl: mineralische und synthetische Schmier- und Industrieöle, die für den Verwendungszweck, für den sie ursprünglich bestimmt waren, ungeeignet geworden sind, insbesondere gebrauchte Verbrennungsmotoren- und Getriebeöle, mineralische Maschinen-, Turbinen- und Hydrauliköle sowie Öle aus gebrauchten Filtern.*

Art. 3

Definizioni

1. Ai fini della presente legge si intende per

- a) *rifiuto: qualsiasi sostanza od oggetto che rientra nelle categorie riportate nell'allegato A e di cui il detentore si disfi o abbia deciso o abbia l'obbligo di disfarsi;*
- b) *materia prima secondaria: sostanza o materia avente le caratteristiche stabilite ai sensi dell'articolo 5;*
- c) *sottoprodotto: i prodotti dell'attività dell'impresa che, pur non costituendone l'oggetto dell'attività principale, scaturiscono in via continuativa dal processo industriale dell'impresa stessa e sono effettivamente destinati ad un ulteriore impiego o al consumo. Non sono soggetti alle disposizioni della presente legge i sottoprodotti impiegati direttamente dall'impresa che li produce o commercializzati direttamente per il consumo o per l'impiego, senza la necessità di operare trasformazioni preliminari per un successivo processo produttivo. La destinazione del sottoprodotto ad effettivo utilizzo in base agli standard merceologici e alle norme tecniche, di sicurezza e di settore deve essere attestata tramite una dichiarazione del produttore o detentore, controfirmata dal titolare del-*

- l'impianto dove avviene l'effettivo utilizzo. L'utilizzo del sottoprodotto non deve comportare per l'ambiente o la salute condizioni peggiorative rispetto a quelle della normale attività produttiva;*
- d) *rifiuti urbani problematici: i rifiuti urbani contenenti sostanze problematiche per l'ambiente;*
 - e) *produttore: la persona la cui attività ha prodotto rifiuti (produttore iniziale dei rifiuti) o che ha effettuato operazioni di pretrattamento o di miscuglio o altre operazioni che hanno mutato la natura o la composizione dei rifiuti;*
 - f) *detentore: il produttore dei rifiuti o la persona fisica o giuridica che li detiene;*
 - g) *gestione: la raccolta, il trasporto, il recupero e lo smaltimento dei rifiuti, compreso il controllo di queste operazioni, nonché il controllo delle discariche e degli impianti di smaltimento dopo la chiusura;*
 - h) *raccolta: l'operazione di prelievo, di spazzamento strade, di raggruppamento e di cernita dei rifiuti per il loro trasporto;*
 - i) *raccolta differenziata: la raccolta idonea a raggruppare i rifiuti urbani in frazioni merceologiche omogenee al fine del loro avvio a recupero o smaltimento;*
 - j) *trattamento rifiuti: le operazioni di recupero o di smaltimento di cui alle lettere k) e l);*
 - k) *recupero: le operazioni che utilizzano rifiuti per generare materie prime secondarie, combustibili o prodotti, attraverso trattamenti meccanici, termici, chimici o biologici, inclusa la cernita, e, in particolare le operazioni previste nell'allegato C;*
 - l) *smaltimento: ogni operazione finalizzata a sottrarre definitivamente una sostanza, un materiale o un oggetto dal circuito economico o di raccolta, e, in particolare le operazioni previste nell'allegato B. Lo smaltimento dei rifiuti costituisce la fase residuale della gestione dei rifiuti, previa verifica della possibilità tecnica ed economica di esperire le operazioni di recupero e deve comunque tener conto delle seguenti prescrizioni:*
 - 1) *la realizzazione e la gestione di nuovi impianti di incenerimento possono essere autorizzate solo se il relativo processo di combustione è accompagnato da recupero energetico con una quota minima di trasformazione del potere calorifico dei rifiuti in energia utile;*
 - 2) *è vietata l'esportazione e l'importazione di rifiuti urbani non pericolosi ai fini dello smaltimento, fatti salvi eventuali accordi regionali o internazionali;*
 - m) *luogo di produzione dei rifiuti: uno o più edifici o stabilimenti o siti infrastrutturali collegati tra loro all'interno di un'area delimitata, in cui si svolgono le attività di produzione dalle quali originano i rifiuti;*
 - n) *discarica: un impianto adibito a smaltimento dei rifiuti, come definito all'articolo 2, comma 1, lettera a), del decreto del Presidente della Provincia 26 settembre 2005, n. 45;*
 - o) *deposito preliminare: le attività di smaltimento consistenti nelle operazioni di stoccaggio di rifiuti di cui al punto D15 dell'allegato B.*

- p) *messa in riserva: le attività di recupero consistenti nelle operazioni di stoccaggio di materiali di cui al punto R13 dell'allegato C;*
- q) *deposito temporaneo: il raggruppamento dei rifiuti effettuato, prima della raccolta, nel luogo in cui sono prodotti nel rispetto delle norme tecniche fissate dalla Giunta provinciale. I rifiuti provenienti da attività di manutenzione o da colui che effettua lavori artigianali o di sostituzione di beni presso terzi o assistenza sanitaria si considerano prodotti presso la sede o il domicilio del soggetto che svolge tali attività;*
- r) *bonifica: l'insieme degli interventi atti ad eliminare le fonti di inquinamento e le sostanze inquinanti o a ridurre le concentrazioni delle sostanze inquinanti presenti nel suolo, nel sottosuolo, nelle acque superficiali o nelle acque sotterranee ad un livello uguale o inferiore ai valori di concentrazione limite accettabili;*
- s) *autosmaltimento: le attività di smaltimento di rifiuti effettuate nel luogo della loro produzione diverse dalle operazioni di cui ai punti D2, D8, D9, D13, D14 e D15 dell'allegato B;*
- t) *combustibile da rifiuti (CDR): il combustibile classificabile, sulla base delle norme tecniche UNI 9903-1 come RDF (Refuse Derived Fuel) di qualità normale, che sia recuperato, nel rispetto della gerarchia dei trattamenti possibili, dai rifiuti urbani e speciali non pericolosi mediante trattamenti finalizzati all'eliminazione delle sostanze pericolose per la combustione ed a garantire un adeguato potere calorifico;*
- u) *combustibile da rifiuti di qualità elevata (CDR-Q): il combustibile classificabile, sulla base delle norme tecniche UNI 9903-1 come RDF (Refuse Derived Fuel) di qualità elevata;*
- v) *compost di qualità: prodotto ottenuto dal compostaggio della frazione organica dei rifiuti urbani, agricoli e agroindustriali nel rispetto di apposite norme tecniche finalizzate a definirne contenuti e usi compatibili con la tutela ambientale e sanitaria, e in particolare a definirne i gradi di qualità;*
- w) *materia prima secondaria per attività siderurgiche e metallurgiche:*
 - 1) *rottami ferrosi e non ferrosi derivanti da operazioni di recupero e rispondenti a specifiche CECA, AISI, CAEF, UNI, EURO o ad altre specifiche nazionali ed internazionali;*
 - 2) *i rottami o scarti di lavorazioni industriali o artigianali o provenienti da cicli produttivi o di consumo, esclusa la raccolta differenziata, che possiedono in origine le medesime caratteristiche riportate nelle specifiche di cui al numero 1). I fornitori e produttori di materia prima secondaria per attività siderurgiche e metallurgiche appartenenti a paesi europei ed extraeuropei sono iscritte in una sezione speciale dell'Albo nazionale delle imprese che effettuano la gestione dei rifiuti;*
- x) *olio usato: qualsiasi olio industriale o lubrificante, a base minerale o sintetica, divenuto improprio all'uso cui era inizialmente destinato, in particolare gli oli usati dei motori a combustione e dei sistemi di trasmissione, nonché gli oli minerali per macchinari, turbine o comandi idraulici e quelli contenuti nei filtri usati.*

Änderungsantrag Nr. 1, zu Absatz 1 Buchstabe l) Ziffer 2, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss: 'Nach den Wörtern "unbeschadet der" werden folgende Wörter eingefügt: "auf spezifische Situationen zugeschnittenen und zeitlich beschränkten".'

Comma 1, lettera l), punto 2) dopo le parole "fatti salvi eventuali accordi regionali o internazionali" è aggiunto: "circoscritti a particolari situazioni e limitati nel tempo".'

Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Solidarietà per la collega Rosa Thaler che si è letta questo lunghissimo articolo, in cui c'è questo punto molto delicato, perché c'è la definizione di "smaltimento rifiuti". All'interno di questo c'è il discorso sull'inceneritore, il quale viene collegato a due condizioni ben precise: uno che l'incenerimento sia accompagnato dal recupero energetico e, due, che venga vietata l'importazione e l'esportazione dei rifiuti urbani.

Questo punto due è delicato, perché una delle condizioni per il funzionamento dell'inceneritore è che noi inceneriamo i nostri rifiuti e non ne importiamo dall'esterno, condizione essenziale perché l'inceneritore possa essere sotto controllo, limitato ad un certo funzionamento e semmai, come funzione, anche ridotto nel tempo, se saremo bravi ad aumentare la raccolta differenziata. Se quello che manca da noi venisse aggiunto importando rifiuti, sarebbe negativo. Quindi l'importazione rifiuti va assolutamente evitata, e qui viene lasciata una finestra che dice ", fatti salvi eventuali accordi regionali e internazionali". Noi vogliamo circoscrivere ancora di più questa possibilità. Mi sono informato e so che noi abbiamo un credito con la provincia di Trento per il fatto che abbiamo bruciato nel nostro inceneritore per un certo periodo rifiuti importati dalla val di Non, e quindi starebbe a noi adesso, quando loro avranno l'inceneritore, esportare la parte equivalente dei nostri rifiuti. Ma lasciare nella legge questa finestra mi sembra molto pericoloso. Capisco che non se ne possa fare totalmente a meno, ma almeno definiamo in maniera più stretta questi accordi! Non possono essere permanenti ma solo collegati a particolari situazioni e quindi limitati nel tempo.

Questo è il senso dell'emendamento, che tende a rafforzare una impostazione che ha anche la legge provinciale.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Ich bin mit diesem Änderungsantrag einverstanden.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Änderungsantrag Nr. 1 ab: einstimmig genehmigt.

Wir stimmen nun über Artikel 3 ab: einstimmig genehmigt.

Art. 4

Klassifizierung der Abfälle

1. Die Abfälle werden nach Herkunft in Hausmüll und Sonderabfälle eingeteilt; nach gefahrenrelevanten Eigenschaften werden sie in gefährliche und ungefährliche Abfälle eingeteilt.

2. Hausmüll sind

- a) Siedlungsabfälle, auch Sperrmüll, die aus Lokalen und Orten stammen, die für den privaten Haushalt bestimmt werden,*
- b) nicht gefährliche Abfälle, die aus Lokalen und Orten stammen, die nicht zu Zwecken genutzt werden, die unter Buchstabe a) fallen, und von der Gemeinde nach qualitativen und quantitativen Kriterien, die von der Landesregierung festgesetzt werden, dem Hausmüll gleichgesetzt werden,*
- c) Abfälle aus der Straßenreinigung,*
- d) Abfälle jedweder Natur und Herkunft, die sich auf öffentlichen Straßen und Flächen oder auf öffentlich zugänglichen privaten Straßen und Flächen oder auf frei zugänglichen Seestränden und auf Flussufern befinden,*
- e) pflanzliche Abfälle, die von Grünflächen, wie Gärten, Parks und Friedhofsflächen stammen,*
- f) Abfälle, die aus der Exhumation stammen, sowie die anderen Abfälle, die aus Friedhofstätigkeiten stammen, die nicht unter die Buchstaben b), c) und e) fallen.*

3. Sonderabfälle sind

- a) Abfälle aus landwirtschaftlicher Tätigkeit und aus industrieller Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,*
- b) Abfälle aus Abbruch- und Bautätigkeiten sowie Abfälle aus Erd-aushub, welche die von der Landesregierung festgelegten Grenzwerte überschreiten,*
- c) Abfälle aus industriellen Tätigkeiten,*
- d) Abfälle aus handwerklichen Tätigkeiten,*
- e) Abfälle aus Handelstätigkeiten,*
- f) Abfälle aus Dienstleistungstätigkeiten,*
- g) Abfälle aus der Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Schlämme aus der Trinkwasseraufbereitung und aus anderen Behandlungen des Wassers sowie aus der Klärung der Abwässer und aus den Rauchgasreinigungsanlagen,*
- h) Abfälle aus der mechanischen Aussonderung von Hausmüll,*
- i) Abfälle aus dem Gesundheitsdienst,*
- j) beschädigte und unbrauchbare Maschinen und Geräte,*
- k) ausrangierte Kraftfahrzeuge, Anhänger und Ähnliches sowie Teile von diesen,*
- l) der Brennstoff aus Abfall.*

4. Gefährlich sind die nicht aus privaten Haushalten stammenden Abfälle, die im Anhang A aufgelistet und mit einem Sternchen "" gekennzeichnet sind, wie in der Entscheidung 2000/532/EG der Kommission vom 3. Mai 2000 festgelegt.*

Art. 4

Classificazione dei rifiuti

1. I rifiuti sono classificati, secondo l'origine, in rifiuti urbani e rifiuti speciali, e, secondo le caratteristiche di pericolosità, in rifiuti pericolosi e non pericolosi.

2. Sono rifiuti urbani:

- a) i rifiuti domestici, anche ingombranti, provenienti da locali e luoghi adibiti ad uso di civile abitazione;
- b) i rifiuti non pericolosi provenienti da locali e luoghi adibiti ad usi diversi da quelli di cui alla lettera a), assimilati ai rifiuti urbani per qualità e quantità dal comune sulla base dei criteri fissati dalla Giunta provinciale;
- c) i rifiuti provenienti dallo spazzamento delle strade;
- d) i rifiuti di qualunque natura o provenienza, giacenti sulle strade ed aree pubbliche o sulle strade ed aree private comunque soggette ad uso pubblico o sulle spiagge lacuali liberamente accessibili e sulle rive dei corsi d'acqua;
- e) i rifiuti vegetali provenienti da aree verdi, quali giardini, parchi e aree cimiteriali;
- f) i rifiuti provenienti da esumazioni ed estumulazioni, nonché gli altri rifiuti provenienti da attività cimiteriali diversi da quelli di cui alle lettere b), c) ed e).

3. Sono rifiuti speciali:

- a) i rifiuti da attività agricole e agro-industriali;
- b) i rifiuti derivanti dalle attività di demolizione, costruzione, nonché i rifiuti che derivano dalle attività di scavo e che superino i valori limite fissati dalla Giunta provinciale;
- c) i rifiuti da lavorazioni industriali;
- d) i rifiuti da lavorazioni artigianali;
- e) i rifiuti da attività commerciali;
- f) i rifiuti da attività di servizio;
- g) i rifiuti derivanti dalla attività di recupero e smaltimento di rifiuti, i fanghi prodotti dalla potabilizzazione e da altri trattamenti delle acque e dalla depurazione delle acque reflue e da abbattimento di fumi;
- h) i rifiuti derivati dalle attività di selezione meccanica dei rifiuti solidi urbani;
- i) i rifiuti derivanti da attività sanitarie;
- j) i macchinari e le apparecchiature deteriorati ed obsoleti;
- k) i veicoli a motore, rimorchi e simili fuori uso e loro parti;
- l) il combustibile derivato da rifiuti.

4. Sono pericolosi i rifiuti non provenienti da civile abitazione, precisati nell'allegato A e contrassegnati con un asterisco "*", come determinato dalla decisione 2000/532/CE della Commissione del 3 maggio 2000.

Wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt, stimmen wir über Artikel 4 ab: einstimmig genehmigt. Abgeordneter Baumgartner, bitte.

BAUMGARTNER (SVP): Es ist der Wunsch geäußert worden, dass ich den Antrag stellen sollte, die Arbeiten jetzt zu unterbrechen.

PRÄSIDENTIN: Wenn es dazu keine Einwände gibt, fahren wir morgen mit den Arbeiten fort. Somit schließe ich die heutige Sitzung.

ORE 18.31 UHR

SITZUNG 87. SEDUTA

10.5.2006

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BAUMGARTNER (3, 8, 115)
DELLO SBARBA (72, 87, 93, 112)
DURNWALDER (19)
GNECCHI (13)
KLOTZ (7, 13)
KURY (9, 18, 102)
LAIMER (81, 94, 104, 112)
LEITNER (5, 8, 14, 17, 20, 71, 100, 105)
MINNITI (23, 25)
MUSSNER (89)
SEPPI (78, 103)
STOCKER (12)
THEINER (24)
URZÌ (10, 12, 14, 26)